

DIE GESCHICHTE DER BUKEHERRSCHAFT IN JAPAN

BEITRÄGE ZUM VERSTÄNDNIS DES
JAPANISCHEN LEHNSWESENS

VON

KICHIJI SHIMMI

Professor an der Universität Hiroshima



6555

321.30952

Kic

BASEL 1939

KOMMISSIONSVERLAG BRAUS-RIGGENBACH

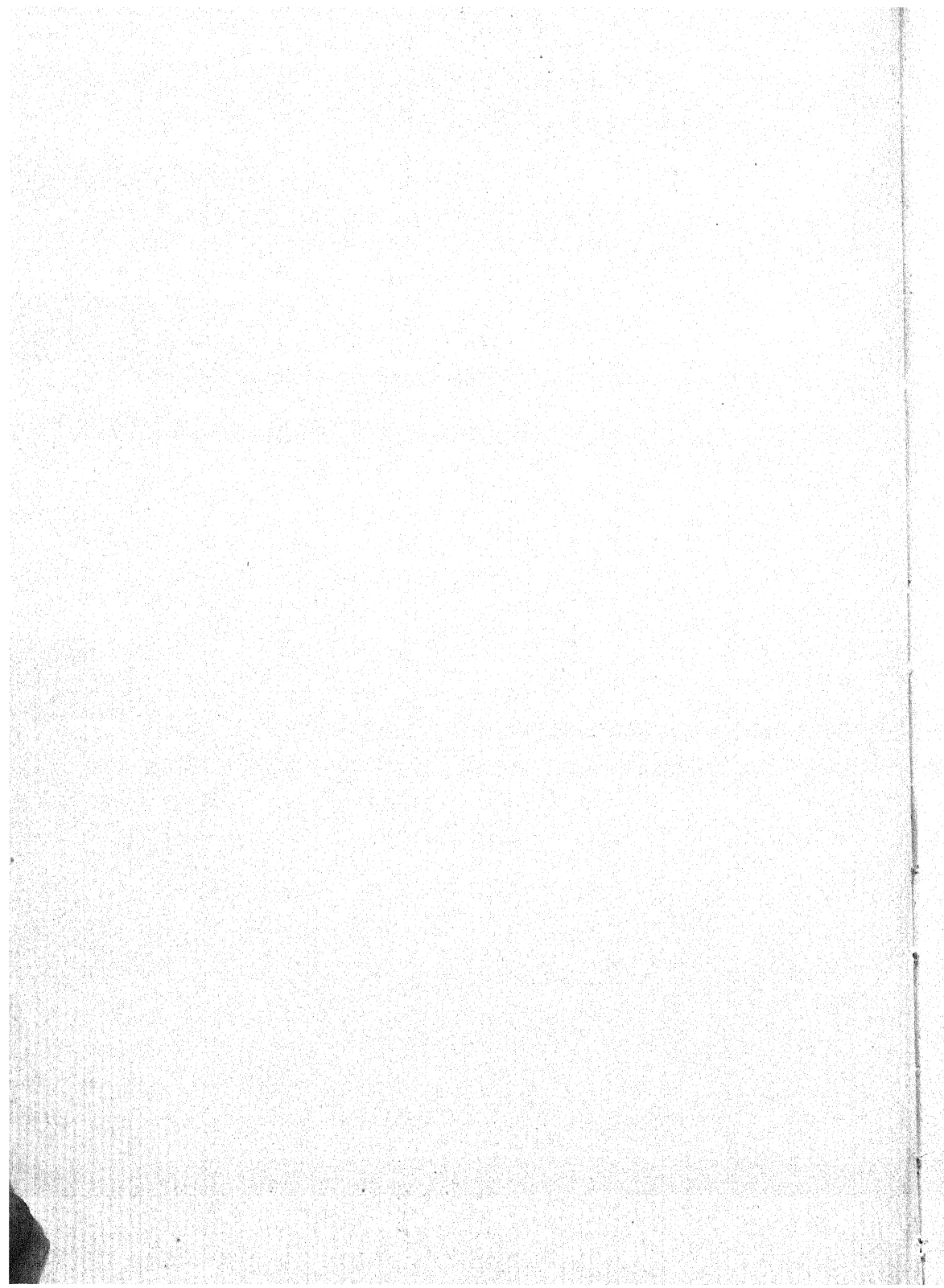
ERASMUSHAUS

CENTRAL ARCHAEOLOGICAL
LIBRARY, NEW DELHI.

Acc. No. 6055.
Date 10/5/57.
Call No. 321.30952/Kic.

Seinem lieben Freund und Studienhelfer
André Wedemeyer
zur Erinnerung an gemeinsame Arbeitszeit
am Seminar Karl Lamprechts
gewidmet.

14. L. Musikwissenschaft, 1. Semester, 1907/08



INHALT

1. TEIL

DIE ENTSTEHUNG DER BUKE-HERRSCHAFT

1. Das Ständewesen	3
2. Entwicklung der Grundherrschaft (<i>shōyen</i>)	10
3. Die Entstehung des Kriegerstandes und dessen Unterwerfung unter das Shōgunat	17

2. TEIL

GESCHICHTE DER BUKE-HERRSCHAFT

1. Periode: Die Kamakura-Zeit (1184—1333)

1. Die öffentlich-rechtliche Stellung des Shōgunats	27
2. Die rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Grundherrschaft	33
3. Die privatrechtliche Verwaltung des Shōgunats	
a) <i>Chigyō</i> des Shōgunats	41
b) Die <i>kenin</i> und ihr Eigen (<i>chigyō</i>)	45
4. Die öffentlich-rechtliche Verwaltung des Shōgunats	
a) Der <i>shugo</i>	50
b) Der <i>jito</i>	53
5. Das Verhältnis zwischen der Regierung in <i>Kyōto</i> und der in <i>Kamakura</i>	59
6. Rechtliche Zustände während des <i>Kamakura</i> -Shōgunats	63

2. Periode: Die Ashikaga-Zeit (1338—1573)

1. Die Gründung des neuen Shōgunats	67
2. Die Auflösung der alten Grundherrschaft (<i>shōyen</i>)	72
3. Die Entstehung der Territorien (Daimyate)	77
4. Die Territorien	82

3. Periode: Die Ota- und Toyotomi-Zeit (1573—1603)

- | | |
|---|----|
| 1. Die Wiederherstellung der einheitlichen Staatsverwaltung | 89 |
| 2. Die Stellung des Kaisers | 94 |

4. Periode: Die Tokugawa-Zeit (1603—1867)

- | | |
|--|-----|
| 1. Die Stellung des Shōgunats zum kaiserlichen Hof
und zu den Territorialherren | 101 |
| 2. Die Verwaltung des Shōgunats | 108 |

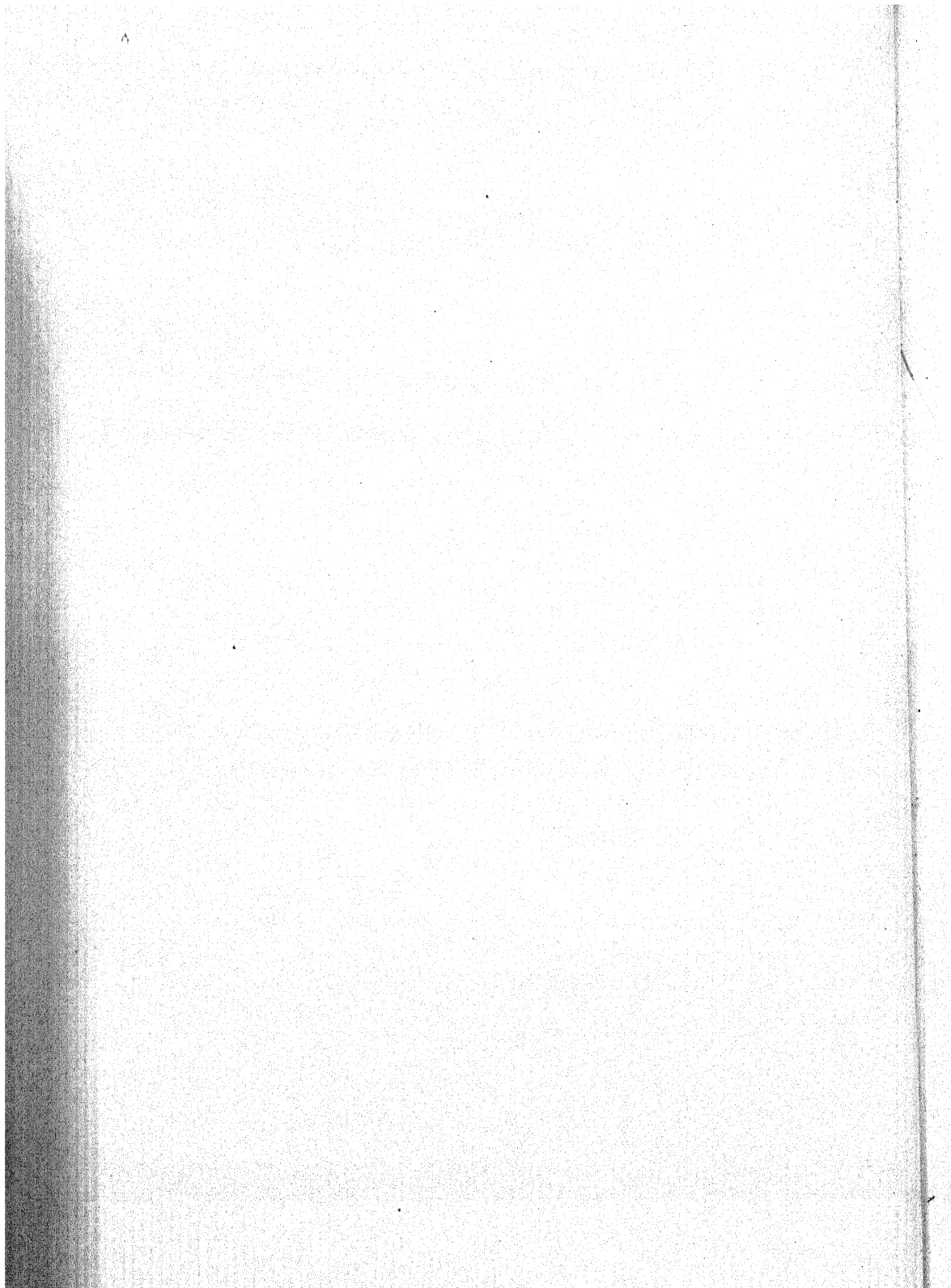
Schlußbetrachtung	117
-------------------	-----

Namen- und Sachverzeichnis

In Umschrift	123
In sino-japanischer Schreibung	III

1. TEIL

DIE ENTSTEHUNG
DER BUKE-HERRSCHAFT



1. DAS STÄNDEWESEN

Zum Verständnis der Japan eigentümlichen Verwaltungsform, der sogenannten Bukeherrschaft, ist ein kurzes Eingehen auf die Entwicklung der Ständeverhältnisse nötig.

Schon in den frühesten Zeiten überragte die kaiserliche Familie alle adligen an Ansehen und unterwarf sie ihrer Gewalt.¹ Doch ward um einer allzu großen Ausdehnung des Hofstaates zu begegnen, von einem gewissen Verwandtschaftsgrade an, der Abkömmling des Kaisers nicht mehr zur Familie gerechnet, sondern zu den Untertanen gezählt. Diese gliederten sich wieder in Adlige und Volk.

Im Adel traten die zwei Gruppen der *omi* (Großmächtige) und *muraji* (Scharherren) hervor, von denen jene ihren Ursprung von einem Kaiser herleiten, diese meistens Götter als Ahnen verehren. Beide dienten am Hofe und vererbten ihre Ämter; so beschäftigen sich z. B. die *nakatomi* immer mit Religionsangelegenheiten, während die *mononobe* ständig Befehlshaber der Leibwache sind. Von Anfang an aber be-

¹ Die Auffassung von *Florenz* über die Uji-Verfassung, die von *Fukuda* weiter entwickelt wurde, weicht sehr von den japanischen Forschungen ab. Durch seine Natur als Eroberer war das Kaisergeschlecht von Anfang an in dem Lande zum Herrscher bestimmt und die andern adligen Geschlechter, die unter ihm eingewandert waren, hatten den Charakter des Dienstadels; vgl. *Florenz*: „Die staatliche und gesellschaftliche Organisation im alten Japan“, (Mitteilungen d. D. Ges. f. Natur- u. Völkerkunde Ostasiens, Bd. V, 1889 — 1892) und *Fukuda*: „Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in Japan“, Stuttgart 1900, S. 9 ff.

n schon unter den Adligen Machtunterschiede, die noch hart wurden, weil einige durch die Gnade des Kaisers zu größerem Einfluß gelangten, andere aber durch Strafen oder Entsetzungen an den Hof eine Minderung ihres Einflusses erlitten. Infolgedessen sahen sich die Schwächeren gezwungen, das Gefolge der Stärkeren zu treten¹, wobei sich das kaiserliche Prinzen besonderer Wertschätzung erfreute. Unter dieser Familien gehörte noch eine Zahl Höriger (*kaakehito*)² und Sklaven (*yatsuko*), jene ein wirtschaftsabhängiger, nur zu Naturalabgaben und Frondiensten verpflichteter Stand, diese dagegen unterworfenen Unfreie. Außerdem kamen besser gestellt die *tomobe* (Volksgruppe) zu einem *tomonomiyatsuko* (kaiserlicher Hausknappe ob der Provinz) und eine andere Volksgruppe, über die ein *kunimiyatsuko* gebot (kaiserlicher Hausknappe ob der Lande). Diesen beiden letzten Titeln ist jedoch schon das Gebiet der Verwaltung gestreift, deren Kenntnis zum Verständnis der folgenden Entwicklung nötig sein wird.

Das Reich wurde in Provinzen (*kuni*) eingeteilt, die von einem etwas kleineren Umfang als die heutigen waren. An der Spitze stand, vom Kaiser ernannt, der *kuninomiya* in Amt war in der Familie erblich. Doch verwaltete er nicht die ganze Provinz, sondern ihm trat manchmal der *no* zur Seite, der als kaiserlicher Domänenverwalter fungierte. Ihn untergeordnet waren die *inagi*, die über die *suguri* gesetzt waren. Sie sind alle am Hofe unter der Bezeichnung *kuninomiya* gruppiert, etwa im Rang von Provinzialbeamten.³

trat sogar in die Gefolgschaft eines Mitglieds des eigenen Hofes ein (*Nihonshoki*, 9. Jahr des Kaisers *Yuryaku*).

das Wesen der *kakibe* ist noch viel zu erforschen (übrigens *shoki*, 9., 17. und 23. Jahr des Kaisers *Yuryaku*).

z. *Ritsuri-sensei-zacho*, Buch X, 6 ff.

Dem kaiserlichen Hof zu bestimmten Diensten verpflichtet und deswegen außerhalb der Provinzialverwaltung von einem besonderen Oberhaupt beaufsichtigt, war die Volksgruppe der *tomobe* dem *tomonomiyatsuko* unterstellt, dessen Befugnisse sich gleichfalls von Sohn zu Sohn vererbten.

Der *kuninomiyaatsuko* und der *tomonomiyatsuko* übten über ihre Volksgruppen die Gerichtsbarkeit aus, führten sie in den Krieg, erhoben für den Kaiser und für sich Steuern, forderten Frondienste. Diese Mannigfaltigkeit der Verwaltung wurde noch vergrößert durch die Organisation des vom Adel durch *kakibe* und *yatsuko* bewirtschafteten Privateigentums.

An der Spitze aller Beamten standen in der Residenz als oberste Behörde über die aus den beiden Familiengruppen am Hof und in den Provinzen Tätigen der *ō-omi* (der Groß-Großmächtige) und der *ō-muraji* (Groß-Scharherr). Sie erhielten ihre Stelle vom Kaiser, ohne daß Erblichkeit gestattet gewesen wäre.

Mit dieser brach überhaupt um die Mitte des 7. Jahrhunderts grundsätzlich die *Taikwa*-Reform, durch die der Begriff des Staates geschaffen und eine strenge Scheidung zwischen kaiserlichem¹ und staatlichem Besitz² durchgeführt ward,

¹ Die Bezeichnung *agata* ist verschwunden. Dafür kommt im *Taihōryō* „*kwanden*“ vor, wörtlich „Regierungsland“, wie *Fukuda* (S. 79) übersetzt hat. Aber in Wirklichkeit waren *kwanden* kaiserliche Domänen, die teilweise durch *denshi* (Feld-Verwalter) aus dem *kunaishō* (Hof-Ministerium) und teilweise durch Provinzialbehörden bewirtschaftet und verpachtet wurden. Im Jahre 879 wurden 4000 *chō* Reisfelder zu *kwanden* in *Gokinai* (5 Provinzen in der Nähe der Kaiserstadt) gemacht. (*Kojiruyen*, *Seijibu* II, 414). Dazu kommen noch *chokushiden*, *mikuriya* und *misono* (*Kurita*, Buch IV, 79 ff. „Über kaiserliche Domänen“).

² *Kōden* (Staatsland=öffentliches Land); man muß *kōden* im weiteren und engeren Sinne unterscheiden. Im *Taihōryō* kommt *kōden* im engeren Sinne als *jōden* (übrig gebliebenes Land) vor,

ferner alle Freien gleichberechtigt, an der Zentralstelle Ministerien geschaffen und Beamte auf bestimmte Zeit in die Landesteile gesandt wurden und eine neue Einteilung des Landes an Stelle der alten trat: die Provinzen waren größer, zerfielen in Kreise (*kohori* oder *gun*) und Dörfer (*ri*, später *gō*). Land und Volk waren Eigentum des Staates, der Privatlandbesitz eingezogen, nur die *tomobe*, die für den kaiserlichen Hof zu bestimmten Zwecken vorhanden waren, wurden unmittelbar von der Zentralbehörde unter dem Namen *zatsuko* (mancherlei Hausstände) verwaltet. Unfrei waren noch die *kenin* (Hörige) und die *nuhi* (Sklaven und Sklavinnen [chinesische Ausdrücke für *yakehito* bzw. *yatsuko*]).

Die höheren und mittleren Staatsbeamten wurden in 9 Rangstufen eingeteilt, von denen die oberen 3 Stufen wieder in 2 und die anderen niedrigeren in je 4, also im ganzen in 30 Klassen zerfielen. Die niederen Schichten der Beamten haben überhaupt keinen Rang verliehen bekommen. Obgleich Amt und Rang nur persönliche

dessen Pachtzins dem *daijōkwan* (Staatsregierung) zufließ. Die den Mitgliedern der kaiserlichen Familie und des Adels, sowie dem Volk verliehenen *iden* (Rang-), *shokuden* (Amts-), *kōden* (Verdienst-) und *kubunden* (Kopfland) sind *kōden* im weiteren Sinne, weil sie je nach den Umständen wieder von dem Staat zurückgezogen werden sollten und als *jōden* solange in der Verwaltung der Provinzialbehörde standen, bis sie wieder einen neuen Beliehenen fanden.

Das dem Tempel verliehene Land blieb *kōden*, weil die Tempel Staatsinstitutionen waren, während die sonstigen Lehnsländereien als *shiden* (Privatland), solange sie im Besitz des Beliehenen blieben, bezeichnet wurden (*Kojiruiyen*, *Seijibu* II, 281). Die aus dem *kōden* im engeren Sinne für den verschiedenen Bedarf (*zatsu-yō*) der Staatsbehörde, der *sakyō*- und der *ukyō-shiki* (Verwaltungsbehörde der Residenzstadt) und der Provinzialbehörde zugeteilten Ländereien wurden *shoshiden* oder *kugeden* genannt (*Kojiruiyen*, *Seijibu* II, 414).

Auszeichnung war, und jeder von niederer Stufe an seine Amtskarriere anfangen sollte, war doch der Brauch des *on-i*¹ (Schattenrang) für die Söhne der Beamten 5. Ranges aufwärts, die als des Adels würdig galten, geeignet, dem Beamtenstaat einen aristokratischen Charakter zu verleihen. Dadurch wurde natürlich den Söhnen der Beamten vom 6. Rang abwärts das Emporkommen außerordentlich erschwert. Eine Entschädigung gewährte aber der Eintritt in eines der zahlreichen Gefolge der Prinzen und Adligen. Jeder der Prinzen verfügte über 100 — 160 Leute (*chōnai*), der höhere Beamte je nach dem Rang über 20 — 100 (*shijin*) und zwar waren diese Gefolge auch Beamte, wenn auch ohne Rang, und von staatswegen bei dem Herrn angestellt. Weil aber ihre Unterhaltung Aufgabe der Herren war, konnte ein Reicher eine über das gewöhnliche Maß hinausgehende Schar um sich sammeln und schon im 10. Jhdt. wurde gestattet, daß auch Beamte des 6. Ranges, wenn sie nicht im Dienst standen, in solche Kreise eintreten durften. Die Angelegenheiten der Mitglieder der kaiserlichen Familie und der Beamten vom 3. Rang aufwärts wurden von mehreren Staatsbeamten (*karei*=Hausgebieter) geleitet, die selbst so hohe Stellungen wie den 5. Rang einnehmen konnten.

¹ (*Yin-i* oder *on-i*) Schattenrang: Nach dem *Taihō*-Gesetz wurden die Söhne von den Beamten in und außer Dienst vom 5. Rang aufwärts, wenn sie 21 Jahre alt waren, je nach dem Rang des Vaters mit einem Range beliehen, während mit dem Rang im allgemeinen nur diejenigen, die 25 Jahre alt waren, beliehen wurden. Der Erbsohn eines Beamten 1. Ranges konnte gleich den 5. Rang bekommen. Seit dem 11. oder 12. Jahrhundert erhielten die unmündigen Söhne höherer einflußreicher Beamten schon solche Auszeichnungen, während den anderen erst nach langjährigem Staatsdienst ausnahmsweise der 5. Rang verliehen wurde.

Der Dienstadel bildete infolgedessen nach wie vor der *Taikwa*-Reform einen Stand „Geburtsadel“. Die Nachkommen des *Fujiwara Kamatari* eines Urhebers der *Taikwa*-Reform, dehnten sich am Hofe aus und nahmen von Geschlecht zu Geschlecht wichtige Stellungen ein, bis sie schließlich seit Mitte des 9. Jhdts. die Stelle des *sesshō* (Reichsregent) und *kwampaku* (Reichsverweser) nur für Mitglieder ihrer Familie zugänglich machten und niedere Beamte zu ihrem Gefolge stempelten. Man sieht also, daß in dem bürokratisch regierten Staate ein altes Element, das der Gefolgschaft, wieder auftauchte.

Die Bezeichnung *samurai* (Dienende) für die Beamten vom 6. Range abwärts kann man wohl auf diese Gefolgschaftsverhältnisse zurückführen. Dabei wurde die Bedeutung der Gefolgschaften um so größer, je mehr die Provinzialverwaltung verfiel.

Der an der Spitze einer Provinz stehende Statthalter und andere höhere Provinzialbeamte wurden auf 4 oder 6 Jahre mit der Verwaltung ihres Amtes beauftragt und hatten, trotz der anfänglich keineswegs hohen Stellung (5. Rang abwärts), oft ungeheure Vorteile, weil ihnen ein Teil der dem Staate gehörenden Grundsteuer zukam.

Wegen des am Hofe sich steigernden Luxus war die Zentralregierung bestrebt, mehr Einnahmequellen zu suchen. Ein Mittel dazu erschien ihr, den Anteil der für die Provinzialbeamten gelieferten Abgaben zur Deckung ihrer Ausgaben mitzubenutzen. Schon seit der Mitte des 8. Jahrhunderts begegnen uns infolgedessen außerordentliche Provinzialbeamte, die am Hofe blieben, einen Teil der Einkünfte bezogen, sich aber nicht in die Verwaltungsgeschäfte einmischten, während ihre wirklichen Amtsgenossen auf dem Lande wohnten. Anfangs des 9. Jahrhunderts wurden die Stellen einiger größerer Provinzial-Statthal-

ter den Prinzen eingeräumt, die nicht in Amtstätigkeit traten, und noch später ist es Regel geworden, daß die höchsten Beamten in der Zentralregierung, wie Staatskonsiliare (*sangi*), im Nebenamte, wenn man so sagen darf, Provinzialstatthalter wurden.¹ Andererseits wurden in diesen drei Jahrhunderten (vom 8. bis 11. Jhdt.) die höheren Verwaltungsstellen in den Provinzen, mit Ausnahme der Statthalterschaft, systematisch zu Gunsten des Kaisers, der Prinzen und der Adligen ausgenutzt, zu deren Standesvorrecht² es gehörte, bei den jährlichen Amtsverleihungen eine bestimmte Anzahl von Stellen durch die von ihnen selbst gewählten Personen zu besetzen, deren Einnahmen natürlich den Herren zufließen. Dabei kam es oft genug vor, daß noch nicht einmal diese Ernannten ihre Tätigkeit ausübten, sondern wieder Stellvertretern überließen, so daß die Arbeit in den Händen von niederen Beamten (*zaichō* = bei der Behörde Anwesende) lag.

¹ Klar läßt sich dieser Vorgang an dem Bedeutungswandel des japanischen Ausdruckes machen: im 11. Jahrhundert heißt die Provinzialbehörde „*rusu-dokoro*“, *rusu* bedeutet „in der Stelle des anderen da sein“, *dokoro* heißt „Stelle“. Heute dagegen bedeutet *rusu* = „nicht da“. *Shigakuzasshi* VIII, Hefte 2, 4, 5. *Kida*, über die Entwicklung des Provinzial-Beamtentums. *Shigakuzasshi* VIII. Hefte 6 und 7. *Itō*, über *rusu-dokoro*.

² *Ibidem* XI. *Suzuki*, über *nenkyū*.

2. ENTWICKLUNG DER GRUNDHERRSCHAFT (SHÖYEN)¹

Nun mußte freilich damit in den durch die *Taikwa*-Reform geschaffenen anderweitigen Verhältnissen auch eine Änderung eintreten. Dort war man ja auf sozialistischen Grundlagen: von den anbaufähigen Grundstücken wurden jeder Familie Ländereien nach der Zahl ihrer Mitglieder (unter Einschluß der Unfreien) zur Nutzung übergeben (*kubunden*). Wollte man sein Gebiet vergrößern, so blieb nur Pachtung der übriggebliebenen Staatsländereien (*kōden* = öffentliches Land).

Zu den Abgaben an Kopfsteuer, Grundsteuer und abgelösten Frondiensten kam der Pachtzins, und wenn man bedenkt, daß die Provinzinzialbeamten durch das Reisausleihungssystem (*suiko*)² die Möglichkeit hatten, die Bauern auf das maßloseste auszubeuten, so wird man es

¹ Die Abhandlung von *Kurita* über *shōyen* ist jetzt noch die umfangreichste (*Kurita*, Buch X). *Nakata* hat neuerdings versucht, in seiner „Abhandlung über *shōyen* in der Kaiserzeit“ die Rechtsbegriffe im *shōyen* auseinanderzusetzen (*Kokkagakkwaizasshi*, Bd. XX. 3. — 12. Heft).

² Die Reisausleihe aus den Provinzvorräten diente ursprünglich dazu, der Bevölkerung etwa fehlenden Saatreis zur Verfügung zu stellen; das geliehene Quantum Reis war nach der Ernte mit Zinsen zurückzuzahlen. Dann aber wurde das Reisausleihesystem zur Vergrößerung der Provinzeinnahmen benutzt; der Reis wurde der Bevölkerung, selbst Prinzen und Adligen,

begreiflich finden, daß diese sich häufig der Kontrolle der Provinzialbehörden entzogen, um als Hörige (*yorindo* oder *kijin*)¹ in die *shōyen* eines Mitgliedes der kaiserlichen Familie, eines Adligen oder Tempels einzutreten, wo sie zwar keineswegs von den Abgaben an die Grundbesitzer befreit waren, sich aber gegen Ausplünderung gesichert glaubten.

Dadurch ist schon die für die japanische Verfassungsgeschichte, wie auch für die der europäischen Länder so wichtige Grundherrschaft erwähnt. Wie sie sich entwickelte, ist kurz darzulegen.

Die Beamten wurden im allgemeinen durch Naturalabgaben besoldet. Inhaber höherer Stellen (vom 5. Rang aufwärts), sowie Mitglieder der kaiserlichen Familie erhielten dazu noch Rangland (*i-den*) (8 — 80 *chō*, 1 *chō* = 82,5 Ar) auf Lebenszeit, die Kanzler, die Ober-Staatsräte (*dainagon*) noch Amtsland (*shoku-den*, 20 — 40 *chō*) auf Dienstzeit. Daneben gab es noch Verdienstland (*kō-den*), das je nach den Umständen dauernd erblich war. Rang- und Amtsland wurde von den Beliehenen selbst bewirtschaftet oder unter Kontrolle der Provinzialbeamten auf ein Jahr verpachtet, während bei Verdienstland eine größere Frist zulässig war. Die Mitglieder der kaiserlichen Familie und die Beamten vom 3. Rang aufwärts wurden außerdem mit 100 bis 800 *fuko*² (Lehnshaus-

förmlich aufgedrängt. Die Mißbräuche waren um so größer, als die Provinzbeamten an der Höhe der Provinzeinnahmen persönlich interessiert waren.

¹ *Kijin* waren keine Unfreie. Sie waren wegen der Dienstleistungen für den Dienstadell oder die Tempel von den Staatsdiensten befreit und standen als Subordinierte unter der Aufsicht des Herrn. (*Shikeshūran* XVIII, 416 und *Dainihonkomonjo*, *Iwaschimizu* No. 122).

² Vergl. mit der Verleihung der *tomobe* (Volksgruppe). Diese

stände) ausgestattet. Kanzler und Oberstaatsräte bekamen noch besonders 800 bis 3000 solcher *fuko*. Von diesen sollte der Provinzialbeamte die Grundsteuern und Abgaben einziehen und dann einen Teil an den Lehensinhaber abliefern. Es ist wahrscheinlich, daß durch die Vererbung der hohen Ämter in einer einzigen Familie diese *fuko* mit dem anderen Amts- und Rangland, das nur persönlich verliehen wurde, sich in Privatbesitz einer Familie verwandelte. Dazu kommt noch Rodland (*konden*)¹. Da man seit Mitte des 8. Jahrhunderts unbebautes Land für seinen Privatbesitz urbar machen durfte, wozu ein reicher Unternehmer nötig war, der die Kosten der für die Bewässerung der Reisfelder unentbehrlichen Kanalisation und Teiche aufbringen konnte, hat die Aristokratie für sich die Gelegenheit wahrgenommen und freie Bauern als Pächter in ihren Besitz einwandern lassen.

Verbote aus den Jahren 891 und 905² zeigen uns jedoch, daß die Hausgebieter (*karei*) der Aristokratie, die, wie wir oben bereits gesehen haben, als Staatsbeamte die Angelegenheiten des Gefolgsherrn verwalteten, widerrechtlich Abgaben erhoben, Provinzial- und Kreisbeamte

Verleihung der Hausstände geschah fast immer nicht in ein und derselben Provinz für einen Beliebenen, sondern in mehreren, oft weit voneinander entfernten Gegenden.

¹ Wenn *Fukuda* (S. 80) Rodland als vollständig immun angibt, so irrt er sehr; zur Rodung, zu der sogar die Bauern berechtigt worden waren, war die Erlaubnis des Provinzial-Statthalters nötig und von gerodetem Felde wurde von staatswegen Steuer erhoben. Nur wurde dem Rodenden für ewig das Eigentumsrecht für das Land zugeschrieben (*Kojiruiyen*, *Seijibu* II, 281, 351). Bei der Veräußerung des Rodlandes brauchte man die Bestätigung der Kreisbehörde. (Die Urkunde aus dem Jare 820 zitiert in *Hoshino's Shigaku-sōsetsu*, Abhandlungen I, 333).

² *Kokushitaikei*, XII, S. 1018, 1019, 1021.

in Haft setzen ließen und an ihrer Stelle Recht sprachen. Wegen solcher Ausschreitungen konnte die Immunität für den Privatbesitz sich durchsetzen. Seit dieser Zeit hat der Ausdruck *shōyen* (*shō* = Villa, *yen* = Garten), der ursprünglich eine Bezeichnung für das Besitztum außerhalb der Residenzstadt war, die Bedeutung als Grundherrschaft erhalten. Jedenfalls zeigt sich mehr und mehr, daß dem Staate die Ländereien verloren gingen, so daß Mitte des 12. Jahrhunderts ein Kanzler sich beklagen mußte, daß ihm keine *fuko* mehr gegeben werden konnten¹, während einer seiner Verwandten in der Provinz *Kōzuke* (abgesehen von seinem Eigen in anderen Landesteilen) gegen 5000 *chō*² *shōyen* hatte.³

Fragt man, warum sich eine solche Entwicklung der Grundherrschaft hatte ausbilden können, so wird man letzten Endes immer wieder in der überwiegenden Stellung des Kaisers und der mit ihm in Verbindung stehenden aristokratischen Kreise die Ursache finden, denn die kaiserlichen Domänen (*kwanden*, *mikuriya* und *misono*), das durch kaiserliche Edikte verschenkte Tempelland (*jiden* und *shinden*) und die auf kaiserlichen Befehl gerodeten Ländereien (*chokushiden*) waren von den Steu-

¹ Kurita, Buch X, 81.

² Das Flächenmaß für *chō* ist in dieser Zeit viel größer als in der *Taihō*-zeit (82,5 ar), d. h. 6 *shaku* (3,3 *shaku* = 1 m) im Quadrat = 1 *bu* = 3,305 qm. 3600 *bu* = 10 *tan* = 1 *chō* = 118,9 ar. Die Flächenmaße der späteren *Kamakura*- und *Ashikaga*-zeit sind sehr verschieden: 1 *bu* = 6,5 *shaku* (oder 6,3 oder 6,2 *shaku* usw.) im Quadrat; 3600 *bu* = 10 *tan* = 1 *chō* = 139,3 ar. In der *Toyotomi*-zeit rechnete man: 1 *bu* = 6,3 *shaku* im Quadrat = 3,64 qm; 3000 *bu* = 10 *tan* = 1 *chō* = 109,2 ar.

Seit der *Tokugawa*- bis zur Jetztzeit rechnet man: 1 *bu* = 6 *shaku* im Quadrat, 3000 *bu* = 10 *tan* = 1 *chō* = 99,17 ar.

³ Kurita, Buch X, 96.

ern frei und geneigt, sich vollständig von der Provinzialverwaltung zu emanzipieren. Es ist deshalb begreiflich, daß auch Rodlandsbesitzer ihr Eigen dem Kaiser, einem Mitgliede der kaiserlichen Familie, Adligen, Tempeln anboten und dann gegen eine geringe Abgabe wieder — aber jetzt weniger durch Abgaben belastet — erhielten. Zwar versuchte die Staatsgewalt sich dieser Entwicklung entgegenzustellen. Aber die Statthalter genehmigten oft vor dem Ablauf ihrer Amtszeit die Gründung eines neuen *shōyen* oder gestatteten die unrechtmäßige Vergrößerung eines solchen, weil ihnen die Verringerung von Staatseinkünften gleichgültig sein konnte und sie an den stärker gewordenen *Shōyen*besitzern eine Stütze erhielten. Auch der Grundbesitz der Tempel wuchs seit dem 11. und 12. Jahrhundert, unterstützt durch die Edikte der Kaiser. Doch handelte es sich hier nur um die Übergabe von Dörfern oder Teilen von solchen aus der Provinzialverwaltung in das Eigen eines Tempels oder Adligen, so daß die Dorfmeister nicht mehr Untergebene des Provinzialbeamten, sondern Privatbeamte waren. Durch eine vollständige Zentralisation, durch die Angliederung kleinerer Tempel als Filialtempel (*matsuji* oder *massha*)¹ an größere Kultstätten und die Hausheiligtümer der Mitglieder der kaiserlichen Familie usw. wurden auch hier nicht unbeträchtliche Summen in die Taschen kaiserlicher und adliger Familien — denn deren Mitglieder waren gewöhnlich Tempelvorsteher — abgeführt.

So konnte es geschehen, daß im 12. Jahrhundert

¹ *Matsuji* = buddhistischer, *massha*- oder *betsu-miya* = shintōistischer Zweigtempel. Im Jahre 1185 wurde ein Tempel *Hakozaki-no-hachiman* in *Kiūshū* durch exkaiserliche Erlasse zum *betsu-miya* des Tempels *Iwashimizu-no-hachiman* in *Kyōto* bestimmt. (*Dainihonkomonjo*, *Iwashimizu* No. 630).

99% von ganz Japan Privateigentum des Kaisers, des Exkaisers, der Prinzen, Prinzessinnen, Adligen und Hofdamen (unter dem Namen *shōyēn*) und nur der Rest Staatsland (*kōkuga*)¹ war.²

Die Größe des *shōyēn* war natürlich ganz unregelmäßig. Es umfaßte nicht mehr die Reisfelder allein, sondern bezog auch das trockene Land mit ein und bildete — im Gegensatz zu der früheren staatlichen Dorf- und Kreiseinteilung — Verwaltungsbezirke im Interesse des Einzelnen. Der Eigentümer (*honke*) eines solchen Landstückes hatte an der Spitze einzelner Unterbezirke Verwalter (*ryōke* oder *azukaridokoro*) stehen, deren Stelle ursprünglich untergeordneter Art war und gewöhnlich einem Manne aus dem Gefolge als Unterstützung oder Belohnung für schon geleistete Dienste erblich verliehen wurde, mit dem Auftrag, Steuern zu erheben und dem Recht, davon einen Teil — andernfalls statt dessen ein Stück Amtsland — für sich zu behalten. Höher geachtet waren diejenigen, die ihr Land tradiert und zur Verwaltung auf Ewigkeit wieder bekommen hatten (Prekariel).

¹ *Kōkuga* bedeutet Provinzial-Behörde. Da jetzt nur die Ländereien, die keinem *shōyēn* gehörten, von der Provinzialbehörde verwaltet wurden, wurden sie so bezeichnet.

² Ein Beispiel mag das erläutern: Im Jahre 1197 sind in der Provinz *Hūga* 8054 *chō* Reisfelder folgendermaßen verteilt:

1. Eigentum der buddhistischen Tempel	238	<i>chō</i>
2. " " <i>Shintō</i> -Tempel	2106	"
3. " " Aristokratie		
a) einer Prinzessin	1502	"
b) " "	278	"
c) des <i>kwampaku</i>	3837	"
d) " <i>shōgun</i>	68	"
4. Staatsland	25	
	8054	<i>chō</i>

(*Shisekishūran* XXVII, S. 63 ff.).

Dabei ist auch die schon bei der Betrachtung der Provinzialverwaltung beobachtete Entwicklung wahrzunehmen, daß nämlich die Ämter lediglich als Einnahmequellen angesehen wurden, daß das Besetzungsrecht an Adel und Tempel verschenkt ward, die Verwaltung in den Händen niederer Beamten lag, so daß im 12. Jahrhundert die *azukaridokoro* (als Adlige wurden sie *ryōke* genannt, sonst *ryōshu*), womöglich auch noch die von ihnen mit der Verwaltungsarbeit beauftragten Stellvertreter in der Hauptstadt blieben. Nur die *Shō*beamten (*shōji*)¹, die in die Unterklassen der *geshi* (Vorsteher), *kumon* (Schreiber), *tadokoro* (Flurhüter), *tsuibushi* (Polizei) usw. zerfielen, wohnten auf dem Lande und waren mit steuerfreiem (gewöhnlich erblichem) Amtsland belehnt. Ihnen wieder untergeordnet waren die *myōshu*² (Herren des Landes), die zur Zahlung der Grundsteuer und zur Leistung von Frondiensten verpflichtet waren. Von ihnen abhängig sind freie Bauern als Hintersassen.

Von weittragender Bedeutung wurde es, daß im Laufe der Entwicklung die militärische Gewalt an die *Shō*beamten und *myōshu* kam und deren Einfluß für eine Zeitlang steigerte, bis sie allmählich alle einer einzigen Macht unterworfen wurden. Doch wird, um den Lauf dieser Ereignisse verstehen zu können, ein kurzes Eingehen auf die ursprüngliche Militärverfassung und ihre Fortbildung nötig sein.

¹ Die Bezeichnungen für *Shō*beamte sind sehr mannigfach. Hier sind nur die bis in spätere Zeit meist gebräuchlichen angegeben.

² *Myō* bedeutet eigentlich Namen. Weil man ursprünglich die Felder nach dem Namen des Bewirtschaftenden unterschied, wie *Kuniyasumyō*, wobei man das Land im Besitz einer Person mit dem Namen *Kuniyasu* verstand, so hat sich der Gebrauch entwickelt, das Wort *myō* in der Bedeutung Land anzuwenden. *Daimyō* ist von *daimyōshu* (*Großmyōshu*) abgeleitet.

3. DIE ENTSTEHUNG DES KRIEGERSTANDES¹ UND DESSEN UNTERWERFUNG UNTER DAS SHÖGUNAT

Durch die *Taikwa*-Reform war ein Milizsystem (*gundan*) eingerichtet worden. Für die gefährdeten Grenzbezirke wurden aus den übrigen Teilen des Landes *sakimori* (Gegenwehr für die Marken) auf 3 Jahre abgeordnet und zum Leibwachendienst am Hof jährlich abwechselnd die *ejū* (Gardisten) geschickt. Da aber der Provinzialstatthalter nicht zugleich auch militärische Gewalt hatte, sondern beim Ausbruch von Unruhen immer den Miliz-Kommandanten zur Unterdrückung auffordern mußte, war damit natürlich ein tatkräftiges Vorgehen ausgeschlossen. Bei den im 8. Jahrhundert sich häufenden Einfällen räuberischer Banden, die Speicher plünderten und Transporte von Naturalabgaben wegnahmen und selbst die Hauptstadt nicht verschonten, erwies sich das Milizsystem als gänzlich unzulänglich. Man sah sich deshalb nach anderen Maßnahmen um und schickte aus den Provinzen auserwählte, tapfere Leute in die Residenz. Geeignet dazu konnten nur im Kriegshandwerk Erprobte sein und Voraussetzung hierfür wieder war nur ausschließliche Beschäftigung mit den Waffenkünsten. Diese Bedingungen

¹ Der japanische Ausdruck *bushi* steht dafür. Der Ausdruck *samurai*, der so allgemein unter den Fremden bekannt geworden ist, ist nicht etwa in dem Sinne Ritter gebraucht.

konnten voll und ganz die *daimyō* (Groß-*myōshu*)¹ erfüllen, die ihr Land bewirtschaften ließen, selbst aber die Mittel und die Gelegenheit hatten, eine Schar von Kriegern auszubilden. Auf ihre Macht stützte man sich. Gern erschienen diese am Hofe, um den ehrenden Dienst zu leisten und den Glanz der Kaiserstadt zu bewundern, um einen Amtstitel zu erkaufen oder in das Gefolge eines Prinzen oder eines Adligen einzutreten, um damit eine Stelle als *Shō*-Beamter zu bekommen. Das Bewußtsein ihrer Macht ließ sie jedoch bald ein Leben der Verfeinerung und Ausschweifungen führen. Zügellosigkeit griff Platz, Unbotmäßigkeit dieser Leibwachen gegen die Provinzialbehörden kam vor, da sie auch nach der Rückkehr auf das Land auf das Recht, Waffen zu tragen, nicht verzichten wollten. Dazu brachen Kämpfe der *daimyō* untereinander aus, gegen die von der verfallenden Provinzialverwaltung nicht tatkräftig genug vorgegangen werden konnte. Um dieser Entwicklung des Faustrechts mit seinen unhaltbaren Begleiterscheinungen Einhalt zu gebieten, wurde schon in der Mitte des 8. Jahrhunderts in der Hauptstadt eine Zentralpolizeibehörde (*kebiishi-chō*) mit der Befugnis zu der Kriminal-Gerichtsbarkeit ins Le-

¹ Die *daimyō* stammten meistens von den Nachkommen der Provinzialbeamten und Kreisbeamten vor und nach der *Taikwa*-Reform ab. Die Familien der alten *kuninomiya*suko, von denen die Kreisbeamten nach der *Taikwa*-Reform ausgewählt wurden, blieben noch immer in Ansehen und bildeten einen Stand Großbauern. Als im Anfang der Provinzialverwaltung Stellen in der Provinz noch eine günstige Einnahme versprachen, benutzten die Zentralbeamten die Gelegenheit, sich durch Erwerb von Rodland Grundbesitz zu verschaffen. Ihre Söhne, denen das Emporkommen in der Amtskarriere schwer geworden wäre, blieben auf dem Land und wurden Großbauern und bekleideten höchstens die Stellen der Kreisbeamten oder Dorfmeister.

ben gerufen, deren höhere Stellen gleichzeitig von Offizieren der Leibwache verwaltet waren. Für die einzelnen Provinzen ernannte man mehrere bedeutende Krieger zum *kebiishi* (auch *tsuibushi* oder *hōgwan*), die freilich oft nur einen Stellvertreter sandten. Da aber auch sie ihre Gewalt zur Unterdrückung der Untertanen mißbrauchten und sie sich auch den Wirren gegenüber zu schwach zeigten, war es nötig, beim Ausbruch von Unruhen jedesmal von der Hauptstadt in die Provinzen einen bevollmächtigten Feldherrn zu senden. Man wählte dazu immer ein Mitglied aus der *Taira*- oder der *Minamoto*-familie¹, die trotz ihrer kaiserlichen Abstammung wegen des großen Einflusses der *Fujiwara*, nur die höheren Offiziersstellen in der Leibwache bekleiden konnten, und infolgedessen im Gegensatz zu den anderen Adligen *kuge* (Hof-Adel oder Zivil-Adel) und *buke* (Militär-Adel) genannt wurden. Weil diese jedoch nur mit ihrem eigenen Gefolge dorthin kamen, waren sie auf die Unterstützung der *daimyō* angewiesen. Wenn diese nun auch durch die kaiserlichen Erlasse zur tatkräftigen Unterdrückung der Aufstände und zur Unterordnung unter den Feldherrn gehalten waren, sofern sie nicht selbst als Mitschuldige angesehen sein wollten, so konnte eine solche nur auf Edikte sich gründende Gewalt nicht nachhaltig genug sein. Die Feldherren versuchten infolgedessen jene durch das Versprechen einer späteren Belohnung², durch Ver-

¹ Es gibt viele Familien mit Namen *Taira* oder *Minamoto*, die verschiedener Abstammung sind. Hier sind nur die Abkömmlinge von je einer Familie gemeint und zwar von deren Hauptlinie. Auch der spätere Kampf zwischen diesen beiden ist nicht ein Streit der beiden Geschlechter in der Gesamtheit, sondern nur das Ringen der Hauptlinien.

² Mit wie verhältnismäßig geringen Mitteln das Verlangen der *daimyō* nach Amtsstellen sich befriedigen ließ, wird aus der

mittlung von Amtsverleihungen auf ihre Seite zu ziehen, wodurch natürlich ein engeres persönliches Verhältnis sich herausbildete. Dadurch kommt in die Stellung dieser Krieger ein beachtenswertes Nebeneinander von Beziehungen, einmal gehören sie zum Gefolge der *Shōyen*besitzer, dann sind sie aber auch den *Bukefamilien*, d. h. den Kriegsadelsfamilien, denen die Feldherren angehören, verpflichtet. Zwar waren diese Feldherren aus der *Taira*- und *Minamotofamilie* am Hofe nicht sehr hochgeschätzt, und hatten noch nicht das Bewußtsein ihrer Macht, sonst wären sie nicht in das Gefolge der in der Hauptstadt mächtigen Beamten, besonders der *Fujiwara* eingetreten. Aber bei dem in *Kyōto* ausbrechenden Streitigkeiten erwies sich doch bald, welche Bedeutung ihnen zukam.

Da nämlich das Amt des *kwampaku* (Reichsverweser) in der Hauptlinie der *Fujiwarafamilie* erblich war und allen Brüdern ein gleiches Recht zustand, brachen immer wieder Zwistigkeiten wegen der Erbfolge aus. Schon hierbei war die Unterstützung der beiden *Bukefamilien* entscheidend.

Als dann 1157 gleichfalls wegen der Thronfolge ein Zwiespalt eintrat, ergriffen die sich wieder aufs neue feindlich gegenüberstehenden Angehörigen der *Fujiwarafamilie* Partei. Beide Seiten wurden durch Mitglieder der *Taira* und *Minamoto* unterstützt, so daß sich also hier Teile der kaiserlichen Familie, der Kanzlerfamilie und der *Bukefamilien* befehdeten. Siegreich blieb der Kaiser *Goshirakawa*, besonders durch die Hilfe *Taira Kiyomori's* und *Minamoto Yoshitomo's*, die dadurch großes Ansehen am Hofe gewannen. Eifersucht zwischen den zwei

Tatsache erhellt, daß sogar ein Feldherr, *Minamoto Yoriyoshi*, am Ende des 11. Jahrhdts., nach neunjährigem Kriegsdienst mit der Verleihung des 4. Ranges und einer Statthalterschaft zufriedengestellt wurde.

Letztgenannten führte allerdings zu einem Zusammenstoß zwischen dem Geschlecht der *Taira* und dem mit *Minamoto Yoshitomo* verbündeten *Fujiwara Nobuyori*.

Die *Taira* siegten und hatten die Regierungsgewalt in den Händen. *Kiyomori* wurde „oberster Kanzler“, seine Tochter Gemahlin des Kaisers *Takakura*. Aber der maßlose Mißbrauch ihrer Macht erregte die größte Entrüstung im ganzen Land. Der Versuch des Prinzen *Mochihito* 1180, sie zu stürzen, mißglückte zwar. Aber von nun an kämpfte man bald hier, bald da, so daß die *Taira* endlich mit dem Kaiser *Antoku*, der von seinem Großvater auf den Thron gesetzt worden war, nach dem Westen entweichen mußten.

Der Exkaiser *Goshirakawa* bestimmte *Antoku's* Bruder zum Herrscher und verfolgte die *Taira* weiter.

Minamoto Yoshitomo's Sohn *Yoritomo*, der als Verbannter in *Izu* wohnte, erhob sich gleichfalls, unterstützt durch die Erlasse des Prinzen *Mochihito*. Immer größer wurde sein Anhang und er leitete den Krieg gegen die *Tairafamilie* als alleiniger Führer. Im Jahre 1184 konnte ihr sämtlicher Besitz eingezogen und ihm vom Exkaiser zur Verfügung gestellt werden.¹ Im Felde hat dabei *Minamoto Yoritomo* nicht gestanden, er hielt sich immer in seinem neu gegründeten Wohnsitz *Kamakura*² auf, da er befürchten mußte, daß ein mächtiger Zweig der *Fujiwara*³,

¹ *Azumakagami*, 1. Jahr *Genryaku*, 12. Mon., 1. Tag.

² *Rathgen* irrt, wenn er in seinem „Staat und Kultur der Japaner“ S. 90, sagt, daß *Minamoto Yoritomo* die neue Hauptstadt in sein Stammland verlegte. Die Provinz *Sagami*, in der *Kamakura* liegt, ist nicht sein Stammland. Er gehörte einer adeligen Familie an, die in *Kyōto* sesshaft war.

³ Diese *Fujiwarafamilie* wurde 1189 durch *Minamoto Yoritomo*, der durch einen kaiserlichen Auftrag dazu ermächtigt war, vernichtet.

welcher im Norden in der Provinz *Mutsu* die Stellung des *chijufu-shōgun* (Feldherr in der Grenzmark) innehatte, in die Reihen seiner Feinde treten werde.

Die Unternehmungen wurden infolgedessen nur in seinem Auftrage durch seine Verwandten und Gefolgsleute (*kenin*) als Stellvertreter (*daikwan*) geführt und ihnen eine Belohnung durch den Kaiser auf seinen Vorschlag zuteil.¹

Da in diesen Wirren die Krieger häufig genug die Einkünfte der Tempel, Prinzen und Adligen unrechtmäßigerweise für sich mit Beschlag belegten und versprengte Anhänger der *Taira*-familie sich noch allenthalben verborgen hielten, war eine Überwachung nötig, die *Mina-moto Yoritomo* 1184 übertragen wurde, und die er durch Leute aus seinem Gefolge ausüben ließ, in der Art, daß den in den Provinzen tätigen Statthaltern seine *kenin* als *tsukai* (Bote), *kuni-bugyō* (Provinzialverwalter), *kuninoshugo* (Provinzialbeschützer) zur Seite treten.² Als 1185 selbst sein Onkel *Yukiiye* und sein Bruder *Yoshitsune* einen Aufstand erregten, wurde diese Einrichtung in allen Teilen durchgeführt, und zwar so, daß neben den kaiserlichen Statthaltern die *shugo* (Beschützer) und in den Privatländereien (*shōyen*), wo wegen der Immunität das Einschreiten der Beamten zur Vornahme von Amtshandlungen untersagt war, *jitō* (Landvorsteher) eingesetzt wurden.³ Somit erstreckte die Staatsgewalt ihren Einfluß wiederum über die *shōyen*, wenn auch die staatliche Polizei in den Händen nur privatrechtlich vom *shōgun* abhängiger Gefolgsleute lag.

¹ *Azumakagami*, 13. Jahr *Fuei*, 2. Mon., 25. Tag.

² *Ibidem*, 3. Jahr *Fuei*, 3. Mon., 25. Tag.

³ *Ibidem*, 1. Jahr *Genryaku*, 7. Mon., 16. Tag.

⁴ *Ibidem*, 1. Jahr *Bunji*, 11. Mon., 28. Tag.

Zu diesen Befugnissen erhielt *Minamoto Yoritomo* 1187 noch die Aufsicht über die Regelung des Dienstes in der Leibwache des kaiserlichen Hofes,¹ so daß also alle wichtigen Rechte ihm verliehen waren, und er in *Kamakura*, das von *Kyōto* durch Eilboten erst in vier Tagen² zu erreichen war, an der Spitze eines fast selbständigen Behördeorganismus mit weitgehender Gewalt stand.

Damit brach für die Geschichte Japans ein neuer Abschnitt an, der wegen der Bedeutung des Militäradels (*buke*) die Zeit der Bukeherrschaft genannt wird.

¹ *Azumakagami*, 3. Jahr *Bunji*, 9. Mon., 13. Tag.

² *Ibidem*, 3. Jahr *Shōkyū*, 5. Mon., 19. Tag.

2. TEIL
GESCHICHTE
DER BUKE-HERRSCHAFT

1. PERIODE: DIE KAMAKURA-ZEIT (1184 — 1333)

1. DIE ÖFFENTLICH - RECHTLICHE STELLUNG DES SHÖGUNATS

Man hat sich gewöhnt, die durch *Minamoto Yoritomo* geschaffene Art der Verwaltung auch als Shōgunat zu bezeichnen und zur Unterscheidung von späteren ähnlichen Entwicklungen nach dem Hauptsitz dieser Behörde „Shōgunat von *Kamakura*“ zu nennen. Freilich stammt dieser Ausdruck nicht von japanischen Forschern, sondern ist erst aus den Darstellungen fremder Gelehrter eingedrungen. Er ist die Wiedergabe des aus dem Chinesischen stammenden Wortes *bakufu* (Zelthof, Hauptquartier eines Feldherrn). In Japan bedeutet *shōgun* Marschall (*taishō*) der kaiserlichen Garderegimenter und *bakufu* die Hausbehörde (*mandokoro*) der Marschälle, die ja, als Beamte vom 3. Rang aufwärts, eine solche zu haben berechtigt waren. Ableiten konnte man die Benennung Shōgunat von dem Titel *sei-i-tai-shōgun* (Barbaren unterwerfender Großfeldherr), den *Minamoto Yoritomo* im Jahre 1192 erhielt.

Ob es berechtigt ist, von diesem Zeitpunkt an den Beginn des Shōgunats anzunehmen, wird sich erst entscheiden lassen, wenn man die Befugnisse prüft, die sein Begründer schon vorher ausübte. Bereits im Jahre 1180 richtete er in *Kamakura* das *samurai-dokoro* (Aufsichtsbehörde für das Gefolge) ein, 1184 ließ er das *kumonjo* (Kanzlei) und das *monchūjo* (Justizbehörde) folgen.

Zwar waren diese Behörden für seine eigene Hofhaltung geschaffen, sie bildeten aber doch den Mittelpunkt der *Bukeverwaltung* im Gegensatz zur *Kugeverwaltung* in *Kyōto*. Ein *mandokoro* freilich durfte er vorläufig noch nicht führen; denn er gehörte als Offizier a. D. eines kaiserlichen Garderegimentes nur dem 4. Rang an. Infolgedessen zeigen die Urkunden aus dieser Zeit noch seine eigene Unterschrift oder die eines *bugyō*¹ in der Form des *hōsho*².

Als er dann nach der Unterwerfung der *Taira*-familie zum ersten Male dem kaiserlichen Hof seinen Besuch abstattete, dort *udaishō* (Marschall zur Rechten) wurde und nach kurzer Zeit als Marschall außer Dienst wieder nach *Kamakura* zurückkehrte, nannte er sein bisheriges „*kumonjo*“ um in „*mandokoro* vom Hause des *udaishō*“. Auch äußerlich ist dieser Vorgang wahrzunehmen. Alle

¹ *Bugyō* ist allgemein gültige Bezeichnung für einen Beamten, der irgendeine Befugnis im Auftrag ausübt. Abgeleitet von einem Verbum *bugyō*, d. h. „nach dem Gebot auszuführen“.

² *Hōsho* = Schrift nach dem Befehl, bezeichnet eine besondere Art von Urkunden, durch die der Wille des Herrn bekanntgegeben wird, die aber nicht seine eigene Unterschrift tragen, sondern die eines damit ausdrücklich Beauftragten aus dem Gefolge (nicht zu verwechseln mit den Beamten des späteren *mandokoro*). Kaiserliche Erlasse dieser Art heißen *rinshi*, ex-kaiserliche *yinsen*, im Gegensatz zu *kwampu*, die durch das *daijōkwan* (Reichskanzlei) ausgefertigt sind.

Erlasse sind jetzt von mehreren Beamten dieser Behörde ausgefertigt¹, ganz wie es bei den Prinzen und höchsten Beamten die Regel war. Seit er *shōgun* geworden (1192) trat an die Stelle der vorigen Bezeichnung die neue: „*mandokoro* vom Hause des *shōgun*“.

Man wird aus dieser Entwicklung unschwer erkennen, daß der Beginn des „Shōgunats“ nicht erst im Jahre 1192 angenommen werden kann. Schon als Marschall war *Minamoto Yoritomo* zur Gründung eines *bakufu* berechtigt und hat von dieser Befugnis auch Gebrauch gemacht. Ausschlaggebend ist ferner noch, daß *sei-i-tai-shōgun* ursprünglich überhaupt kein Amt war, sondern nur ein Titel, den schon früher die gegen die Ainu kämpfenden Feldherren erhalten hatten, so daß keineswegs erst mit diesem Titel an *Yoritomo* das Recht verliehen wurde, die Militärverwaltung von Japan zu leiten. Als Beweis dafür mag angeführt werden, daß *Yoritomo's* Sohn *Yoriie* sofort nach dem Tode seines Vaters 1199 mit dem Schutze der Provinzen durch seine *kenin* beauftragt wurde und ein kaiserlicher Erlaß dies auch bekannt gab², er aber erst im Jahre 1202 den Titel *shōgun* erhielt³.

Aber auch in der Erhebung zum Marschall und der damit verbundenen Gründung eines *mandokoro* vermag man den Anfang des „Shōgunats“ nicht zu sehen, ebenso wenig wie in der Errichtung des *kumonjo* (1184), weil es sich hier nur um die Verwaltung des Privatgefolges und dessen Gut handelt, nicht aber um öffentlich-rechtliche Funktionen. Seit dem Jahre 1184 zählen

¹ Diese Urkunde wird *mandokoro-kudashibumi* genannt.

² *Dainihon-shiryō* IV, 6. Buch, S. 42—43.

³ *Ibidem*, IV, 7. Buch, S. 506.

freilich auch wir den Beginn der *Bukeherrschaft*, aber aus einem anderen Grund. Damals nämlich erhielt *Minamoto Yoritomo* das Recht der Überwachung der Krieger. Im nächsten Jahr wurde das Recht noch erweitert durch Einsetzung der *shugo* und *jitō*, um den in Japan herrschenden Wirren ein Ende zu machen, und *Minamoto Yoritomo* wurde *sō-tsuibushi* (Generalpolizeimeister) oder *sō-shugo* (Generalbeschützer) und *sō-jitō* (Generallandvorsteher).

Diese Befugnisse wurden, da die Polizeiverwaltung durch Privatfolge ausgeübt ward, als erblich und auch teilbar betrachtet. Nach dem Tode *Minamoto Yoritomo's* (1197) folgte *Yoriye*, der auf dem Krankenbett (1203) durch Testament seinem ersten Sohn *Ichiman* das Amt des *sō-shugo* in ganz Japan und das des *jitō* in den 28 östlichen Provinzen übergab, während er seinen Bruder *Semman* als *jitō* in den 38 westlichen Provinzen einsetzte.¹ Doch *Minamoto Yoritomo's* Schwiegervater, *Hōjō Tokimasa*, der schon seit 1197 großen Einfluß erlangt hatte, ließ, weil er sie einer Verschwörung für verdächtig hielt, *Ichiman* und die Familie seiner Mutter ermorden und den 11-jährigen *Semman* (seitdem führt er den Namen *Sanetomo*) vom Kaiser zum *shōgun* erheben. Den durch fortwährende Unruhen aufgeregten *kenin* gewährleistete er zwar die Unversehrtheit ihres Besitzes und versicherte 1206 noch einmal allgemein, daß das von den vorhergehenden Shōgunen verliehene Land ihnen fortan gehören sollte, soweit sie es nicht durch Verbrechen verwirkt hätten.²

¹ *Azumakagami*, 3. Jahr *Kennin*, 8. Mon., 27. Tag.

² *Ibidem*, 3. Jahr *Kennin*, 9. Mon., 10. Tag. Diese Vorgänge sind keineswegs als Herrenfall aufzufassen.

Trotzdem brachen immer von neuem Aufstände gegen die *Hōjō*-Familie aus und, obwohl sie Sieger blieb, wandte sich *Masako*, die Witwe *Yoritomo*'s, eine Tochter von *Hōjō Tokimasa*, nach der Ermordung *Sanetomo*'s durch seinen Neffen und dem dadurch erfolgten Aussterben der Familie *Minamoto*, an den kaiserlichen Hof mit der Bitte, einen Prinzen zum *shōgun* zu ernennen, denn die *kenin* würden einem solchen aus der *Hōjō*-Familie, die mit ihnen auf der gleichen Stufe stand, den Gehorsam verweigert haben. Obgleich diese das Verlangen der Witwe unterstützten, willigte der Hof nicht ein, sandte aber, wiederum ersucht, den einjährigen *Yoritsune*, den Sohn des Kanzlers *Kujō Michiye* aus der *Fujiwarafamilie* nach *Kamakura*. Für ihn führte *Masako* jahrelang als Vormund die Verwaltungsgeschäfte bis er 1226 den 5. Rang als „Generalmajor zur Rechten“ erhielt und „*sei-i-tai-shōgun*“ wurde.¹

Konnte also die *Hōjō*-Familie das Shōgunat nicht erlangen, so hatte sie doch die tatsächliche Macht in den Händen und übte den weitgehendsten Einfluß auf die *kenin* und die meist sehr jungen Shōgune aus.

Dabei ist zu beachten, daß durch die Berufung *Yoritsune*'s das Gefolge der *Minamotofamilie* in die Gewalt einer anderen Familie überging, daß sie sich also nur noch als Glied einer Verwaltungsbehörde betrachteten, die durch kaiserlichen Erlaß einem Oberhaupt unterstellt wurde, wie dies ja schon bei *Minamoto Yoritomo* geschehen war — so daß auch hier der schon beobachtete Dualismus hervortritt: *kenin* des *Minamoto Yoritomo* als einer Person und gleichzeitig *kenin* der Behörde von *Kamakura*. Jedenfalls ist durch die Berufung des *shō-*

¹ *Gunshoruijū* III, 269 ff.

gun's aus *Kyōto* das privatrechtliche Moment in den Hintergrund gedrängt worden.

Nur der äußere Verlauf der Ereignisse ist in dieser Darstellung kurz gezeichnet worden. Um aber auch dieses zu verstehen, mußten erst kurz die Verhältnisse in der Grundherrschaft betrachtet werden, da sie von nicht geringer Bedeutung für die Fortentwicklung waren. Das innere Wesen, der durch *Minamoto Yoritomo* geschaffenen Verwaltungsbehörde ist bis jetzt nur wenig gestreift.

2. DIE RECHTLICHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE IN DER GRUNDHERRSCHAFT¹

Wir sahen, daß durch die *Taikwa*-Reform die Scheidung von Staatsland und kaiserlichem Grundbesitz durchgeführt worden war. Die Finanzhoheit über das Staatsland, *kōden* im weiteren Sinne, wurde durch Provinzialstatthalter im Namen des Kaisers ausgeübt. Infolge der Entstehung von Privateigentum an Grund und Boden und durch die Verleihung der Immunität aber ging sie in weitem Maße an die Grundherren (*honke*) über, deren Befugnis deshalb als privatisiertes Recht der Finanzhoheit bezeichnet werden darf. Freilich haben sie eine gänzliche Ausnahmestellung nicht eingenommen, da es dem Staatsoberhaupt nicht verwehrt war, außerordentliche Abgaben auch aus den bevorrechteten Gebieten zu erheben.²

Der Grundherr (*honke*) gehörte stets der Aristokratie an und wohnte in der Hauptstadt *Kyōto*. Die Verwaltung seines Besitzes überließ er dem gleichfalls adligen *ryōke* (Verwalter), auch *azukaridokoro* (Beauftragter) genannt, der oft genug einen Aufenthalt in der Residenz vorzog und einen Stellvertreter auf das Land sandte.

¹ Die Abhandlung von *Nakata* über das *shōyen* in der Kaiserzeit (vor der *Kamakura*-zeit) behandelt auch viel diese Zeit.

² *Dainihonshiryō* IV, 9, S. 388—390, wonach die Abgabe für den Neubau des Tempels in *Ise* von allen *shōyen* 2,3 *shō* (Hohlmaß 1,8 l) Reis zu je 1 *tan* betrug.

Das Verhältnis zwischen *honke* und *ryōke* war nicht überall und zu jeder Zeit das gleiche. Ließ der *honke* das *shōyen* durch seinen *azukaridokoro* verwalten, d. h. die Grundsteuer erheben, die nötigen Beamten einsetzen, Leistungen fordern usw., so besaß er das *shitaji-no-chigyō*, auch *shitaji-no-shinshi*¹ (Recht auf das Land) genannt. Begnügte er sich aber mit einer festgesetzten Summe aus den Einkünften und stand die Verwaltungstätigkeit im freien Ermessen des *ryōke*, so hatte er nur das *shotō-no-chigyō* (Recht auf den Besitz der Abgaben), das *shitaji-no-chigyō* aber lag in den Händen des *ryōke*.

Bei wachsender Bedeutung und Selbständigkeit des *ryōke* konnte es sogar soweit kommen, daß dieser, statt dem Grundherrn einen Teil der aus der ganzen Herrschaft fließenden Abgaben zu entrichten, ihm das Stück Land zur Verfügung stellte, das seinem Anteil an den Einkünften entsprach, das übrige aber als sein Eigen betrachtete. Dadurch verlor der *honke* das *shotō-no-chigyō* auf den Besitz des *ryōke*, der *ryōke* das *shitaji-no-chigyō* auf den nun ausschließlich dem *honke* gehörenden Strecken. *Honke* und *ryōke* stehen nebeneinander, es gibt ein *honke-shiki*² und ein *ryōkeshiki*, die beide erblich und verkäuflich sind, das *shōyen* ist in 2 Stücke getrennt. So hatte, um ein Beispiel anzuführen, das *shōyen Yano-no-shō*³ in

¹ Das Wort *chigyō* wird durch zwei chinesische Zeichen wiedergegeben, von denen das erste „wissen“, das zweite „ausführen“ bedeutet. *Chigyō* bezeichnet demnach die Befugnis, die jemand weiß und ausführt. *Shinshi* heißt „aufwärts oder abwärts zu rücken“ also „verfügen“.

² *Shiki* bedeutet ursprünglich das Amt, dann die mit dem Amt verbundenen Einkünfte, bis es schließlich Abgaben schlechthin bezeichnete. *Honkeshiki* ist also das Recht aus dem *shōyen* Abgaben zu beziehen.

³ *Tōji-monjo*.

der Provinz *Harima* als *honke* einen Tempel, als *ryōke* ein Mitglied der *Fujiwarafamilie*. 1167 wurden die Rechte beider geschieden, das *shōyen* zerfiel nun in zwei selbständige Herrschaften. Infolgedessen verschwand seit der *Kamakurazeit* die Unterscheidung zwischen *ryōke* und *honke*, der gemeinschaftliche Name *honsho* (eigene Stelle) wurde üblich, da für den Hintersassen beide gleichgestellt waren, selbst wenn der *ryōke* manchmal noch den *honke* über sich stehen hatte und ihm zur Entrichtung einer geringen Abgabe verpflichtet war.

Vom *honsho* oder dessen *azukaridokoro* eingesetzt wurden die *shōji* (*Shōbeamten*), die für ihre Tätigkeit durch Amtsland entschädigt wurden, und in *geshi* (Vorsteher), *tsuibushi* (Polizeibeamten), *kumon* (Kanzleibeamte, Schreiber), *tadokoro* (Flurhüter) zerfielen.

Die nächst tiefere und breitere Schicht bildeten die *myōshu* (Großbauern), die von den *Shōbeamten* oder vom *honsho* ernannt waren, aber gleichfalls ihr *chigyō* verlangten und ihr *shiki* verkaufen konnten.¹

Dasselbe Recht schrieben sich die von ihnen abhängigen *hyakushō* (Bauern) zu, denen ein Stück Feld durch *bunin* (Amtsverleihung) überlassen wurde.

Man kann also beobachten, daß auf ein und denselben Besitz Angehörige dreier verschiedener sozialer Schichten Eigentumsrechte (*shitaji-no-chigyō*) geltend machen: *honsho*, *myōshu* und *hyakushō*, daß das Recht den *hyakushō* einzusetzen, bald vom Grundherrs, bald von den *Shōbeamten*, bald von den Großbauern beansprucht wurde.

Es entspricht dem ganz und gar, wenn von den Abgaben des Bauern der *myōshu* einen Teil, genannt *tokubun*

¹ Man brauchte bei der Veräußerung die Anerkennung des *honsho*, wie es in früherer Zeit der Bestätigung des Provinzialbeamten bedurft hatte. (Tōji-monjo).

(Einkünfteanteil) gleichsam als Pachtzins für sich behielt, den andern, genannt *shōto* oder *seizei* (ursprünglich Bezeichnung für die an den Staat abgelieferten Steuern), dem *honsho* zukommen ließ.

Das oben Erwähnte gilt nur für die urbaren Felder „*ta*“ (sumpfige Felder für Reisbau) und „*bata*“ (trockenes Land für Gemüse und andere Pflanzen wie Maulbeer- und Lackbäume, Flachs usw.). Grund für Wohnhäuser mit Garten (*yashikichi*) war im *shōyen* wie in der *Taihō*-Gesetzgebung Privatbesitz der Bewohner und von den Steuern befreit, aber dafür mußten die Besitzer *zaike-yaku* (Hausabgabe) dem *honsho* bezahlen. Davon befreit waren jedoch die Häuser der *Shōbeamten*. Der *honsho* verlangte auch für die Benutzung des Waldes, der Flüsse, des Strandes etc. in dem Gebiet seines *shoyen* eine gewisse Abgabe von den Benutzern. Es ist auch folgerichtig und liegt in dem Wesen der Immunität, wenn der *honsho* über alle in seinem *shōyen* wohnenden Leute die Gerichtsbarkeit besaß. Seinem Urteil nicht unterworfen waren nur die kaiserlichen Beamten und die Gefolgsleute anderer Adliger. Trat also ein *myōshu* in die Gefolgschaft des *shōgun* ein, so ging dem Grundherrn die Gerichtsbarkeit über ihn zum größten Teil an das *Shōgunat* verloren, nur daß jener noch in seiner Eigenschaft als Abhängiger der Grundherrschaft zur Entrichtung der Abgaben gehalten war, widrigenfalls ihm sein Besitz entzogen wurde. Bei solchen Streitigkeiten mischte sich dann häufig die *Kamakuraverwaltung* ein und setzte die Übertragung des Landes an andere *kenin* durch, womit in die Grundherrschaft schon die Keime der Zerstörung getragen wurden.¹

¹ *Nihonkodaihöten*, S. 563, 570.

Schlimmer noch war es für den *honsho*, wurde ein *jitō* auf dem *shōyen* eingesetzt, der als Polizeibeamter allenthalben Einfluß hatte, bald auch *Shōbeamter*¹ wurde und so über das *shitaji-no-chigyō* verfügte, freilich nicht in dem Sinne als sei er Eigentümer gewesen, (denn das Besitzrecht und das Recht, Beamte einzusetzen, blieb dem *honsho* weiter), aber in seiner Stellung als Verwalter.

Der Vielgestaltigkeit der Besitzrechte entsprach eine Mannigfaltigkeit in der Organisation der Grundherrschaft, die in ihren Einzelheiten noch lange nicht genügend erforscht ist. Eine klare Vorstellung wird man am ehesten durch die Betrachtung eines Beispiels gewinnen, ohne daß damit eine allgemein gültige und für alle Grundherrschaften anwendbare Einteilung gegeben sein soll. Eine solche ist nie vorhanden gewesen.

Im Jahre 1166 gründete der Exkaiser *Goshirakawa* ein *shōyen Ōta-no-shō*² aus dem Staatsland in der Provinz *Bingo*. 20 Jahre später schenkte er es dem Tempel *Kōyasan* in der Provinz *Kii*, der nun *ryōke* wurde, unter

¹ In dem hier als Beispiel für die Organisation der Grundherrschaft angeführten *shōyen Ōta-no-shō*, das zwar bei Beginn der *Kamakurazeit* Immunität erhalten hatte, wurde 1196 ein *kenin* des *Shōgunats* an Stelle der ihres Amtes enthobenen *geshi* eingesetzt. Die Befugnisse des *jitō* wurden erblich, dadurch ging dem *ryōke* in *Kōyasan* das Recht, den *geshi* zu ernennen, verloren und gleichzeitig die Berechtigung den *kumon* zu wählen, weil dies dem *geshi* zustand. 1205 wurden diese Rechte dem *jitō* auch durch die *Kamakura-Regierung* übertragen.

Über die Folgen, die dieser Dualismus innerhalb der *Shōyenverwaltung* nach sich zog, wird später genauer zu berichten sein.

² Über *Ōta-no-shō* hat *Shigeta* eine eingehende Untersuchung veröffentlicht (*Shōko*, 2. Jahrgang, 11. Heft. — 3. Jahrgang, 5. Heft). Es bleibt noch viel, über das Wesen der *shōyen* zu forschen übrig. Eingehende Untersuchungen über einzelne *shōyen* wären sehr erwünscht.

der Bedingung, die Einkünfte zur Deckung der für gewisse Feiern nötigen Kosten zu benutzen. Ob der Stifter das Recht des *honke* behalten hat, ist nicht nachzuweisen, ebenso wenig ob er eine jährliche Summe für sich beanspruchte. — Dieses *shōyen* hat im Jahre 1190 6136 $\frac{1}{6}$ *tan* Reisfelder, die sich in folgende Gruppen teilen lassen¹:

1. <i>Tsukuda</i>	120 <i>tan</i>
2. <i>Myōden</i>	3320 "
3. <i>Zatsumen</i>	700 "
a) <i>Myōden</i> , die 2 <i>geshi</i> des <i>shōyen</i> besitzen	460 <i>tan</i>
b) " , " 5 <i>kumon</i> " " "	140 "
c) " , " 2 <i>tsuibushi</i> d. " " "	20 "
d) " , " 2 <i>tadokoro</i> " " " "	20 "
e) " , " 11 <i>kōnin</i> " " " "	60 "
(Dienstmannen?)	
4. <i>Bessakuden</i>	1662 $\frac{1}{2}$ <i>tan</i>
5. Tempel- u. Amtsländer	333 $\frac{2}{3}$ "
(<i>shinjidēn</i>) (<i>kyūden</i>)	6136 $\frac{1}{6}$ <i>tan</i>

*Tsukuda*² (Wirtschaftsfeld), von den Bauern (*hyakushō*) bewirtschaftetes Feld, von dessen Erträgen diese frei-

¹ *Dainihonkomonjo*, *Kōyasan* I, No. 101.

² Das Wesen des *tsukuda* ist noch nicht hinreichend geklärt. Nach einer Nachricht aus dem Jahre 1243 hat der *jitō* auf dem *shōyen Tara-no-shō* in der Provinz *Wakasa* 5 Bauern je ein *tan* zum Reisbau gegeben und von jedem 200 *shō* Reis als Zins verlangt, ohne das Saatgut zu bezahlen, so daß ihnen Einnahmen aus den Landstücken nicht mehr blieben (*Tōji-monjo*). Die erhobenen Abgaben in dieser Zeit zeigen eine gewaltige Höhe: 160 *shō* von 1 *tan* auf *Harada-no-shō* in der Provinz *Tōtōmi* im Jahre 1262, 160 *shō* von 1 *tan* auf *Sumida-no-shō* in der Provinz *Kii* im Jahre 1280 (*Tōji-monjo* und *Sumida-monjo*). Es erscheint möglich, daß die *tsukuda* zurückgehen auf die alten *jōden* „überschüssige Felder“, die nach der Gesetzgebung des 8. Jahrhunderts von den Provinzialbehör-

lich nur einen sehr geringen Teil zurückbehalten durften, den größten aber, im vorliegenden Falle 120 *shō*¹ Reis von 1 *tan*, dem *ryōke* abzuliefern hatten.

Myōden sind die im Besitz des *myōshu* befindlichen Landstrecken, die er sich ursprünglich durch Rodung gewonnen hatte. Es scheint aber sein Eigentumsrecht in der *Kamakura*zeit schon verwischt zu sein, denn der *ryōke* war ermächtigt, den *myōshu* bei Unpünktlichkeit in der Ablieferung der Abgaben das *myōden* zu entziehen und anderweitig zu verleihen. Anfänglich dem Bauernstand angehörend, stieg der *myōshu* oft zum *daimyō* empor und wurde *kenin* des Shōgunats. Bewirtschaftet wurde sein Gut von ihm selbst oder von Bauern als Pächter. Wieviel ihm diese zu entrichten hatten, ist allgemein nicht zu bestimmen, jedenfalls zeigen Quellenstellen, daß sich seine Einkünfte auf 50 oder 60 *shō* Reis von 1 *tan* beliefen. Dafür hat er dem *ryōke* gegenüber manche Verpflichtungen. Ihm mußte er die Grundsteuer (*shōto*) entrichten. Daneben waren ihm noch andere Leistungen (*kuji*) auferlegt: er hatte den *azukaridokoro* bei seinem Aufenthalt im *shōyen* zu verpflegen, je nach der Größe seines *myōden* bestimmte Transportdienste zu übernehmen.

Zatsumen sind die zu den Shōämtern gehörenden *myōden* (ausgenommen Amtsland), die von allen Abgaben und Diensten — mit Ausnahme der Grundsteuern — befreit waren.

den mittels öffentlicher (staatlicher) Frondienste der Bauern bewirtschaftet wurden.

¹ Die eigentlichen japanischen Hohlmaße sind: 1 *koku* = 10 *tō* = 100 *shō* = 1000 *gō* = 180,39 Liter. In den Grundherrschaften wurden aber mehrere verschiedene private Hohlmaße gebraucht, deren Größe oft nicht festzustellen ist.

Unter *bessakuden* sind die Gebiete zu verstehen, deren Grundsteuer direkt von den sie bewirtschaftenden Bauern an den *ryōke* bezahlt wurden. Ob auch die sonst von den *myōshu* erhobenen Abgaben hier an die *azukaridokoro* fielen, kann nicht entschieden werden, jedenfalls war aber das *bessakuden* nicht zu *kuji* verpflichtet.

Tempelland (*shinjiden*) ist das zu Kultstätten, die auch außerhalb des *shōyen* liegen können, gehörende Gut, Amtsland (*kyūden*), das an *Shō*beamte verliehene. Beide Arten sind von Grundsteuern und Leistungen befreit.

Zu diesem Reisland kamen in jedem *shōyen* noch die nicht bewässerten Strecken (*bata*), die eine nicht geringe Ausdehnung hatten, — im *shōyen Ōta-no-shō*, das in 2 Gebiete zerfiel, eines von $1009\frac{1}{2}$ *tan*, für das andere fehlen die Zahlen — von denen aber wegen ihrer mäßigen Ertragsfähigkeit nur ungefähr 10 *shō* Bohnen für 1 *tan* gefordert wurden.¹

¹ *Dainihonkomonjo, Kōyasan I., No. 125.*

3. DIE PRIVATRECHTLICHE VERWALTUNG DES SHÖGUNATS

a) CHIGYÖ DES SHÖGUNATS

Mit allen möglichen grundherrlichen und sonstigen Besitzrechten der geschilderten Art an grundherrschaftlichem Land (*shōyen*) und Staatsland (*kōkuga*) war auch die *Minamoto*-familie ausgestattet, schon ehe sie das Shōgunat erhielt. Ihr Besitz vergrößerte sich noch infolge der neuerhaltenen Befugnisse, wurde aber bald bei deren öffentlich-rechtlichem Charakter nicht mehr als mit dieser einzelnen Familie verbunden betrachtet, sondern als Besitz der *Kamakura*-verwaltung, ohne Rücksicht darauf, wer sie in den Händen hatte, angesehen. Nach seiner Herkunft kann man ihn in 4 Gruppen teilen.

1) Die *Minamoto Yoritomo* schon vor seinem Emporkommen zustehenden Rechte an grundherrschaftlichem Grund und Boden (*shōyen*) und Staatsland (*kōkuga*), wenn es auch fraglich erscheint, ob er als Verbannter noch über große Gebiete verfügte.

2) Die alten Besitzrechte der Mitglieder der *Taira*-Partei: Nach dem Krieg gegen die *Taira*-familie wurde deren und ihrer Anhänger Eigen (*chigyō* in verschiedenen Stufen) durch die kaiserliche Regierung registriert

und *Minamoto Yoritomo* zur freien Verfügung übergeben. Allerdings war er rechtlich nur der Verwalter.¹

Als der Versuch des Exkaisers *Gotoba*, die Herrschaft der *Hōjō* zu brechen, mißglückt war (1221), wurden gleichfalls große Strecken, von dem, seinen Anhängern gehörenden Land eingezogen, über 3000 *shōryō*² wie uns Nachrichten aus jener Zeit bezeugen. Dabei muß man freilich mannigfach abgestufte Verfügungsrechte unterscheiden:

A. verschiedene Rechte an *shōyen* (Grundherrschaft)

- a) Rechte vom *honke*
- b) " " *ryōke*
- c) " " *shō-azukaridokoro*
- d) *Fitō-* und *Shōbeamtenstellen*
- e) *Myōshurechte*

B. verschiedene Rechte an Staatsländereien

- a) Stellen von Bezirksvorstehern (*gunshi*, *gōshi*,
bōshi)
- b) *Myōshurechte*.

3) Mehrere Provinzen: Die schon lange verfolgte Gewohnheit, die Stelle eines Provinzialbeamten lediglich als Einnahmequelle zu betrachten, hat die Staatsländereien (*kōkuga*), von denen Provinzialbeamte ihre Einkünfte bezogen, in eine Art *shōyen* umgestaltet. Infolgedessen bedeutet der Ausdruck „*kokumu-no-chigyō*“ (Befugnis der Provinzialverwaltung) seit dem zwölften Jahrhundert die

¹ Ihm wurde das Land im Auftrag übergeben (*azukeru*). (*Azumakagami*, 3. Jahr *Fuei*, 4. Mon., 6. Tag). Von dem Wort *azukeru* wird „*azukaridokoro*“ (Verwalter) = beauftragte Person abgeleitet.

² *Azumakagami*, 3. Jahr *Shōkyū*, 8. Mon., 7. Tag. *Shōryō* bedeutet genau dasselbe wie *chigyō*. Man hat oft dieses *shōryō* mit *shōyen* verwechselt (z. B. *Yoshida's* „Geographisches Lexikon“ S. 66), aber es handelt sich bei dem *shōryō* hier um die verschiedenen *chigyō* auf dem *shōyen*.

Nutznießung der Einkünfte aus dem *kōkuga*.¹ Dieses *chigyō* einer Provinz wurde vom Kaiser² selbst behalten, oder an Adlige³ und Tempel⁴ auf Zeit verliehen, wobei ein nomineller Statthalter nach wie vor vorhanden war.⁵ So hatte *Yoritomo* denn schon 1185 fünf solcher Provinzen (*Izu*, *Sagami*, *Kazusa*, *Shinano* und *Echigo*).⁶ Bis zum Jahre 1189 kamen noch *Bungo*, *Shimōsa*, *Suruga*, *Tōtōmi* und *Musashi* hinzu, an deren Spitze je ein aus seinem Gefolge und auf seinen Vorschlag vom Kaiser ernannter Statthalter trat.⁷ Allerdings hat *Minamoto Yoritomo* in diesem Jahre die Gebiete dem Staat wieder zurückgegeben und dafür *Izu* und *Sagami* durch einen Erlaß für ewig erhalten⁸, aber es sind dem Shōgunat im Laufe der Zeit doch wieder mehrere Provinzen zugefallen. 1205 wurden als Statthalter für *Musashi* und *Tōtōmi* auf den Vorschlag des *kwantō* (Shōgunatsregierung) zwei Hofadlige ernannt⁹ und 1207 wurden dieselben Stellen in *Sagami* und *Musashi* vom *shikken* besetzt. Andere Quellen sprechen davon, daß 8 Provinzen im Besitz des Shōgunats waren.¹⁰ 1221 kamen *Bizen* und *Bichū* hinzu, als Entschädigung für die durch den Kampf gegen die

¹ *Dainihonkomonjo*, *Iwashimizu* No. 649.

² *Chinyō-kō* zitiert in *Yoshida's* „Geographischem Lexikon“ S. 73 und Testament des Exkaisers *Kameyama* (*Shisekishūran* XXIV, 218 ff.).

³ *Ibidem* und *Daikaihishō* (Memoiren des obersten Kanzlers *Kujō Koremichi* † 1164) zitiert in der Abhandlung von *Kurita*, Buch X, 100.

⁴ *Dainihonshiryō* IV, 1, S. 239.

⁵ *Ibidem*.

⁶ *Azumakagami*, 1. Jahr *Bunji*, 8. Mon., 29. Tag.

⁷ *Ibidem*, 5. Jahr *Bunji*, 7. Mon., 19. Tag.

⁸ *Dainihonshiryō* IV, 2, S. 883.

⁹ *Ibidem* IV, 8, S. 629.

¹⁰ *Miura*, S. 225 (*Kamakura-jidaishi*).

Anhänger des Exkaisers *Gotoba* nötig gewordenen Kriegskosten, die man bisher durch eine Steuer von 3 *shō* Reis für 1 *tan* gedeckt und auch unberechtigterweise weiter erhoben hatte.¹

4) Großverdienstland (*taikō-den*): 1190 erhielt *Minamoto Yoritomo* 100 *chō* Verdienstland, das ihm erblich gehörte.² In welchen Gebietsteilen es lag, kann nicht bestimmt werden.

Diese verschiedenen Arten von Grundeigen konnten nach dem freien Willen *Yoritomo's* verschenkt oder verliehen werden. Bei der Beurteilung dieser Vorgänge darf man dabei nicht so sehr nach dem Wortlaut der Quellen vorgehen, hingegen mehr Gewicht auf die Tatsachen legen. Und da ergibt sich, daß man als „Geschenk“ die Übergabe an außerhalb des Gefolges stehende Leute bezeichnet, denen dadurch keine Verpflichtungen auferlegt werden, wenn es auch vorkommt, daß sie bei Veräußerung oder Teilung um Genehmigung nachsuchen.³

„Verleihung“ dagegen bedeutet die Hingabe von Land an Gefolgsleute, die dafür Kriegsdienste leisten. Doch sind diese keineswegs an Landleihen geknüpft, sondern schon im Charakter des Gefolges begründet.

¹ *Miura*, S. 225. Ob diese Provinzen für ewig dem Shōgunat verliehen wurden, bleibt dahingestellt.

² *Dainihonshiryō* IV, 2, S. 321.

³ Testament des *Kwampaku Michiye*. (*Tōfukuji-monjo*).

b) DIE KENIN UND IHR EIGEN (CHIGYŌ)

Die vorangehenden Bemerkungen haben schon betont, daß die Gefolgschaft ursprünglich ein rein persönliches Verhältnis war. Sie galt nur einem bestimmten Herrn und verpflichtete nur den Gefolgsmann. Eine Vererbung dieser Beziehungen scheint also danach ausgeschlossen. Doch entwickelte sich häufig ein dauerndes Band zwischen dem Geschlecht des Herrn und dem des *kenin*.

Von Einfluß ist dabei die Bedeutung des japanischen Familienoberhauptes mit seiner weitgehenden Verfügung über die einzelnen Verwandten, kraft deren der Vater den Sohn durch die Vorstellung (*genzan*) am Herrensitz in das Gefolge aufnehmen lassen konnte und eine Fortdauer der gegenseitigen Stellung gesichert wurde. Dadurch treten natürlich engere Beziehungen ein, für deren Bezeichnung das Wort „*fudai*“ (von Geschlecht zu Geschlecht) gebraucht wurde.

Bei Ausbruch des Krieges gegen die *Taira*-familie hatte *Minamoto Yoritomo* als Verbannter eine nur geringe Zahl von Ergebenen um sich und war deshalb bestrebt, die *daimyō* auf seine Seite zu ziehen. Zugute kam ihm dabei zuerst ein Erlaß des Prinzen *Mochihito*¹ und dann die Erlasse des Exkaisers *Goshirakawa*², durch die er zum Führer bestimmt wurde. In der Tat erneuerten daraufhin die alten Gefolgsleute wieder das vorherbestandene Verhältnis und sie wurden noch durch eine Reihe

¹ *Azumakagami*, 4. Jahr *Yishō*, 8. Mon., 19. Tag.

² *Ibidem*, 3. Jahr *Juei*, 3. Mon., 1. Tag.

fremder *daimyō* verstärkt. Wenn auch durch die schon mehrfach berührte Umbildung dieser anfangs nur privatrechtlichen Institution zu einer öffentlich-rechtlichen ein Wandel der gegenseitigen Beziehungen eintrat, so war *Minamoto Yoritomo* doch stark genug, seinen *kenin* die Annahme eines Staatsamtes zu untersagen oder wenigstens nur mit seiner Genehmigung zu gestatten, um ihr Emporsteigen zu unmittelbarer Abhängigkeit vom Kaiser und damit zu einer gleichen Stufe mit ihm zu verhindern. Niemals sind *kenin*, die zum Teil über große Einnahmen verfügten, ohne seine Vermittlung zu kaiserlichen Beamten ernannt und zum Hofadel gezogen worden.

Es wurde dadurch auch eine stärkere Ausbildung von Unterschieden über die durch das *Shugo*- und *Fitō*amt gegebenen Abstufungen hinaus unmöglich gemacht. Rechtlich waren nämlich die Vasallen (*kenin*)¹ des Shōgunats alle gleichgestellt, soweit eben nicht die Ernennung zum *shugo* besondere Befugnisse verlieh. Bei Unruhen oder bei Kriegszügen hatten sie sich mit ihrem Gefolge von wirtschaftlich abhängigen Leuten (*rōdō*, *kenin*, *rōjū*) einzufinden. Über diese *rōdō*, *kenin* oder *rōjū* hatte der Gefolgsherr, der vom Shōgunat direkt abhängige *kenin*, unbedingte Verfügung, was sich besonders darin ausdrückt, daß Klagen

¹ Über die Zahl der *kenin* fehlen nähere Angaben. In der Provinz *Ōsumi* wurden im Jahre 1197 28 *kenin* gezählt (*Shisekishūran* XXVII), in *Wakasa* waren 1245 dagegen nur 14, obgleich bei Beginn des Shōgunats dort 30 vorhanden waren (*Tōji-monjo*).

Auch die Zahl der mit den *kenin* ins Feld Ziehenden ist äußerst verschieden; es kommt z. B. vor, daß ein *jitō* mit nur einem *rōjū* und 3 Troßknechten am Kampf gegen die Mongolen teilnimmt, und in einem und demselben Jahre eine Frau, die das *Fitō*amt bekleidet, nur ihren Sohn und Schwiegersohn dazu bestimmt. (*Dainihonkomonjo*, *Iwashimizu* II, No. 436 u. 444).

seiner Aftervasallen gegen ihn vom Shōgunatsgericht ebenso wenig angenommen wurden, wie man Kindern das Recht zusprach, gegen ihre Eltern zu klagen.¹ Die Aftervasallen sind also dem Verwaltungsbereich des Shōgunats entzogen und kommen mit ihm nur in Berührung, wenn ihnen Stellvertretung eines *shugo* oder *jitō* übertragen wurde. Konnten sie dadurch zu einer höheren Stufe emporsteigen, so war für direkte *kenin* des Shōgunats, für die mit der Zeit die Bezeichnung *go-kenin* üblich wird, in der Übertragung der Befugnisse eines Stellvertreters durch den wirklichen *shugo* oder *jitō* der Grund für eine Minderung der rechtlichen Stellung gegeben, die man aber bei der Erhöhung des Ansehens und der Einkünfte mit in Kauf nahm.

Da hierzu nämlich die schwächeren Elemente ausersehen wurden, traten sie in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zu den wirtschaftlich stärkeren, zum eigentlichen *shugo* oder *jitō* ernannten *kenin*. Wenn sie hierdurch auch die unmittelbare Beziehung zum Haupt der *Buke*verwaltung, solange sie noch den vom *shōgun* anerkannten Besitz hatten, nicht verloren, so waren sie doch in eine merkwürdige Zwitterstellung geraten.

Die letzten Bemerkungen haben die Bedeutung des Grundbesitzes für die *kenin* gezeigt. Diesen müssen wir noch näher ins Auge fassen. Nach seiner Herkunft kann man ihn in zwei Gruppen sondern:

1) *Shiryō* oder *honryō* ist das den *kenin* schon vor ihrem Eintritt in das Gefolge *Minamoto Yoritomo's* gehörende Eigen. Dieses bestand für gewöhnlich aus *Myōshu*-Rechten oder aus den aus der Stellung der Betroffenen als *Shōyen*beamte oder staatliche Distriktsvorsteher

¹ *Nihonkodaihōten* 634.

(*gunsbi*) sich ergebenden Rechten. Die Unantastbarkeit des *shiryō* oder *honryō* wurde den Inhabern durch eine Anerkennungsurkunde (*andojō*) von Seiten des Shōgunats gewährleistet. Es war infolgedessen bei Beginn des Shōgunats noch veräußerlich¹, aber schon 1240 wird das Verfügungsrecht insofern eingeschränkt, als nur *kenin* seine Eigentümer sein konnten², bis endlich 1270 ein Verkauf überhaupt verboten wurde.³ Das bis dahin freie Privatbesitztum ward von nun an als ein Bestandteil des Shōgunats angesehen.

2) *Onryō* (Besitz durch Gnade) ist der als Belohnung für schon geleistete Dienste, nicht unter der Bedingung erst künftig zu leistender, an einzelne *kenin* noch besonders verliehene Grundbesitz; er wurde auf ewige Dauer verliehen, nur größere Vergehen konnten seine Wiedereinziehung zur Folge haben. Herrenfall oder Mannfall traten nicht ein, nur wurde eine geringe Abgabe vom Shōgunat verlangt. Da durch ihn nur die Familie des damit Ausgestatteten geehrt werden sollte, war ein Verkauf von vornherein untersagt⁴, eine Teilung aber gestattet.⁵ Allerdings wurde der *onryō* vom Shōgunat auch nach einer Vererbung auf Söhne und Töchter als Gesamt-lehen betrachtet und für die Ablieferung der Abgaben nur der *sōryō* (das Oberhaupt der Familie) verantwortlich gemacht.⁶ Auch suchte man möglichst zu vermeiden, daß etwa Eigentum der *kenin* an den Hofadel fiel, — was ja bei der Teilbarkeit leicht geschehen konnte —

¹ *Jōeishikimoku*, Art. 48.

² *Nihonkodaihōten* 492.

³ *Ibidem* 503.

⁴ *Jōeishikimoku*, Art. 48.

⁵ *Ibidem*, Art. 22.

⁶ *Nihonkodaihōten* 624—625.

weil dadurch die Machtmittel des Shōgunats geschwächt worden wären.¹

Aus der Reihe dieser *kenin* also, deren rechtliche und wirtschaftliche Lage wir eben kennengelernt haben, wurden seit 1185 die den zum Schutze der Provinzialverwaltungen bestimmten *shugo* und *jito* entnommen.

¹ *Jōeishikimoku*, Art. 25.

4. DIE ÖFFENTLICH-RECHTLICHE STELLUNG DES SHÖGUNATS

a) DER SHUGO¹

Das Wort *shugo* bezeichnet, wie schon oben angegeben, die mit dem Schutz von Gebietsteilen beauftragte Person. Doch ist diese Benennung nicht erst 1185 als amtlicher Ausdruck für die angegebene Befugnis eingeführt, sondern schon 1180 durch *Moritomo Yoritomo* im Kampf gegen die *Taira*-familie angewendet worden², als er Getreue von seinem Hauptquartier in die Nachbarprovinzen schickte, um sie in seiner Gewalt halten zu können. Es bedeutete das gleichsam die Erklärung des Belagerungszustandes in jenen Teilen. Polizeigewalt und Gerichtsbarkeit hatte jetzt der von *Minamoto Yoritomo* abgeordnete Gefolgsmann. Dieses hier noch privatrechtliche Verhältnis erhielt dann einen öffentlich-rechtlichen Charakter, seit 1185 vom Kaiser die Durchführung dieser Einrichtung allgemein angeordnet wurde. Freilich ist auch damals nicht in jeder Provinz ein *shugo* eingesetzt wor-

¹ Die *shugo* wurden anfangs auch *tsuibushi* genannt. *Azumakagami*, 2. Jahr *Bunji*, 3. Mon., 7. Tag.

² *Azumakagami*, 4. Jahr *Fishō*, 10. Mon., 21. Tag.

den, oft verwaltete ein *kenin* mehrere Bezirke. Auch scheint man ursprünglich nur an eine vorübergehende Dauer dieser Behörden gedacht zu haben, entsprechend der Veranlassung ihrer Entstehung.¹ Ständig wurden sie erst als 1187 die *shugo* ermächtigt wurden, von den Mitgliedern des Kriegerstandes den Dienst in der kaiserlichen Leibwache zu fordern. Doch ist damit keineswegs gesagt, daß der *shugo* auf Lebenszeit oder für eine bestimmte Frist eingesetzt worden sei, seine Amtsdauer stand durchaus im Belieben des Shōgunats. Eine Erblichkeit hat sich aber bald genug herausgebildet. Die mit dem Amt verbundenen Rechte sind aus den Unruhen zu erklären, die seine Einrichtung überhaupt nötig machten. Es stand dem *shugo* zu:

1. über den Frieden in seiner Provinz zu wachen, den Ausbruch von Unruhen niederzuhalten, die Kriminalgerichtsbarkeit über schwere Verbrechen ausüben, während kleinere der *jitō* auf dem *shōen* und der *kebiishi* in dem Staatsland (*kōkuga*) aburteilte.²
2. den Gardedienst am kaiserlichen Hof durch Beaufsichtigung und Abordnung der Krieger zu regeln und im Kriegsfall die *jitō* und *kenin* seines Gebiets anzuführen.³
3. die *jitō* und *kenin* auch im Frieden zu beobachten, ihnen die Verordnungen des Shōgunats bekannt zu geben und für deren Durchführung zu sorgen.⁴

Versagt blieb⁵ ihm das Eingreifen in die Finanzverwaltung — nur außerordentliche Abgaben für die kaiser-

¹ *Azumakagami*, 2. Jahr *Bunji*, 3. Mon., 7. Tag.

² *Ibidem*, 1. Jahr *Shōji*, 12. Mon., 29. Tag. *Nihonkodaihōten* 561.

³ *Azumakagami*, 1. Jahr *Shōji*, 12. Mon., 29. Tag. *Ibidem*, 3. Jahr *Kenkyū*, 6. Mon., 20. Tag.

⁴ *Nihonkodaihōten*, 565. *Tōji-monjo*.

⁵ *Jōeishikimoku*, Art. 3.

liche Leibwache durfte er eintreiben¹ — und die Zivilgerichtsbarkeit. Hier war die grundherrschaftliche Verwaltung maßgebend. Besondere Einkünfte scheinen mit dieser Stellung nicht verbunden gewesen zu sein. Auch das vom *shugo* zur Sühne schwerer Verbrechen eingezogene Eigen fiel ihm nicht zu.² Die Einkünfte des *shugo* beruhten darauf, daß ihm gleichzeitig eine oder mehrere *Jirō*-stellen in seinem Bezirk verliehen wurden und ihm aus diesen, wie wir unten sehen werden, manche Einkünfte zufloßen.

Schon seit Beginn des Shōgunats wurde oft der Einfluß dieser *Shugobehörde* gemindert, insofern mächtige Grundherren sich Ausnahmestellungen zuteilen ließen und gegen ihre Eingriffe durch besonder Vorrechte (*shugo-fun'yū*) „Kein Eintritt von *shugo*“ gesichert wurden.

¹ *Tōji-monjo*.

² *Nihonkodaihōten* 577 und 580.

b) DER JITŌ

Neben dem *shugo* spielt der *jitō* (Landesvorsteher) die Hauptrolle. Das Wort ist schon in der Zeit der *Taira*-familie als alternative Benennung für Bezirksvorsteher verschiedener Stufen (*geshi* usw.) gebräuchlich gewesen¹, der öffentlich-rechtliche Begriff mit ihm aber erst seit 1185 verbunden. Eingeführt wurde diese Behörde freilich nicht in allen Provinzen. Die ursprünglich zur Deckung der Unterhaltungskosten vorgesehene und vermutlich schon durchgesetzte Abgabe von 5 *shō* für je 1 *tan* mußte wegen des Widerstandes der Grundherren bald wieder fallen gelassen werden.

Auf dem Besitz der Tempel, der Adligen und der Mitglieder der kaiserlichen Familie trat mit der Zeit wieder eine vollständige Befreiung von der Gewalt des *jitō* ein² — wie das in gleicher Weise ja auch schon bei den *shugo* zu bemerken war. Als Beamter des Shōgunats und Vorsteher der Grundherrschaft hatte der *jitō* die Polizeiaufsicht über die Hintersassen der Grundherren, übte über sie die Gerichtsbarkeit aus und vermittelte zwischen der Herrschaft und dem *shugo*, dem dort ein Einschreiten untersagt blieb.³

Es lag ihm ferner ob, den Verkauf des Landes durch den *myōshu* und die Bauern zu überwachen⁴, die Grund-

¹ *Azumakagami*, 1. Jahr *Bunji*, 12. Mon., 21. Tag.

² *Ibidem*, 2. Jahr *Bunji*, 11. Mon., 24. Tag.

³ *Ibidem*, 3. Jahr *Bunji*, 10. Mon., 5. Tag. *Fōeishikimoku*, Art. 32.

⁴ *Nihonkodaihöten* 493.

steuern einzutreiben und auch die gelegentlichen außerordentlichen Abgaben für den Kaiser oder den Staat (z. B. zum Bau eines Palastes, eines Tempels, zur Krönungsfeier usw.) einzuziehen.¹

Dafür war er im Besitz einer ganzen Reihe von Einkünften, die aber nicht einheitlich geregelt waren. Da er nämlich Nachfolger des alten *geshi* (Bezirksvorsteher) war, hing die Größe der ihm zukommenden Abgaben außerordentlich von dem in verschiedenen Gegenden herrschenden Gewohnheitsrecht ab. Einigermmaßen feststehende, reichere Einnahmen hatten die *shimpo-jitō* („neu ernannte *jitō*“ im Gegensatz zu den *hompo-jitō* „früher ernannte *jitō*“), die auf den Landstrecken eingesetzt wurden, die nach dem 1221 mißglückten Versuch des Exkaisers *Gotoba*, die *Hōjō*-familie zu stürzen, eingezogen waren.

In der Regel erhielt der *jitō* für seine Dienstleistungen:

- 1) *Kyūden* (auch *ninkyū*) = Amtsland, dessen Größe vielfach wechselte und nur für die *shimpo-jitō* auf $\frac{1}{11}$ des *shōyēn*, in dem er stand, festgesetzt war.² Eine Steuer und Leistungen für den Grundherrn wurden davon nicht verlangt.
- 2) *kachōmai* (Zuschlagssteuer von Reis). Der *shimpo-jitō* durfte nämlich von den für den *honsho* bestimmten Abgaben in Reis für jedes *tan* 5 *shō* beanspruchen. Wurde diesem aber weniger als 10 *shō* entrichtet, hatte auch der *jitō* nur das Recht $\frac{1}{8}$ davon für sich zu behalten.³ Doch kam es häufig vor, daß ihm statt dessen ein Stück Land (*myōden*) vom Grundherrn abgetreten und dann ganz wie Amtsland behandelt wurde.⁴

¹ *Azumakagami*, 6. Jahr *Bunji*, 2. Mon., 22. Tag.

² *Nihonkodaihöten* 595 und 602.

³ *Ibidem* 595, 602, 611.

⁴ *Tōki-monjo*. Ein Beispiel in dem *shōyēn Yugesshima-no-shō* in der Provinz *Iyo*. Eine Urkunde, zitiert von *Kuroita* (*Shigaku-*

3) Die Hälfte der Abgaben für die Benutzung von Wald, Wiese und Wasser. Ursprünglich waren diese Einnahmen wohl dem Verwalter (*azukaridokoro*) zugefallen, jetzt bestimmte man dahin, daß nach Abzug des dem Grundherrn gehörenden Betrags, der Rest zwischen *jitō* und Verwalter zu gleichen Teilen geteilt werden sollte.¹

4) *Zatsumen* (Befreiung von verschiedenen Leistungen). Auch darin ist, wenigstens indirekt, eine Entschädigung für seine Amtstätigkeit zu erblicken, insofern nämlich aus dem *myōden*, das der *jitō* bebauen ließ, und wofür er dem Grundherrn (*honshō*) zur Zahlung der Steuer verpflichtet war, Leistungen (*kuji* = Verpflegung des *azukaridokoro* bei

zasshi XIII, 170) berichtet über eine Landliste aus dem Jahre 1243 aus der Provinz *Aki* von dem *shōyō* der Familie eines *Shintō*priesters. Danach gehörten dazu $195\frac{7}{12}$ *tan* Reisfeld u. zw.:

1. Abgabepflichtiger Grundbesitz	$159\frac{2}{3}$ <i>tan</i>
2. <i>Tsukuda</i> des <i>ryōke</i>	$2\frac{11}{12}$ „
3. Tempelländereien	14 „
4. Amtsland	
a) des <i>azukaridokoro</i>	8 „
b) des <i>jitō</i>	8 „
c) des <i>kumon</i>	3 „
	<hr/>
	$195\frac{7}{12}$ <i>tan</i>

$12\frac{1}{3}$ <i>tan</i> mit je 32 <i>shō</i> = 394,7 <i>shō</i>	}	*
$65\frac{1}{6}$ „ „ „ 28 „ = 1824,6 „		
$37\frac{2}{3}$ „ „ „ 27 „ = 1017, „		
$44\frac{1}{2}$ „ „ „ 15 „ = 667,5 „		
<hr/>		
$159\frac{2}{3}$ <i>tan</i>		3903,8 <i>shō</i>

* Davon erhält der *jitō* je 10 *shō* von 1 *tan*, also 1151 *shō*.

** Davon erhält der *jitō* je 5 *shō* von 1 *tan*, also 222,5 *shō*.

Von 3903,8 *shō* bekommt also der *jitō* 1374,2, d. i. mehr als den 3. Teil. Das könnte auch wohl als Beispiel für den *ka-chōmai* gelten.

¹ *Nihonkodaikōten* 602.

seinem Aufenthalt im *shōyen*, Beförderungsdienste usw.) nicht verlangt werden durften.¹

5) *Menka*², d. h. vom Dienst für den Grundherrn befreite Hausstände, die aber dem *jitō* und den *Shōbeamten* zur Verfügung gestellt wurden, um dem Grundherrn ihre Kräfte zu widmen.

6) Dazu flossen noch aus der Gerichtsbarkeit Bußgelder, von denen er einen örtlich verschiedenen Anteil bekam: $\frac{1}{4}$ wie in *Ōta-no-shō* in der Provinz *Bingo*³, $\frac{1}{3}$ in *Torikai-no-shō* in der Provinz *Awaji*⁴, $\frac{1}{2}$ in *Tara-no-shō* in der Provinz *Wakasa*⁵ und in *Osada-no-shō* in der Provinz *Bizen*⁶.

Ferner hatte er Anspruch auf die Hälfte etwaiger durch Gerichtsbeschluß eingezogener Bauernstellen und erhielt damit das Recht, nach ihren Neubesetzungen dort Abgaben zu erheben.⁷ Manchmal wurde ihm auch durch den Grundherrn (*honshō*) die Stelle des *azukaridokoro* verliehen, d. h. der Auftrag gegeben, die *Shōbeamten* zu beaufsichtigen und die fälligen Abgaben auch für den *honshō* einzutreiben.

Schon *Minamoto Yoritomo* hatte sich bemüht, für seine Gefolgsleute solche Befugnisse zu erlangen. Auf seine Vermittlung (*kuchi-ire* oder *kunyū*) erhielten diese die Stellen eines *Shōyenverwalters* durch einen Pachtvertrag (*ukeru*; das dadurch zur Verwaltung übergebene Land heißt *ukesho*). Dabei ist er, *Yoritomo*, Bürge für die rechtzeitige Ablieferung der Steuern an den Eigentümer des *shōyen*

¹ Vgl. S. 39.

² Das Recht des *jitō* auf den *menka* wird mit *shinshi* oder *chi-gyō* ausgedrückt. Vgl. Seite 36. *Dainihonshiryō* IV, 9, S. 876 ff.

³ *Dainihonkomonjo*, *Kōyasan* I, No. 62.

⁴ *Ibidem*, *Iwashimizu*, No. 216.

⁵ *Tōji-monjo*.

⁶ *Kanda-monjo*.

⁷ *Nihonkodaithōten* 608.

und hat aus seinem Vermögen auch den Pachtzins für *kenin* bezahlt, wenn diese dazu nicht in der Lage waren.¹ Später ist diese Art der Verwaltung des Grundbesitzes häufiger. Aus dem Jahre 1298 wird z. B. berichtet, daß ein *jitō* alle Rechte des *ryōke* (Verwalter) auf einem *shō-yen* der Provinz *Tango* für ewig gegen eine jährliche Abgabe von 50 *kwan* pachtete.² Welche Folge dieses Verfahren nach sich zog, wird unten zu betrachten sein.

Es war nicht erforderlich, daß der ernannte *jitō* sein Amt auch versah. Häufig genug wurde auch hier ein Stellvertreter (*daikwan*) mit der Verwaltung betraut. So konnte es geschehen, daß auch Frauen das Recht eines *jitō* erhielten und durch Beauftragte ausüben ließen, wobei man natürlich immer die Gefolge berücksichtigte. Die Verantwortung für Maßnahmen der Stellvertreter trug freilich immer der *jitō*.³ Doch zeigt diese Tatsache, daß man das *Jitō*amt nur als Einnahmequelle ansah, sich persönlich aber wenig um seinen Bezirk kümmerte.

Dabei wurde dieses Amt von Anfang an als erblich verliehen und die Befugnis über einen Bezirk häufig geteilt, sodaß z. B. das Recht auf $\frac{1}{4}$ des *Jitō*amtsbereichs vorkommt.⁴ Freilich sah man dieses *jitōshiki* (Amt des *jitō*) noch als Ganzes, als ein Gesamtlehen an. Das Oberhaupt

¹ *Koji-ruiyēn*, *Seijibu* II, S. 575.

² *Dainihonkomonjo*, *Iwashimizu* I, No. 289.

1 *kwan* = 1000 Kupfermünzen, die in dieser Zeit 100 *shō* Reis entsprechen (*Kokushigan*, S. 183).

³ *Azumakagami*, 3. Jahr *Bunji*, 6. Mon., 29. Tag. Ein *jitō* (*Hatakeyama Shigetada*) wird wegen Vergehen seines *daikwan* vor Gericht gefordert und drückt dort seinen Amtsgenossen sein Bedauern aus, daß er bei der Wahl seines Stellvertreters nicht sorgfältiger verfahren sei.

⁴ Nötig ist dabei die testamentarische Bestimmung des Erblassers und die Genehmigung des Shōgunats, die letzte nicht et-

(*sōryō* oder *katoku*) der Familie, dem in Japan eine große Rolle zufiel, stand an der Spitze der einzelnen Zweigfamilien und vermittelte den Verkehr zwischen Shōgunat und den einzelnen mit dem Recht eines *jitō* ausgestatteten Personen. Die schon erwähnten weitgehenden Rechte des *jitō*, die oftmals gegenüber denen des Grundherrn nicht scharf genug abgegrenzt waren und auch die durch die Pachtverträge (*ukeru*) geschaffenen Verhältnisse führten seit der Mitte des 13. Jahrhunderts zu immer wiederkehrenden Streitigkeiten zwischen Grundherren und *jitō* und veranlassten endlich häufig eine strenge Teilung des Landes (*shitaji*). Der Grundherr überließ dem *jitō* die seinen Einkünften entsprechenden Landstrecken mit der Bedingung, daß ihm selbst in dem Rest volle Verfügungsfreiheit gewährleistet blieb. Diese Verträge fanden die Bestätigung des Shōgunats, das sich dadurch eines großen Teils seines Machtbereichs begab. Das früheste Beispiel einer solchen Regelung der beiderseitigen Befugnisse stammt, soweit ich die Quellen überschaue, aus dem Jahr 1243 aus *Yasuda-no-shō* in der Provinz *Izumo*.¹

Durch die Scheidung des Gebiets gibt es jetzt keine Unterscheidungen zwischen Grundherrn und *jitō* in ihren Rechtsverhältnissen auf dem jedem gehörenden Land. Aber wie es einmal bei der Gebietsscheidung zwischen *honke* und *ryōke* der Fall war, bleiben noch weiter die ursprünglichen Bezeichnungen für die verschiedenen Rechte (*honkeshiki* bzw. *ryōkeshiki* für Grundherrn und *jitōshiki* für *jitō*) auf ihrem eigenen Gebiet, ohne daß die Bezeichnung für den Inhalt der verschiedenen Rechte maßgebend wäre.

wa weil dieses das Heimfallrecht besaß, sondern um für den Fall künftiger Streitigkeiten eine staatliche Anerkennung des durch die Erbteilung geschaffenen Zustands zu besitzen.

¹ *Dainihonkomonjo, Iwashimizu*, No. 212.

5. DAS VERHÄLTNIS ZWISCHEN DER REGIERUNG IN KYŌTO UND DER IN KAMAKURA

Die weitgehenden Befugnisse, die der *shugo* und der *jito* erhalten hatten, zeigen welch große Bedeutung dem Shōgunat zukam, und man wird leicht begreifen, daß bei einer schwachen kaiserlichen Regierung sein Einfluß sich immer mehr steigern mußte. Dazu kommt, daß der Adel in der Zentralregierung es nicht so sehr auf die Verwaltung der Geschäfte des Reiches, als auf möglichste Vergrößerung seiner Einkünfte absah. Zwar betonen die Ratschläge¹ *Minamoto Yoritomo's* aus dem Jahre 1184 die Dringlichkeit der Ernennung von Provinzialstatthaltern; sie zeigen aber, daß die finanziellen Gesichtspunkte für den Hofadel die Hauptrolle spielten.

Doch hatte dem Begründer des Shōgunats der Gedanke, die kaiserliche Gewalt zu ersticken, ganz fern gelegen. *Minamoto Yoritomo* hat sich als immer treuer Untertan seines Herrschers erwiesen.² Auch gegen den Adel kamen von seiner Seite keine Übergriffe vor. Gewissenhaft sorgte er für die Ablieferung der Grundsteuern an *honke* und *ryōke*. Es wird für das Jahr 1188 be-

¹ *Azumakagami*, 3. Jahr *Juei*, 2. Mon., 25. Tag.

² *Kokushigan*, S. 177.

richtet¹, daß er auch dann, wenn ihm diese nicht bekannt waren, sich für eine ordnungsgemäße Abgabe derselben verpflichtet hielt. Unrechtmäßige Landaneignungen und Beschlagnahme der Einnahmen durch seine Gefolgsleute bestrafte er streng.

Um die Streitigkeiten zwischen den Grundbesitzern und den von ihm eingesetzten *jitō* zu schlichten, schlug er schon 1186 vor, das *kirokujo* (Grundbuchbehörde, 1096 begründet um die Vermehrung der *shōyen* einzuschränken) in der kaiserlichen Hauptstadt zu beauftragen, den zu Tage getretenen Übelständen zu steuern.² Denn ein *jitō* konnte als Gefolgsmann *Minamoto Yoritomo's* von einem Grundherrschaft am kaiserlichen Hof verklagt werden, worauf dieser dann vom Shōgunat die Bestrafung verlangte. Der *shōgun* andererseits konnte hingegen einen *honke* oder *ryōke* unmittelbar nicht zur Rechenschaft ziehen, weil diese seiner Gerichtsbarkeit nicht unterworfen waren. So trat auch 1235 wieder der Fall ein, daß das Shōgunat die kaiserliche Regierung bat, die Grundherren zu beaufsichtigen und *azukaridokoro*, die in die Rechte der *jitō* eingriffen, abzusetzen, um dadurch lange Auseinandersetzungen zu vermeiden.³ Doch hielt man es — wie eine Urkunde aus dem Jahre 1286 zeigt — am Hof nicht mit der kaiserlichen Gerichtsbarkeit vereinbar, sich um Klagen über die geringfügigen Streitigkeiten zu kümmern.⁴ (Denn Kaiser und kaiserliche Regierung standen hoch über dem Shōgunat und den ihm gleichgestellten *mandokoro* der Prinzen, Adligen und Tempel).

Die Folge war natürlich, daß jetzt die *jitō* und andere

¹ *Azumakagami*, 4. Jahr *Bunji*, 6. Mon., 4. Tag.

² *Dainihonshiryō* IV, 1, S. 438.

³ *Nihonkodaihöten* 568.

⁴ *Dainihonkomonjo*, *Iwashimizu*, No. 133.

kenin von *Kamakura* ebenfalls ihre Macht mißbrauchten. Beschwerde um Beschwerde liefen beim Shōgunat ein.

Zwar hatten einzelne *Shōyen*besitzer durch kaiserliche Erlasse Immunität von der Einmischung der *shugo* und *jitō* erlangt, andere wieder durch die oben erwähnte Landteilung wenigstens eine Hälfte ihres ursprünglichen Besitzes von dem Einfluß der *jitō* gänzlich befreit (und damit freilich den *Jitō*besitz vergrößert, die Amtsbefugnisse aber vermindert), aber trotzdem wuchs der Einfluß des Shōgunats als Polizeigewalt. Denn die in *Kyōto* noch bestehende kaiserliche Polizeibehörde (*kebiishi*) und die von ihr in einzelne Provinzen abgeordneten Organe bedurften einer Unterstützung und Ergänzung.¹ Für die am Hofe als Leibwache dienenden *kenin* war eine besondere Aufsichtsbehörde nötig, weil ihre Vergehen nicht von der kaiserlichen *kebiishi*, sondern nur vom Shōgunat gerichtet werden konnten.² Diese Aufsichtsbehörde entwickelte sich bald zu einem Zweig der *Kamakura*verwaltung (*rokubara-tandai* genannt) und gebot über die *kenin* sämtlicher westlichen Provinzen. Auch in andern Teilen des Reiches wuchs der Einfluß der *shugo*, die ursprünglich neben den kaiserlichen Polizeibeamten standen, allmählich aber deren Stelle allein einnahmen.³ (Dabei ist zu beachten und äußerst merkwürdig, daß die alten Einrichtungen auch nach der Überwucherung durch neue stärkere Gewalten dem Namen nach, trotz ihrer Unzulänglichkeit, noch fort dauerten und nicht aufgehoben wurden, sodaß z. B. die Ämter des 7. Jahrhunderts im 19. noch verfassungsmäßig waren, die Stellungen des *shugo* und *jitō* als rein private des Shōgunats betrachtet wurden). Das

¹ *Dainihonshiryō* IV, 3, S. 432. *Zokuzoku-Gunshoruijū* VII, 174.

² *Nihonkodaihöten* 517.

³ *Ibidem* 531.

Shōgunat gewinnt also durch die Polizei- und Militärverwaltung und durch die meist von den *jitō* ausgeübte Finanzverwaltung der kaiserlichen und adligen Familiengüter größte Macht. Ausgedehnt wurde diese noch dadurch, daß die *Kamakura*-Regierung Gelegenheit fand, ihren Einfluß bei den in der kaiserlichen und der *Fujiwarafamilie* herrschenden Zwistigkeiten geltend zu machen. Seit der Mitte des 13. Jhdts. scheint die Besetzung des *Kwāmpaku*-amtes durch die *Fujiwara* von ihrer Zustimmung abhängig gewesen zu sein.¹ Von der kaiserlichen Familie wurde 1275 die Vermittlung des Shōgunats angerufen als *Gofukakusa* und sein Bruder *Kameyama* für ihre Nachkommen um den Thron miteinander stritten und es entschied, daß in Zukunft beide Linien abwechselnd herrschen sollten.² Als *Kameyama* 1305 starb, verfügte er in seinem Testament, daß bei Streitigkeiten über die Erbteilung das Shōgunat in *Kamakura* zu entscheiden habe.³

¹ *Hoshino's* Abhandlung über 5 Familien für *sesshō* und *kwapaku* (*Shigakuzasshi* VIII, S. 117ff.).

² Die zu Grunde liegenden Ereignisse sind folgende: Kaiser *Go-saga* dankt 1246 zu Gunsten seines 3jährigen Sohnes *Gofukakusa* ab und führt die Regierung als Exkaiser, bis er *Gofukakusa* zum Rücktritt zwingt und seinen zweiten Sohn *Kameyama* auf den Thron erhebt und dessen Linie als allein zur Herrschaft berechtigt anerkennt, dem *Gofukakusa* und seinen Nachkommen aber 180 *shōyen* aus den Fideikommissen des Exkaisertums als Entschädigung zum ewigen Besitz gibt. Aber auch *Kameyama* dankt ab um seinem Sohn *Gouda* zum Thron zu verhelfen. Mit der Unterstützung des Shōgunats kommt aber *Gofukakusa's* Sohn *Fushimi* zur Regierung, der nun auch über die Erbschaft von 180 *shōyen* verfügt. Der Versuch des Kaisers *Godaigo*, das Shōgunat zu stürzen, wird seinen Grund hauptsächlich in diesen Verhältnissen gehabt haben (*Shigakuzasshi* IX, S. 289ff., Abhandlung von *Hoshino*).

³ *Shisekishūran* XXIV, 221.

6. RECHTLICHE ZUSTÄNDE WÄHREND DES KAMAKURA-SHŌGUNATS

Zur Regelung der durch das Shōgunat geschaffenen Zustände war eine Neuordnung der rechtlichen Verhältnisse nötig. Schon 1184 bei der Gründung eines *kumonjo* (Kanzlei) hatte *Minamoto Yoritomo* Rechtskundige wie *Ōye Hiromoto*, *Miyoshi Yasunobu* und *Nakahara Chikayoshi* nach *Kamakura* berufen, um von ihnen die Verwaltungsbehörde einrichten zu lassen. Bei der zunehmenden Bedeutung des Shōgunats, durch dessen Ausstattung mit Polizeigewalt, durch die Übertragung der Gerichtsbarkeit auch an die *jitō*, erschien eine endgültige Festsetzung der Rechte und Pflichten geboten. Diese wurde 1232 in dem 51 Artikel umfassenden Codex *Jōei-shikimoku*¹ gegeben. Über den Grund für seine Entstehung und seinen Zweck spricht sich der *shikken Hōjō Yasutoki* einem Beamten der Zweigbehörde in *Kōyōto* gegenüber folgendermaßen aus²: „Es seien im Lande unter 1000 oder 10000 Leuten immer nur wenige, die das Gesetz genau verständen. Daß man diese aber bei falscher Handhabung des Rechts zur Rechenschaft ziehen wolle, ginge nicht an. Die Wohlfahrt

¹ *Jōei* = Jahresbezeichnung; *shikimoku* = Artikel der Satzungen. Appert, Un code de la féodalité japonaise du XIII^e siècle (Nouvelle revue historique du droit français et étranger, t. 24, p. 338 — 365), Paris 1900.

² *Nihonkodaihōten* 428ff.

des Landes könne nur dann gedeihen, wenn die Gefolgsleute ihrem Herrn treu wären, die Eltern ihre Kinder liebten, die Frau dem Manne folge, man überhaupt die Fehler des Menschengeschlechts tadle, seine Tugenden aber be-
 lobe. In diesem Sinne seien die neuen Satzungen aufzu-
 fassen. Es würde allerdings in *Kyōto* Leute geben, die
 diese Maßnahmen als Erzeugnisse ungebildeter Leute ver-
 achten. Wie könne man aber den rechten Weg gehen,
 wenn vorher keine Vorschriften bestanden hätten? Das
 also sei der Zweck der neuen Gebote, die allen *kenin*
 durch den *shugo* bekannt zu machen wären. Nachträge
 würden noch folgen.“

Man ersieht daraus, daß dem Shōgunat an der Rege-
 lung der Rechtspflege nach sittlichem Maßstab gelegen war.

Den Hauptanteil des *Jōeishikimoku* und seiner später
 unter dem Namen *Shimpen-shikimoku-tsuika* („Neugefaßte
 Gesetzesnachträge“) zusammengefaßten Ergänzungen bilde-
 te die Ordnung der Gerichtsbarkeit über den Grundbesitz
 der *kenin* und die Stellung der *shugo* und *jitō*. Ihre Rechte
 über die Hintersassen wurden nach der Seite der Krimi-
 nal- und Zivilgerichtsbarkeit festgelegt¹, und dem Shōgu-
 nat die Einmischung in Angelegenheiten der Provinzial-
 statthalter und der *honke* und *ryōke* untersagt, diesen sogar
kenin von *Kamakura* in ihrer Eigenschaft als Steuerpflich-
 tige der Grundherrschaft unterstellt.

Über die *kenin* aber urteilte das Shōgunat und zwar
 solange der *shugo* keine Gerichtsgewalt besaß, allein der
 Hof in *Kamakura*. Mit der Zeit bildete sich dann in
Kyōto eine Zweigbehörde für die westlichen Provinzen und

¹ Man irrt, wenn man diese Gesetze als standesrechtliche be-
 zeichnet. Nur für die Hofadligen und deren Gefolge und die
 Grundherrschaften (über denen keine *jitō* standen) samt ihren
 Hintersassen hatten sie keine Geltung.

erst seit den Mongoleneinfällen in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts erhielten die *shugo* auf den *Kyūshū*-Inseln, wegen der Nähe des Feindes, Zivilgerichtsbarkeit, damit die Gefolgsleute das Gebiet nicht zu verlassen brauchten.¹

Über die bäuerlichen Hintersassen als Abhängige der *kenin* erhielt das Shōgunat die Gewalt; Streitigkeiten zwischen Gefolgsherrn und Gefolgsmann konnten auch jetzt noch nicht gerichtlich entschieden werden, weil dies den Anschauungen über die Natur der Gefolgschaft widersprach.

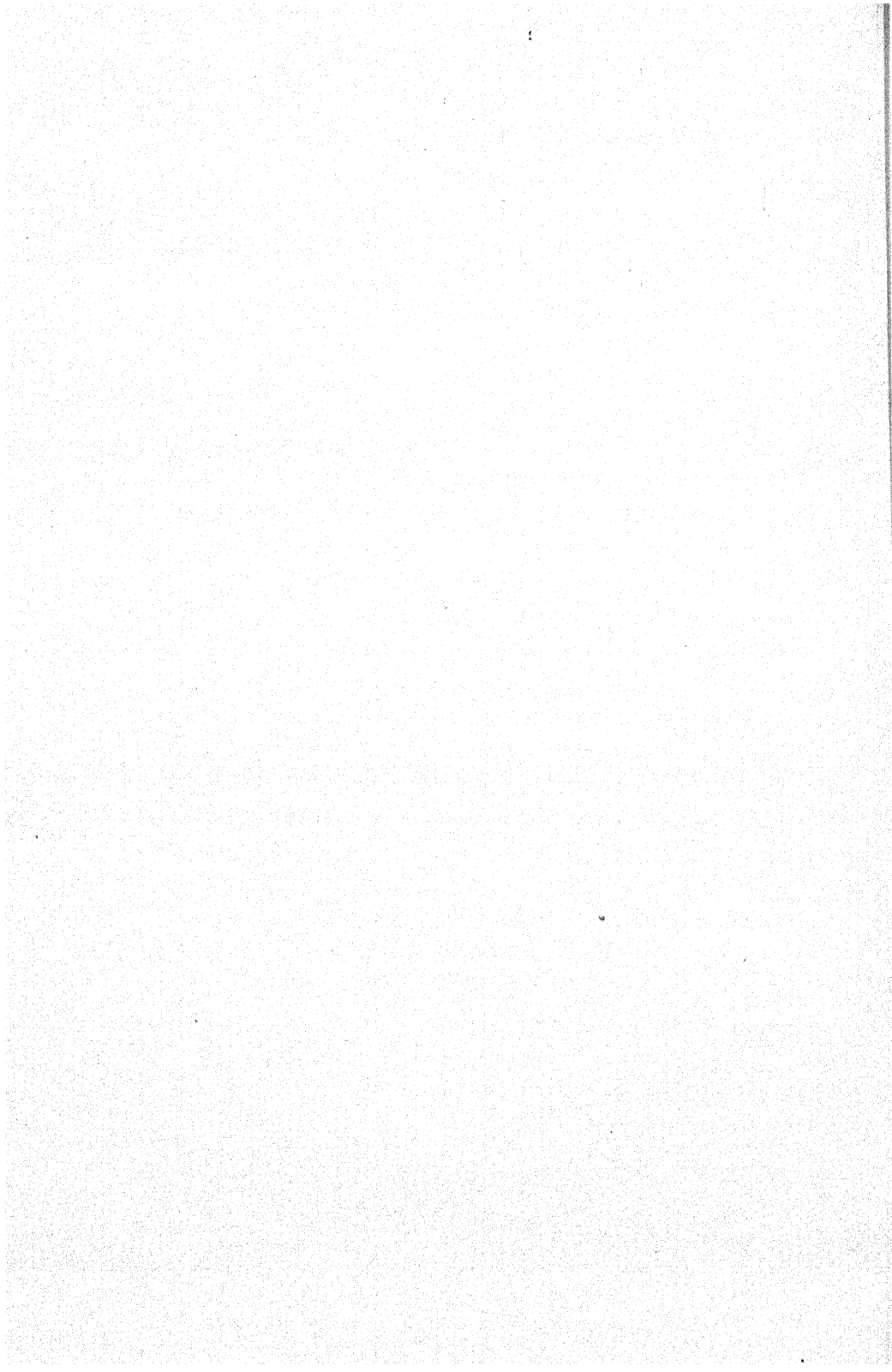
Die unter den *kenin* und deren Hintersassen stehenden Sklaven wurden auch ferner als Sachen betrachtet, auf die man nach 10 Jahren selbst unrechtmäßigen Besitzes Eigentumsrechte erhielt. Etwas höher geachtet waren die *zatsujin* (verschiedene Leute), über die das Verfügungsrecht erst nach 20 Jahren verfiel.²

Im Übrigen wichen die Gesetze von den kaiserlichen nicht viel ab. Bedeutsam war nur noch die Bestimmung³, daß das durch Erbteilung an Frauen gekommene Gut — Erbteilung wird immer schriftlich zu Lebzeiten des Erblassers gegeben — vom Erblasser wieder zurückgezogen werden konnte, und daß Frauen ihren Teil einem adoptierten Sohne übergeben durften. Diese Bevorzugung des Männererbes findet ihre beste Erklärung wohl in dem kriegereischen Charakter der Polizei- und Militärverwaltung des Shōgunats.

¹ *Nihonkodayōten* 590.

² *Ibidem* 638.

³ *Miura*, a. a. O., S. 288.



2. PERIODE: DIE ASHIKAGA-ZEIT (1338—1573)

1. DIE GRÜNDUNG DES NEUEN SHŌGUNATS

Es ist oben erwähnt worden, daß es der *Hōjō*-familie, dem Namen nach, nicht gelingen konnte, das Shōgunat in ihre Hand zu bringen, daß ihr aber in Wirklichkeit durch die Vormundschaft über die meist ganz jungen Shōgune die ganze Gewalt zustand. War schon dadurch für die *kenin* ein Grund zur Unzufriedenheit gegeben, weil sich ihr Selbstbewußtsein dagegen auflehnte, in Abhängigkeit eines auf gleicher Rangstufe Stehenden zu kommen, so wurde diese dadurch noch verstärkt, daß die *Hōjō* ihren Einfluß bei den häufig vorkommenden Erbschaftsstreitigkeiten mißbrauchten. Schon 1331 hatte deshalb der Kaiser *Godai-go* den Versuch gemacht, das Shōgunat zu stürzen. Er hatte allerdings keinen Erfolg. Doch war damit das Zeichen zur allgemeinen Erhebung gegeben, Aufstände folgten auf Aufstände und im Jahre 1333 war die *Hōjō*-familie vernichtet, das Shōgunat verschwunden. Diesmal wurde aber der Kampf nicht von einer dazu bestimmten einheitlichen Behörde geführt, wie der Krieg

gegen die *Taira* durch *Minamoto Yoritomo*, sondern die Militär-Oberhoheit von der kaiserlichen Regierung übernommen, die einen Prinzen als *sei-i-tai-shōgun* in die acht Provinzen des Ostens sandte und mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in den übrigen Landesteilen gleiche Bevollmächtigte unter andern Titeln betraute. Freilich konnte auch durch den Sieg über die *Hōjō* die Unzufriedenheit nicht beseitigt werden. In mancher Beziehung ist sie sogar gewachsen. Der Kaiser hatte vor Beginn des Kampfes allen Kriegern, die sich verdient machen würden, die Unantastbarkeit ihres Besitzes zugesichert und auch versprochen, ihnen ohne Rücksicht auf den Stand neues Eigen erblich zu verleihen, außerdem für Witwen und Waisen der Gefallenen hinreichend zu sorgen; da er diese Versprechungen nur teilweise erfüllte, den größten Teil des eingezogenen Landes aber als kaiserliche Domäne oder als Besitz der Hofbeamten erklärte, erregte dies schon Unwillen genug.

Bei den oft zweideutigen Rechtsverhältnissen auf dem Grundeigentum, die durch Erbteilungen sich noch mehr verwirrten, geschah es auch, daß Mitglieder desselben Geschlechts zu zwei verschiedenen Parteien gezählt und Besitz der Unschuldigen mit dem des Schuldigen eingezogen wurde. Daneben war es nicht selten, daß man Anerkennungsbriefe für andere erlangte, unter dem Vorwand, sie für seine eigenen Ländereien zu brauchen, was wieder bei dem Fehlen einer geordneten Grundbuchbehörde nicht nachgeprüft werden konnte. Daraus ist es auch zu erklären, daß oft genug dieselben Landstücke zwei verschiedenen Personen verliehen wurden. Um diese Mißstände zu beseitigen, die zu immer neuen Klagen führten, wurde in der Hauptstadt das *zasso-ketsudansho* („Urteilsstelle für verschiedene Klagen“) gegründet, dessen Vollstreckungsorgane die Statthalter wurden.

Trotzdem konnte es nicht gelingen, die *shugo* und *jitō*, deren Ämter fortbestanden, die aber durch die wieder wachsende Macht der Provinzialstatthalter erbittert waren, von Ausschreitungen zurückzuhalten. Die Zügellosigkeit wurde immer größer. Auch dadurch, daß die kaiserliche Regierung manche *daimyō*, ohne daß sie es verdient hatten, reich ausstattete, um an ihnen eine Stütze bei der Niederhaltung der Unzufriedenen zu haben, konnte die Ordnung nicht gesichert werden.

Die Verleihung des Adels an mehrere Krieger und das ihnen damit zugestandene Recht am Hofe erscheinen zu dürfen, verletzte die älteren Geschlechter in der Residenz, die damit ihre Privilegien preisgegeben sahen.

Allenthalben herrschte Unzufriedenheit. Endlich brachen unter den beiden *Minamotofamilien* *Nitta Yoshisada* und *Ashikaga Takauji*, die bei der Vernichtung der *Hōjō*-familie verdienstreich waren, offene Streitigkeiten um die Macht am Hofe aus. *Takauji* wurde als Hochverräter erklärt. Da er aber einen Gegenkaiser auf den Thron hob, liefen die Unruhen in einen Kampf um die Herrschaft aus, der sich über ein halbes Jahrhundert hinzog und 1392 durch Anerkennung beider Dynastien — die rechtmäßige regierte im Süden, in *Yoshino*, die durch *Ashikaga* unterstützte herrschte im Norden, in *Kyōto* — beigelegt wurde. Doch blieb der Norddynastie immer der überragende Einfluß, weil auf ihrer Seite meistens die *shugo* und *jitō* des *Kamakurashōgunats* standen, während die Geschlechter, die 1180—1184 der *Taira*-familie gefolgt waren und 1221 der kaiserlichen Partei angehörten, für die Süddynastie gefochten hatten.¹

Schon bei Ausbruch dieser Wirren war 1338 *Ashikaga*

¹ *Kokushigan*, S. 223.

Takauji von seinem Kaiser zum *sei-i-tai-shōgun* ernannt und jetzt ein erbliches Shōgunat des *Ashikaga*-Geschlechts in *Kyōto* gegründet worden. Dort wurde durch die Übertragung der Verwaltung nach der Hauptstadt nicht ein Bruch mit den Zuständen des alten Shōgunats bezweckt, sondern im Gegenteil dessen Fortführung¹ beabsichtigt, wie die, nur als Nachträge und Ergänzungen zu jenen der *Kamakura*-Regierung erlassenen Gesetze deutlich zeigen. Der Einfluß des Shōgunats wuchs gewaltig. Zwar dauerte die dualistische Verwaltung durch kaiserliche Regierung und Shōgunat fort, denn eine Verschmelzung der beiderseitigen Behörden fand trotz des gemeinsamen Ortes nicht statt. Aber die Nähe des Hofes, seine gänzliche Ohnmacht in Zeiten des Krieges, wenn ihm nicht das Shōgunat schützend zur Seite stand, gestattete diesem eine immer größere Ausdehnung seiner Rechte. Das *zasso-ketsudansho* wurde abgeschafft und dessen Befugnisse dem Shōgunat übertragen. Dieses gab jetzt dem Adel und den Tempeln die Anerkennungsbriefe², entschied über Erbschaftsstreitigkeiten im *shōyen*³, erhob Abgaben von den Grundherren für den kaiserlichen Hof und seine eigenen Zwecke⁴. Es bildete eine Reihe besonderer Verwaltungs-

¹ Bereits ein Jahr vor seiner Ernennung hatte *Takauji* in der Absicht ein neues Shōgunat zu gründen, die ehemaligen Räte der *Kamakura*-Behörde befragt, ob er wieder dorthin seinen Sitz verlegen solle und wie die Verwaltung zu führen sei. Die Antwort der acht befragten Räte ist später als *Kemmu-shikimoku* bezeichnet worden (Übersetzung von *J. C. Hall*, Japanese Feudal Laws. Transaction of the As. Soc., 36, ii, 1—23), obwohl sie nur diese Antwort sind und nicht die Form eines gesetzgeberischen Aktes tragen.

² Eine Urkunde zitiert in der Abhandlung von *Nakata*, *Kokkagakkwai-zasshi*, Bd. XX, Heft 11, 5, S. 69.

³ *Dainihonkomonjo*, *Iwashimizu* No. 806, 814.

⁴ *Ibidem*, No. 290.

behörden neben den kaiserlichen und besetzte sie mit großen *daimyō*, sodaß alle Staatsgeschäfte durch das Shōgunat geführt wurden; nur Amts- und Rangverleihungen an geistliche und weltliche Beamte bei der kaiserlichen Regierung blieben noch immer dem Kaiser vorbehalten. Doch ist das politisch von geringer Bedeutung, da die Ämter allmählich zu Titeln herabgesunken waren.

Freilich würde man die Bedeutung des Shōgunats überschätzen, wollte man annehmen, daß ihm nun auch sämtliche Gewalt in den Provinzen zugefallen sei. Dort waren schon andere Kräfte an der Arbeit; die Grundherrschaft begann sich zu lösen, Territorien fingen an auszuscheiden und für sich selbst eine gebietende Macht in Anspruch zu nehmen.

2. DIE AUFLÖSUNG DER ALTEN GRUND- HERRSCHAFT (SHÖYEN)

Bereits bei der Betrachtung über die Entstehung des *Kamakurashōgunats* war zu bemerken, daß die Einsetzung der *jitō* den Grundherren eine Einbuße an Abgaben brachte. Daß durch die Verleihung der Rechte von *Shō*-beamten an die *jitō* sich allmählich unhaltbare Verhältnisse herausbildeten, die schon seit ungefähr 1300 zur Teilung des *shōyen* zwischen den Grundherren und den *jitō* führten, ist gleichfalls schon dargelegt worden. Mit dem Ausbruch der Kämpfe im 14. Jhdt. hatten die Krieger wieder begonnen, sich für ihre Kriegskosten an den Einnahmen der Grundherren schadlos zu halten. Trotz aller Verbote, konnten die Übergriffe nicht beseitigt werden, sodaß 1346 die Scheidung aller *shōyen* in das dem Grundherrn und in das dem *jitō* gehörende Gebiet durch das Shōgunat angeordnet wurde.¹ Damit hatte freilich der *honsō* je nach den Umständen etwa nur die Hälfte, öfters auch mehr oder weniger seiner Herrschaft erhalten, war aber dafür vor Einmischung des *jitō* sicher. Aber schon drohte eine neue Gefahr. Während der den größten Teil des 14. Jahrhunderts ausfüllenden Wirren waren beide Dynastien bestrebt, möglichst viel Krieger auf ihre Seite zu ziehen. Um die dazu nötigen Mittel zu gewinnen, wurde *Ashikaga*

⁶ *Nihonkodaihöten* 678.

Takauji vom Kaiser ermächtigt aus der Grundherrschaft die Hälfte der Abgaben (*bansai*=Halbabgabe) mit Beschlag zu belegen und durch die *shugo* an die Krieger verteilen zu lassen. Ausgenommen von dieser Steuer waren nach dieser Verordnung des Jahres 1368¹

1. die Domänen des Kaisers,
2. die Domänen des Exkaisers,
3. die Fideikomisse des *kwampaku*,
4. die den Tempeln gehörenden Länder,
5. die Grundherrschaften, die seit der Zeit des ersten *shōgun Takauji* von *bansai* frei waren,
6. die von dem Shōgunat verliehenen *jitōshiki* (d. h. die den *jitō* zugesprochenen Anteile an den alten *shōyen*).

Waren anfangs die Krieger nur auf den Empfang der Abgaben angewiesen und ihnen alle Übergriffe in die Grundherrschaft verboten, und wurde allenfalls um die Gleichheit der Einkünfte zu sichern, das *shōyen* in zwei Fluren geteilt, und überhaupt die ganze Einrichtung nur als Notbehelf von kurzer Dauer betrachtet, so entwickelte sich doch daraus der Brauch, mit einem dieser Teile einen Krieger zu belehnen, der dann den Namen *kyūshu* (Belehnter) oder *azukarinin* (Beauftragter) trug. Infolgedessen wurde die durch *jitō* schon geschwächte Grundherrschaft noch einmal geteilt und auf ein Viertel ihrer ursprünglichen Ausdehnung beschränkt.

Dazu kam, daß den Grundherren neben der Entrichtung von außerordentlichen, nach der Einkünftehöhe bestimmten Abgaben, auch noch die Leistung von Kriegsdiensten auferlegt wurde. Schon bei den Einfällen der Mongolen in der *Kamakura*zeit waren nicht nur die *kenin*, sondern alle kriegsfähigen Leute zu den Waffen gerufen worden.

¹ *Nihonkodaihōten* 698.

Belege aus den Jahren 1340 und 1365 zeigen, daß jetzt sogar von den Grundherrschaften buddhistischer Tempel die *Shō*beamten zum Kriegsdienst aufgefordert wurden, obgleich diese *shō*yen nicht zum Lehnland des Shōgunats gehörten.¹

Freilich hatten sich die Grundherren das Recht der Immunität gegen das Einschreiten des *shugo* bewahrt und durch Teilung des Landes auch vom *jitō* befreit, konnten also die Polizei-, Finanz- und Gerichtsgewalt selbständig führen und durch den in dieser Zeit oft als *dai-kwan* (Stellvertreter) genannten *azukaridokoro* die Aufsicht über *geshi*, *kumon*, *tadokoro* und *tsuibushi* ausüben lassen. Aber häufig genug traten diese *Shō*beamten freiwillig oder dazu gezwungen in der Kriegszeit unter die Fahne eines Mächtigen und behielten die fälligen Abgaben zurück. Suchte der Grundherr sich auch dagegen zu wehren, so war er dazu doch nicht stark genug; er besaß ja auch nur den *azukaridokoro* als Aufsichtsorgan und wußte kein anderes Mittel, als sich beim *shugo* zu beklagen. Ihm übertrug er deshalb oft die Stelle des *azukaridokoro*, der dann seinerseits das ihm dadurch vom Grundherrn übertragene *ukesho* (Pachtland) an seine Vasallen vergab. War schon damit für die Grundherren eine gewaltige Einbuße an Abgaben verbunden², so wurde diese mit der abnehmenden Bedeutung des Shōgunats seit der 2. Hälfte des

¹ *Sambōyin-monjo* und *Tōji-monjo*.

² Im *shō*yen *Ōta-no-shō*, wo die eingezogenen *hansai* wieder zurückgegeben worden waren, wurde 1402 dem *shugo* das Amt eines *azukaridokoro* für 1000 *koku* Reis verpachtet (die Einnahme belief sich im 12. Jhdt. auf 1800 *koku*). Zwei Abschriften von Anklagen des Tempels *Kōyasan* an das Shōgunat aus dem Jahre 1440 besagen, daß 1402 das *shō*yen dem *shugo Yamana* für 1000 *koku* verpachtet worden sei, daß dessen Stellvertreter aber von 1428—1439 über 5167 *koku* nicht abgeliefert hätte

15. Jahrhunderts noch größer.¹ In seinen Memoiren² beklagt sich ein *kwampaku* im Jahre 1481, daß er aus manchen seiner an Vasallen des *shugo* verpachteten *shōyō* eine Abgabe überhaupt nicht bekomme. Da wegen der Entwicklung der Territorien der Verkehr unterbunden war, hörte die Lieferung der Abgaben auf. Der Hofadel verließ zum Teil die Hauptstadt, um auf seinen Besitzungen zu leben.

Dazu waren dem *shugo* jährlich Geschenke³ zu ma-

und deshalb abgesetzt werden müsse. Die zweite spricht gar von 26000 *koku* für die Zeit von 1402—1439, die noch abzuliefern seien und daß deswegen der Tempel die Verwaltung selbst wieder übernehmen wolle. Wenn hier die Zahl auch wohl übertrieben ist, so zeigt doch das Beispiel deutlich, wie viel von den Abgaben den Grundherren vorenthalten wurde.

(*Dainihonkomonjo*, *Kōyasan* VIII, S. 639 und I, S. 173)

¹ Die Verringerung der Einkünfte aus der Grundherrschaft mag durch ein Beispiel belegt werden:

Das *shōyō Mizuuchi-no-shō* in der Provinz *Bichū* im Besitze des *Shintō*tempels *Iwashimizu Hachiman* wurde 1441 für monatlich 60 *kwan* verpachtet. Hingegen aber:

1459 für jährlich 70 <i>kwan</i> ;	1471 für jährlich 40 <i>kwan</i> ;
1473 " " 35 " ;	1522 " " 25 " ;
1566 " " 3 " .	

(*Dainihonkomonjo*, *Iwashimizu*, No. 239—247)

An Abgaben aus dem *Tomobuchi-no-shō* in der Provinz *Kii* an den Tempel *Kōyasan* zählte man:

1429 in Reis 4735 *shō*; 1552 in Reis 805 *shō*; 1589 in Reis 455 *shō*.

(*Dainihonkomonjo*, *Kōyasan* IV, S. 143 und 162—170)

² *Tōkwashinyōshū* (*Gunshoruijū* XVII, S. 22).

³ In einer Grundherrschaft in der Provinz *Chikuzen* wurde in der Mitte des 16. Jhdts. 10% der Grundsteuer (Reis) für die Beamten des *shugo* abgezogen, der Rest zu 300 *shō* für 1 *kwan* verkauft und davon 3mal jährlich (Neujahr, Mitte und gegen Ende des Jahres) dem *shugo* und seinen Beamten Geschenke in Geld gemacht. Auf diese Weise ging dem Grundherrn fast die Hälfte der Abgaben verloren. (*Dainihonkomonjo*, *Iwashimizu* II, No. 575—576)

chen, um seine Gunst zu bewahren und eine Stütze an ihm zu haben, wobei oft die Hälfte der Einnahmen verloren ging.

So war im Verlauf von vier Jahrhunderten das soziale und wirtschaftliche Leben ein ganz anderes geworden. Am Ende des 12. Jahrhunderts hatte man nur 1% als Staatsland bezeichnen können, das übrige war im Besitz von Mitgliedern der kaiserlichen Familie, des Adels oder von Tempeln. Jetzt flossen die Abgaben aus dem ganzen Reich mit wenigen Ausnahmen in die Kassen der Krieger, in deren Hände das Land allmählich übergegangen war. Die Lage der darunterstehenden Bauern war zwar wenig verändert, nur die Personen, denen sie Abgaben zu entrichten hatten, waren andere geworden. Politisch und wirtschaftlich ohnmächtig lebte der Hofadel fort, zu gewaltigem Ansehen aber stiegen die Krieger empor.

3. DIE ENTSTEHUNG DER TERRITORIEN (DAIMYATE)

Schon die Beseitigung des *Kamakura*-Shōgunats hatte die Auflösung des alten Gefolgschaftsverhältnisses herbeigeführt. War nun auch durch die unmittelbare Unterordnung der Krieger unter die kaiserliche Macht die Einheit der Verwaltung gesichert, so zogen die bald ausbrechenden Kämpfe zwischen den beiden Kaisergeschlechtern, die die Gründung des neuen Shōgunats in *Kyōto* veranlaßten, eine Lockerung der bestehenden Verhältnisse nach sich. Denn eine Stütze konnten die zwei Dynastien nur an den Krieger haben, deren Hilfe aber in dieser Zeit nur gegen ein entsprechendes Entgelt zu haben war. Das alte Treueverhältnis war verblaßt, da der eigentliche Herrscher (Kaiser) bei der Trennung des Kaiserhauses in zwei Linien zweifelhaft war. So sehen wir einflußreiche Große bald auf dieser, bald auf jener Seite kämpfen, je nachdem eine höhere Belohnung winkte, Wiedererwerbung verlorenen Besitztums oder Vergrößerung des bisherigen während der Unruhen möglich schien. Die steigende Bedeutung des Kriegerstandes zeigt sich in den schon näher betrachteten Landeinteilungen zwischen *honsbo* und *jitō*, die diesem Eigentumsrecht auf seinem Landstück zuwies, häufig nicht in einer einzigen Provinz, sondern in mehreren, wenn auch die Größen dieses in Streulagen sich befindlichen Besitzes

sehr verschieden sein mochten.¹ Gerade diese Streulage, die nur in Zeiten einer starken Regierung gewahrt werden kann, bot den mächtigeren Großen Gelegenheit, ihren Einfluß und ihr Machtgebiet zu erweitern. Es blieb den Schwächern, wollten sie ihren Besitz behalten, nichts anderes übrig, als in den Schutz eines Starken zu treten. So erhoben sich aus der Schar der Krieger allmählich einige von überragendem Einfluß. Drohte schon dadurch das einheitliche Reich in eine Reihe kleinerer Herrschaften zu zerfallen, so wurde diese Entwicklung durch die steigende Bedeutung des *shugo* noch gefördert. Zwar stand ihm auch schon in der *Kamakura*zeit das Recht zu, in Kriegsfällen über die Krieger in seinem Amtsbezirk zu gebieten, doch war dazu bei der straffen Organisation wenig Anlaß. Nach der Beseitigung des Shōgunats hatte zwar der Kaiser *Godaigo* das *Shugo*amt nicht abgeschafft, aber den Provinzialstatthaltern ihre Macht zum guten Teil wieder zurückgegeben. Manche Krieger wurden seitens des Kaisers *Godaigo* zum *shugo* ernannt und gleichzeitig bekleideten sie das Amt eines kaiserlichen Statthalters. Nach dem Ausbruch der Dynastiekämpfe wurden die *shugo* meistens wieder vom Shōgunat in *Kyōto* abhängig, während von der Süddynastie im Gegensatz die Beamten mit gleichen Befugnissen, aber dem alten Titel „Statthalter“, ernannt wurden, und so den Grund der Wirren bildeten.

Während der lange dauernden Kriegszeit, wobei die Norddynastie immer die Oberhand behielt, übten die *shugo* oder ihre Stellverteter die Militärgewalt über die schwä-

¹ Im Jahre 1341 hat ein *jitō* in 13 auseinanderliegenden Provinzen Besitz, zumeist aus ganz kleinen Teilen bestehend. Die Provinzen sind, von Südwesten beginnend: *Tosa*, *Iyo*, *Bingo*, *Bichū*, *Izumi*, *Iga*, *Ōmi*, *Mino*, *Kaga*, *Suruga*, *Sagami*, *Musashi* und *Kōzuke*. (*Gunshoruijū* XIV, S. 989—992)

chere Krieger aus und waren bestrebt, Anhänger auf Kosten des Besitzes der Tempel und des Adels zu gewinnen.¹ *Ashikaga Takauji* vermochte durch sein Verbot von 1338 diesen Ausschreitungen nicht zu begegnen, sah sich — wie oben erwähnt — sogar bald gezwungen, die Hälfte von den Einkünften der *bonsbo* zur Bestreitung der Kriegskosten und zur Belohnung treuer Anhänger einzuziehen. Die Verfügung darüber stand dem *shugo* zu, ihm wurde auch das herrenlose Land (*kessho*) übergeben,² über beides hatte er freie Gewalt und konnte nach Belieben die Krieger damit ausstatten.³ Der *shugo* ist Lehnsherr geworden, die Krieger seines Gebietes, die früher dem Shōgunat unterstanden, sind wie seine Vasallen.

Eine Verordnung⁴, schon von 1346, zeigt eine so weitgehende Macht des *shugo*, daß er trotz des Verbotes die ihm auferlegten Abgaben an das Shōgunat von den *jitō* und anderen unmittelbaren *kenin* eintreiben konnte. Selbst die *bonsbo*, die alten Besitzer der *shōyen*, dem Namen nach zwar mit Immunität ausgestattet, kamen, da sie in den Wirren einen tatkräftigen Schutz nur von ihm erwarten konnten, in seine Abhängigkeit. Deutlich zeigt sich dies darin, daß der *bonsbo* an den *shugo* außer den *hansai* noch das *shugo-yaku* (Abgabe für den *shugo*) entrichten und selbst seine *Shōbeamten* zum Kriegsdienst stellen mußte. Waren auch die meisten *shugo* dem Shōgunat noch unterstellt und am Shōgunatshof in der Verwaltung tätig und übten ihre Stellvertreter (*shugo-dai*) diese Rechte aus, so geboten sie doch über die in unmittelbarem Abhängigkeitsverhältnis vom Shōgunat stehenden *jitō* und *kenin* und hatten all-

¹ *Nihonkodaihōten* 671.

² *Mishimajinsha-monjo*.

³ Urkunden zitiert von *Kurita* a. a. O., Buch IX, S. 151.

⁴ *Nihonkodaihōten* 684.

mählich die Provinzialbehörden der Süddynastie verdrängt. So finden wir denn bei dem Abkommen im Jahre 1392 fast alle Statthalterschaften aufgehoben und am Anfang des 15. Jhdts. die 68 Provinzen des Landes von 22 *shugo* verwaltet, von denen 7 über mehr als je 3 Provinzen verfügten.¹ Es ist klar, daß infolgedessen die durch das oben berührte Emporkommen einzelner Krieger schon gegebene Entwicklung zu einer allmählichen Auflösung führen mußte, wenn nicht eine strenge Zentralgewalt die einzelnen widerstrebenden Teile zusammenzuhalten vermochte. Doch neigte der Shōgunatshof von *Kyōto* schon vor dem Abkommen von 1392 zu Luxus und verfeinerter Lebensführung, für deren Kosten man von den *shugo* und *daimyō* hohe Steuern (*bukeyaku*) erhob und auch die *dogura* (Hypotheken und Leihhäuser, reiche Leute, die gegen Pfand Geld verleihen) und Sakebrauereien mit nicht geringen Abgaben heranzog.² Es war nicht zu erwarten, daß sich das Shōgunat stark genug zeigen würde. Schon konnten die Verhältnisse in der Verwaltung durch ein Sprichwort charakterisiert werden: *Kakokujō* — Niedrigstehende beherrschen die Hochstehenden.³ Der Kaiser war beeinflußt von dem *shōgun*, dieser wieder ein Spielball in den Händen seiner drei *kwanryō*⁴ aus den Familien der *Hosokawa*, *Shiba* und *Hatakeyama*, die sich selbst wieder nach ihren Hausmeiern (*karō*) richten mußten. Kamen dazu nun seit der Mitte des 15. Jhdts. noch Zwistigkeiten zwischen zwei Hausmeiern der *Kwanryō*-familie *Shiba* wegen der Erbfolgefrage (diese pflegt in der japanischen Geschichte immer ein

¹ *Kokushigan*, S. 253.

² *Watanabe* S. 262ff. *Muromachi-jidaichi*.

³ *Kokushigan*, S. 272.

⁴ Der *kwanryō* (Verwalter) entspricht dem *shikken* der *Kamakura*-zeit. Die Ämter sind in den drei Familien erblich.

Grund für Streitigkeiten unter den einzelnen Familien zu sein), die bald aus demselben Anlaß auch unter den Hausmeiern der *Hatakeyama* ausbrachen und dem *kwanryō Hosokawa* allen Einfluß zuwiesen, so war damit eine weitere Gelegenheit zur Auflösung der Verwaltung gegeben.

Denn jetzt verbanden sich die gegnerischen Seiten mit den in der *Shōgun*-familie sich befehdenden Parteien. Auch hier, wo die Gemahlin des *shōgun Yoshimasa* ihren Sohn an Stelle des schon bestimmten Erbfolgers einsetzen wollte und sich zu diesem Zweck mit dem einflußreichen Shōgunatsrat (*Hyō-jōshū*) *Yamana Sōzen*, einem Nebenbuhler des *kwanryō Hosokawa*, vereinigt hatte, stritt man um die Erbfolge. Seit 1467 war die Hauptstadt der Schauplatz zehnjähriger erbitterter Kämpfe, in deren Verlauf ein großer Teil der Stadt *Kyōto*, darunter der Kaiserpalast, Tempel und Häuser angesehener Adliger zerstört wurden. Erst die Erschöpfung der Machtmittel vermochte die beiden Parteien zu trennen und zu allmählichem Verlassen der Hauptstadt zu bewegen. Während dieser Wirren waren aber die *shugo* und *jitō* des Shōgunatshofes auf ihr Amtsgebiet zurückgekehrt, mit der Absicht, die Gelegenheit zur Vergrößerung ihres Besitzes und ihrer Rechte zu benutzen. Auch auf dem Land tobte der Kampf: die Bauern in der Nähe der Residenz erhoben sich, um die Beseitigung der Schuldverhältnisse durchzusetzen (*tokusei* = gnadenvolle Verwaltung, d. h. Seisachtie); der *shugo* kämpft gegen den *jitō*, die *jitō* streiten gegeneinander. Machtlos stand dem das Shōgunat gegenüber. Einflußreiche Geschlechter verloren Ansehen und Besitz, bisher schwache traten an deren Stelle. Es war eine Zeit des Faustrechts, die nicht mit Unrecht den Namen *Sengoku-jidai* (Kriegszeit) führt (1478—1573). 1573 wurde auch der letzte machtlose *shōgun* abgesetzt; in den folgenden dreißig Jahren wurde keiner wieder ernannt.

4. DIE TERRITORIEN

Aus den *shugo* also, wie sie uns im Verlauf der Darstellung mehrfach begegneten, waren Landesherren geworden. Die großen *jitō* hatten sich häufig in ihrem Gebiet selbständig erklärt. Sie wurden im allgemeinen mit der alten Bezeichnung *daimyō* benannt. Ihr ganzes Gebiet, mit Ausnahme der dort befindlichen Immunitäten, den Resten der alten *shōyēn*, gehorchte ihrem Gebot; ihm gaben sie Gesetze¹, über seine Bewohner übten sie die Gerichtsbarkeit aus. Sie waren die Grundherren, ließen das Land vermessen und die Höhe der Abgaben oder die Zahl der zu Frondiensten bestimmten Leute eines Bezirkes festsetzen und in das Grundbuch eintragen. Waren sie also absolute Herrscher, so ging doch ihr Bestreben dahin, die Hoheit des Kaisers und den Willen des *shōgun* soweit wie möglich zu beachten. Aber auch ihren Untertanen gegenüber, den *kachū* (eigentl. innerhalb des Hauses, d. i. Gefolge), *hyakushō* (Bauern) und *chōnin* (Stadtleute) suchten sie gerechte und milde Herren zu sein. Denn Sorge für die Wohlfahrt des Landes, besonders des Bauernstandes, ist ein Hauptmerkmal der japanischen Verwaltung, weil hier die Hauptfinanzquelle fließt. Die Ratschläge²

¹ Davon manche gesammelt in *Gunshoruijū* XIV und *Bushidō-kakunshū*.

² *Nihon-bushidō* 181.

des Territorialherrn *Kuroda Josui* († 1604), man möge immer den Willen der Untertanen berücksichtigen, da ein Land durch die Unzufriedenheit seiner Bewohner leicht verloren gehen könne, selbst dem Volke ein Beispiel rechtlichen Lebens geben, zeigen die herrschenden Grundsätze. Und man hat diese Worte auch in die Tat umgesetzt. Zur leichteren und besseren Verwaltung hat man das Territorium in mehrere Kreise geteilt und an deren Spitze einen oder mehrere Beamte gestellt, *gundai* (Stellvertreter im Kreis), *daikwan* (Stellvertreter) oder *bugyō* (Verwalter) genannt. In diesen Bezirken wurden die Dorfgemeinden durch einen aus den ortsansässigen Bauern ernannten Gemeindevorsteher, *shōya* (abgeleitet von der Bezeichnung für Grundherrschaftsbeamte) oder *nanushi* (andere Aussprache für *myōshu*), geleitet.

Zur Behauptung seiner Macht war der *daimyō* auf ein immer kriegsbereites Gefolge von Lehnleuten (*kachū*) angewiesen und deswegen bestrebt, solche durch höhere Belohnung auf seine Seite zu ziehen, mochte diese nun in Landesverleihung (*chigyō*) bestehen, d. h. Ausstattung mit dem Recht, die Grundsteuern aus einem Gebiet einzuziehen, oder in Zahlung von Reis für den Unterhalt (*fuchi*). Waren bisher die Krieger große Bauern gewesen, so trat jetzt eine ständische Scheidung zwischen Bauern und Kriegern hervor, weil die Krieger immer um die Burg des Herrn sesshaft wurden. Während der Kriegszeit haben manche Krieger ihren Besitz verloren. Solche Leute wollten durch ihre militärischen Fähigkeiten aufs neue Besitztum erlangen. Sie suchten dazu geeignete Herren und gingen überall umher, einen solchen zu finden. Anderseits schätzte man damals die Abstammung von den Kriegern hoch. So konnte auch ein besitzloser Krieger bei einem Herrn nur wegen des Rufs seiner Vorfahren eine

gute Stellung, selbst ohne eigene Verdienste, erlangen, und manchmal wurde er nicht als Gefolgsmann, sondern als Gast empfangen. Das Bewußtsein ihrer Bedeutung während der Kriegezeiten ließ in den *samurai* einen durchgebildeten Standesgeist aufkommen, der soweit ging, daß Vasallen nach dreijährigem Verweilen in der Gefolgschaft eines Herrn dort austreten und wo anders sich einen neuen suchen konnten, wenn ihre Tüchtigkeit nicht belohnt worden war.¹ Hingegen war aber unbedingte Treue und Gehorsam, solange man dem Herrn nahestand, ein Kennzeichen dieses Verhältnisses.

Man kann unter diesen Vasallen 4 Schichten unterscheiden:

1. *Tozama* (Außenstehende), d. h. solche, die vor dem Eintritt in die Abhängigkeit von einem Herrn eigene Güter besaßen und selbst über ein Gefolge geboten. Durch die Steigerung der Gewalt ihres Herrn wurde ihr veräußerlicher eigener Besitz (*honryō*) im Laufe der Zeit zum unverkäuflichen Lehen (*onryō*).

2. *Ichizoku* (*ichimon*), Blutsverwandte oder Nachkommen gleicher Abstammung des Herrns, die außer ihrem eigenen Besitz noch Lehen erhalten.

3. *Fudai*, d. h. Krieger, die schon seit Geschlechtern im Dienst des Herrenhauses standen. Ihr erbliches *honryō* war durch die persönliche Abhängigkeit zu Lehen geworden.

4. *Kakemairi* (Neukömmlinge), Leute, die freiwillig in die Gefolgschaft eines Herrn traten, in der Erwartung auf ein Lehen und künftige Belohnung.

Die Vasallen des *daimyō*, die *samurai*, hatten selbst wieder um sich eine Schar von Abhängigen, auch wie sie

¹ So berichtet in einer Stelle des *Yokagamishō*, zitiert in *Bukemyōmokushō*.

samurai oder *bikwan*, *rōjū* genannt, deren Zahl von ihrem Vermögen abhing. Doch wurde streng darauf gesehen, daß die direkten Vasallen eines *daimyō* sich ihre Aftervasallen nicht gegenseitig abspenstig machten.¹ Die Aftervasallen waren auch jetzt noch gänzlich der Gewalt ihres Herrn unterworfen. Streitigkeiten wurden einseitig vom Herrn entschieden und Berufung an den Oberlehnsheerrn war nicht möglich.² Waren ähnliche Bestimmungen schon früher maßgebend, so zeigt sich die Wirkung der Kriegsjahre doch deutlich in einer andern Seite des Lehnrechtes. In dem Recht des 8. Jahrhunderts stand es dem Vater frei, wen er zum Erben einsetzen wollte. Die *Kamakura*-zeit nahm durch das *Jōeishikimoku* den Erstgeborenen in Schutz, betrachtete das Lehnsländ als Gesamtlehen, verhinderte aber weder die Erbteilung noch forderte sie die Erbfolge des Erstgeborenen. In den Wirren des 14. Jahrhunderts waren jedoch die Nachteile einer Machtzersplitterung durch Teilung offenbar geworden. Wenn diese Teilung auch nicht völlig außer Gebrauch kam, so wurde doch das Erbe der einzelnen Söhne geringer, dem *sōryō* (Haupterben) ein bedeutend größerer Teil zugeschrieben und die Bestimmung der Erbfolge von der Genehmigung des Herrn abhängig gemacht.³ Auch sonst begegnen wir Beschränkungen gegenüber der früheren Zeit; so hatte der *samurai* zur Heirat die Erlaubnis seines Herrn nötig, und es war ihm untersagt, mit einer

¹ *Finkaishū* (*Dainihonkomonjo*, Date 1, S. 171 ff.).

² Es sei ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß diese Unbeschränktheit der Gerichtsbarkeit nur für die Gerichtsbarkeit über die Gefolgsleute bis hinunter zu den persönlichen Dienern der Bauern bestand. Innerhalb der grundherrlichen Gerichtsbarkeit war dagegen Berufung an obere Instanzen, allerdings nur mit Genehmigung der betreffenden Gerichtsherren, möglich.

³ 100 Artikel von *Chōsokabe Motochika* (*Gunshoruijū* XIV).

Familie den Ehekontrakt zu schließen, die unter einem anderen *daimyō* stand.¹

Durch die Einführung der Feuerwaffen und ihre schnelle Verbreitung seit der Mitte des 16. Jahrhunderts änderte sich auch das Heereswesen. An Stelle der Reiter der *Kamakura*zeit traten Fußsoldaten (*ashigaru*), die mit den Söldnern in Europa verglichen werden können, also keine *samurai* sind. Sie wurden in *kumi* (Gruppen) geteilt und vielfach schon im Frieden den höheren *samurai* unterstellt. Aus den Bauernkreisen stammend, konnten sie trotzdem zu *samurai* emporsteigen. Auch unter ihnen pflanzte sich, beeinflusst von den höheren Kriegerklassen, *Samuraigeist* ein. Die Mittel zum Unterhalt dieser zahlreichen Kriegerklasse konnte nur ein geschützter Bauernstand aufbringen. Auf seine Wohlfahrt richtete man deswegen das Augenmerk. Allerdings führte eben diese Bedeutung zu einer Beschränkung der Freiheit. Hatte das *Joëshikimoku* die Freizügigkeit der Bauern nicht beschränkt, so wurde diese jetzt aufgehoben, um dem Gebiet die Arbeitskraft zu erhalten. Auch wurde die Ausfuhr in andere Territorien untersagt.² Zwar war die Grundsteuer nicht einheitlich festgesetzt, zeigte aber doch, z. B. in *Tosa*, die Höhe von $\frac{2}{3}$ des Ertrags.³ Sie fiel dem Herrn oder *jito*, wie jetzt die mit dem *chigyō* Belehnten heißen, zu; denn Verleihung mit Land war manchmal nur Ausstattung mit dem Recht, einen in der Lehensurkunde genannten Betrag an Grundsteuern einzuziehen und manchmal noch über eine Zahl von Fronpflichtigen zu verfügen.⁴ Kein

¹ 100 Artikel von *Chōsokabe Motochika* und *Shingen-kahō* (*Gunshoruijū* XIV, S. 111).

² 100 Artikel von *Chōsokabe Motochika*.

³ *Ibidem*.

⁴ *Dainihonkomonjo*, *Date* I, S. 558.

Belehnter konnte in seinem Bezirk den Bauern ihr im Grundbuch eingetragenes Besitzrecht ohne Ursache entziehen.¹ Nach dem Gesetz² der in den Provinzen *Suruga*, *Tōtōmi* und *Mikawa* gebietenden *Imagawafamilie* aus dem Jahre 1526 war allerdings ein *jitō* berechtigt, Land einem Bauern zu nehmen und einem andern zu übertragen, der eine höhere Abgabe als der frühere zu zahlen sich verpflichtete, nachdem jener das abgelehnt hatte. Die Stelle des Bauern wurde also hier als die eines Pächters betrachtet, was sich aus dem Fehlen eines juristisch streng abgegrenzten Eigentumsrechtes in Japan erklären läßt, das ja auch schon bei den Begriffen *chigyō* und *shiki* zu beobachten war. Seit dem 14. Jhdt. kommt die Veräußerung des *sakushiki*³ (Recht des Afterpächters) vor, das mit dem verkäuflichen *hyakushōshiki* (Recht des Bauern-Pächters) oft in die Hände eines nicht selbst Bauernden übergang und von diesem zur Erlangung von Abgaben (*tokubun*) an Bauern verpachtet wurde.⁴ Daß das Recht des *myōshu* und *hyakushōshiki* häufig in den Besitz reicher Leute, der *honsho* oder *jitō*, kam, findet seine Ursache wohl in den unsicheren wirtschaftlichen Verhältnissen der Kriegsjahre.⁵

¹ *Yoshida*, a. a. O., S. 93 ff.

² *Ibidem*, S. 84.

³ *Sakushiki* ist eigentlich dasselbe Recht wie das des *hyakushōshiki*. Aber hier wird es auch in dem Sinne der Rechte des *ukesakunin* oder *gesakunin* (Afterpächter) gebraucht.

⁴ Eine Urkunde aus dem Jahre 1457 berichtet von dem Verkauf von einem *tan* Reisfeld für 2,5 *kwan* Geld, wobei angegeben ist, daß das Grundstück mit einer (nicht näher bestimmten) Abgabe an den *honsho*, mit einer Abgabe von 1,1 *kwan* an den *myōshu* und einer Abgabe von 30 *shō* Reis an den Besitzer des *sakushiki* belastet war (*Tōji-monjo*). Es handelte sich danach um den Verkauf des Rechtes eines Afterpächters.

⁵ Eine Flurliste aus dem Jahre 1456 zeigt, daß die Rechte des *honsho*, *myōshu* und *sakushiki* im Besitz eines Tempels und seiner

Wenn es nun auch scheinen mag, daß die Bauern dadurch in höherem Maße als früher belastet waren und besonders die Grundsteuer eine bedeutende Steigerung aufweist, so ist doch zu bemerken, daß durch das Emporsteigen der *myōshu* in den Kriegerstand, die von ihnen abhängigen Pächter mit der Zeit zu Besitzern aufrückten und ihre Lage verbesserten.

Für die Kultur Japans sind die Territorien von nicht geringer Bedeutung gewesen. Damals begannen die Herren zur Vergrößerung ihres Vermögens nach Edelmetallen zu graben. Eine Reihe von Bergwerken ist damals entstanden. Auch zur Entwicklung des Verkehrs haben sie beigetragen und Beziehungen mit dem Ausland angeknüpft. Verschiedene Hafenstädte im Westen erblühten, von denen *Nagasaki* noch heute seine Bedeutung bewahrt. Auch das Innere des Landes überzog sich mit einem Netz von größeren Städten. Um die Burgen, wo die Herren mit ihrem Gefolge (*kachū*) wohnten, sammelten sich Handwerker und Kaufleute, um die mannigfachen Bedürfnisse der Krieger zufriedenstellen und daraus Nutzen ziehen zu können. Die Mehrzahl der Städte ist aus solchen *jōka* (d. h. an der Burg) erwachsen.

Priester waren (*Tōji-monjo*). Eine andere Urkunde aus dem Jahre 1520, *Kawashimamonjo*, zählt den Besitz eines Kriegers auf. Bei jedem Feld ist der Name des *honsho* angegeben, woraus zu ersehen ist, daß der Krieger nur die Stellung eines *myōshu* hatte. Über das Gebiet, bei dem diese Angaben fehlen, besaß er wohl grundherrliche Rechte. Nur bei einem Stück Feld sind die Namen des *honsho*, *iitō*, *kachishi* (wörtl.: Zuschlag für Grundsteuer, wohl das Recht *kachishi* zu erwerben, also Stellung des *myōshu*) genannt; man kann infolgedessen annehmen, daß es sich hier um das Recht des *sakushiki* handelt.

3. PERIODE: DIE OTA- UND TOYOTOMI-ZEIT (1573 — 1603)

1. DIE WIEDERHERSTELLUNG DER EINHEIT- LICHEN STAATSVERWALTUNG

Es ist schon oben ausgeführt worden, daß der allmähliche Verfall des Shōgunats 1573 zur Absetzung des *shōgun* führte. Um die darauf folgende Herrschaft *Ota's* und *Toyotomi's* zu verstehen, ist jedoch noch ein näheres Eingehen auf die Ereignisse vor diesem Zeitpunkt nötig.

Im Jahre 1565 war der 13. *shōgun Yoshiteru* von *Matsunaga Hisahide*, einem Vasallen der *Miyoshifamilie* — die wieder den *Hosokawafamilien* untertan war — ermordet und auf dessen Betreiben vom Kaiser ein Vetter des *Yoshiteru* zum *shōgun* ernannt worden. Daraufhin wandte sich der Bruder des Getöteten, *Yoshiaki*, an *Ota Nobunaga*, den Territorialherrn der Provinz *Owari* und Vasallen der *Kwanryōfamilie Shiba*. Mit dessen Hilfe gelang es *Yoshiaki* bald, in *Kyōto* einzudringen und seine Ernennung zum *shōgun* durchzusetzen. Doch führte *Ota* in seinem Namen die Verwaltungsgeschäfte, erhob in den 13 Provinzen bei *Kyōto* Steuern, um den *Shōgunpalast Nijō* errichten zu kön-

nen, ließ auch den Kaiserpalast neu bauen und gab dem Kaiser mehrere Domänen, die von andern besetzt waren, zurück. Aus Neid über dessen wachsende Bedeutung versuchte *Yoshiaki* seinen Helfer zu stürzen, mußte aber 1573 aus *Kyōto* entfliehen. Allerdings wurde *Nobunaga* jetzt nicht *shōgun*, sondern in den Hofadel aufgenommen und mit dem Rang eines „Kanzlers zur Rechten“ bekleidet. Es gelang ihm, Mitteljapan seiner Gewalt zu unterwerfen, bis er 1582, von einem Gefolgsmann überfallen, durch eigene Hand starb. *Hashiba Hideyoshi*, der Sohn eines niederen *ashigaru*, rächte den Tod seines Herrn und verfügte bald auch über dessen Macht. Freilich erreichte er die Ernennung zum *shōgun* nicht, weil es Tradition geworden war, nur Mitglieder der *Minamotofamilie* dazu zu erwählen. Der Versuch, sich von *Yoshiaki* adoptieren zu lassen, schlug fehl. So nannte er sich *Fujiwara*. Sein Verlangen, das *Kwampaku*amt zu bekommen, konnte vom kaiserlichen Hof nicht abgewiesen werden. Der Kaiser verlieh ihm den neuen Adelsnamen *Toyotomi*. So empfing denn 1588 in seinem neuerbauten Palast *Furaku* den fünf-tägigen Besuch des Kaisers, überreichte ihm die Grundsteuer von *Kyōto*, die vorher dem Shōgunat zugefallen war, ließ die überwältigten *daimyō* (Territorialherren) den Treueid leisten, zur Achtung gegenüber dem Besitz des Kaisers und des Hofadels verpflichten und sie auf die Ehre, vom kaiserlichen Hof geadelt worden zu sein und bei diesem hohen Besuch die Wache stellen zu dürfen, hinweisen.¹ Bis 1590 hatte er ganz Japan seiner Gewalt untertan gemacht und ging jetzt daran, auch China und Korea zu erobern. Die kriegerischen Unternehmungen zu betrachten ist nicht unsere Absicht; vielmehr soll

¹ *Nihonbushidō*, S. 237 ff.

auf das Verhältnis zwischen einheitlicher Staatsverwaltung und den Territorien näher eingegangen werden.

Es war *Nobunaga* und *Hideyoshi* bei der bedeutenden Militärgewalt der einzelnen Herren nicht möglich gewesen, ihre Stellung zu einer überragenden zu machen. Die großen *daimyō* standen zu *Ota* und *Toyotomi* tatsächlich etwa im Verhältnis halbabhängiger Verbündeter. *Hideyoshi* hat für seine einheitliche Verwaltung fünf von diesen großen *daimyō* zu *tairō* (Großsenioren) ernannt, die beratende Stimmen hatten, während die eigentliche Verwaltung von *Toyotomi's* Vasallen ausgeübt wurde. Fünf *bugyō* aus ihren Reihen waren die höchsten Beamten der Reichsverwaltung. Das Gebiet der unterworfenen Territorialherren wurde diesen als Lehen¹ wieder zurückgegeben und sie somit in die Reihen von Vasallen herabgedrückt, obgleich sie noch weitgehende Rechte hatten. Manche Gebiete wurden verteilt und von dem Sieger teilweise selbst behalten, teilweise an seine eigenen Vasallen verliehen. Es kam auch vor, daß *daimyō* aus politischen Gründen mit der Verwaltung eines anderen Gebiets betraut wurden.² Es bedeutete das dann die Verpflanzung des Herrn mit seinem ganzen Anhang (*kachū* = „innerhalb des Hauses“) aus einem Territorium in das andere. Dem Hofadel und den

¹ Das Lehen wurde durch eine Lehensurkunde übertragen, die wegen des roten Stempels *shuyin* genannt wird. Die mit schwarzer Tinte gestempelte *kokuyin* war weniger geachtet.

² So wurde 1590 nach der Vernichtung der in *Odawara* über acht Provinzen der *Kwantō*-ebene herrschenden *Hōjō*-familie, deren Gebiet an *Tokugawa Iyeyasu* gegeben und dessen Besitz, fünf Provinzen um *Sumpu* (*Shizuoka*), eingezogen. *Hideyoshi* bezweckte durch diese Versetzung nach Osten und dadurch, daß er das herrenlose Land an seine Anhänger verteilte, zwischen *Tokugawa* und *Kyōto* eine Wacht von Getreuen zu setzen und so den Einfluß *Tokugawa's* auf den kaiserlichen Hof auszuschalten.

Tempeln wurden ihre Rechte durch das *shuyin* bestätigt und ihnen wie in früherer Zeit Immunität von der Gewalt der Territorialherren gegeben, sodaß sie auf ihrem Besitz gleichfalls selbständig waren.

Den Bauern, die mit $\frac{2}{3}$ vom Ertrag ihrer Felder dem Beliehenen überwiesen waren, wurden 1590 zur Verhütung von Aufständen die Waffen entzogen und sie nur zur Bestellung ihrer Felder angewiesen. Auch das Verbot der Freizügigkeit wurde erneuert und die Aufnahme eines Flüchtligen bei Strafe verboten.¹ Doch scheint dies bloß für die steuerpflichtigen Familienoberhäupter zu gelten, da die Knechte (*hōkōnin*)² der Krieger und die *chōnin* (Kaufleute, Handwerker u. s. w.) in den Städten von Bauern abstammen konnten.

War aber auch eine strenge Zentralisation des Staatswesens nicht erreicht worden, so ist doch die Durchführung einer Vereinheitlichung in der durch Grundherrschaft und Territorien mannigfach entwickelten Finanzwirtschaft ein Ergebnis dieser Regierungszeit gewesen. Schon *Ota Nobunaga* hatte 1580 zu diesem Zweck begonnen, das Land durch seine Boten vermessen zu lassen.³ *Toyotomi Hideyoshi* hat diese Landmessung in ganz Japan durchgeführt, wo aber diese nicht möglich war, wie in den großen Territorien der *Tokugawa*, *Mōri*, *Shimazu*, *Date* u. a., durch die betreffenden *daimyō* ausführen lassen. Dabei bediente er sich eines neuen Systems, insofern er 1 *tan* zu 300 *bu*

¹ *Nihonbushidō*, S. 276f.

² *Hōkōnin*=Dienstleistende, Knechte und Mägde, die den niederen Schichten angehörten, entsprechen den *nuki* (Sklaven) früherer Zeit. Sie sind meistens auf eine vertragsmäßige Dauer in den Dienst getreten, ohne daß ein lebenslänglicher ausgeschlossen gewesen wäre. Ihre Stellung hatte sich gehoben, da sie nicht mehr als Sachen betrachtet wurden.

³ Eine Urkunde, zitiert von *Yoshida* a. a. O.

(*tsubo*), 1 *bu* zu 6,3 *shaku* im Quadrat, statt wie bisher 1 *tan*=360 *bu*, 1 *bu*=6,5 *shaku* im Quadrat, rechnete. Auf ihn geht auch der Brauch zurück, das Land nicht mehr nach der Summe der Grundsteuer (*kwandaka*=„nach dem Geld gemessen“) zu verleihen, sondern nach dem Ertrag (*kokudaka*), wovon $\frac{2}{3}$ dem Beliehenen, $\frac{1}{3}$ dem Bauern zugeschrieben wurden.¹

Die Dezentralisation, die noch immer in der Verwaltung bestand, konnte weder *Ota Nobunaga* noch *Toyotomi Hideyoshi* beseitigen. Freilich brachen nach dem Tode *Hideyoshi*'s die Kämpfe von neuem aus, die mit dem Sieg von *Tokugawa Iyeyasu* endigten und zu der Gründung des *Tokugawashōgunats* (1603) führten.

Wie *Toyotomo Hideyoshi* den schwachen Erbenkel seines Herrn *Ota Nobunaga* verdrängt hatte, so war jetzt sein Sohn zu einem Territorialherrscher herabgedrückt, bis die *Toyotomifamilie* überhaupt vernichtet wurde (1615).

¹ Vom Reisfeld (*ta*) waren je nach der Güte auf 1 *tan* 1,5, 1,3 oder 1,1 *koku*; das trockene Land (*hata*) hatte auf die gleiche Fläche 1,2, 1,0 oder 0,8 *koku* zu geben. Der Ertrag auf dem Reisland belief sich damals in Japan auf 18250477,15 *koku*; über *hata* fehlen die Angaben (*Kokushigan*, S. 326).

2. DIE STELLUNG DES KAISERS

Es möchte scheinen, als ob durch die Steigerung der Macht in den verschiedenen Shōgunaten die kaiserliche Gewalt ganz in den Hintergrund gedrängt worden wäre. Doch ist dem keineswegs so. War der politische Einfluß des Kaisers zeitweise auch sehr gering, so hatte er doch noch seine moralische Bedeutung gewahrt. Die Ehrenbezeugungen, mit denen man allem begegnet, was vom Kaiser kommt, zeigen dies. *Yoritomo* droht einem Krieger bei Nichtbeachtung eines kaiserlichen Erlasses mit Landesverweisung.¹ Der *shikken Hōjō Yoshitoki* ermahnt seinen Sohn *Yasutoki* im Kampf gegen die kaiserliche Partei (1221) zur Unterwerfung beim Herannahen der kaiserlichen Fahne², und dieser nimmt einen während der Schlacht an ihn gesandten kaiserlichen Brief erst in die Hand, nachdem er vom Pferd gestiegen ist.³ Ähnliches wird von mehreren Kriegern berichtet.⁴ Der *shugo Yamana Mitsuyuki* hatte 1390 die Aneignung von Domänen des Exkaisers mit Amtsentsetzung zu büßen. Der darauf erregte Aufstand hatte die Vernichtung der ganzen Familie zur Folge.⁵ Der

¹ *Azumakagami*, 2. Jahr *Genryaku*, 6. Mon., 16. Tag.

² *Miura*, S. 205.

³ *Azumakagami*, 3. Jahr *Shōkyū*, 6. Mon., 15. Tag.

⁴ *Ibidem*, 3. Jahr *Shōkyū*, 6. Mon., 8. Tag.

⁵ *Hōseironsan*, S. 994.

kwanryō Shiba Yoshimochi († 1410) des Shōgunats fordert in seiner Schrift *Chikubashō*, man solle bereit sein, für den Kaiser und den *shōgun* sein Leben zu opfern.¹ Zeigen diese Beispiele, die noch vermehrt werden könnten, also ein Fortdauern der moralischen Bedeutung des Kaisertums, so ist auf der anderen Seite, in politischer Hinsicht, eine zeitweilige Schwächung bis zur Ohnmacht zu bemerken. Solange freilich das Shōgunat stark genug war, wurden dem Kaiser sein Besitz an Domänen und die daraus fließenden Einnahmen gesichert, dem Kriegerstand dort ein Eindringen untersagt, die *hansai* dort nicht erhoben.² Zur Bestreitung der Kosten für außerordentliche Angelegenheiten (Krönungen, Trauerfeiern, die Bauten des Palasts, die alle zwanzig Jahre nötige Erneuerung der beiden Tempel in der Provinz *Ise* usw.) wurden in der *Kamakurazeit* in ganz Japan Abgaben, je nach der Größe der Felder, durch die kaiserlichen Statthalter eingetrieben. In der *Ashikagazeit* fordert das Shōgunat diese außerordentlichen Steuern, *tansen* (weil die Höhe nach der Zahl der *tan* bestimmt wurde), von den *daimyō* und *honsbo*. Mit dem Verfall des *Ashikagashōgunats* aber gehen dem Hof und dem

¹ *Nihonbushidō*, S. 158.

² Der Grund dafür, daß die kaiserlichen Domänen bis zum 16. Jh. fast vollständig verloren gingen, ist wohl in der Erbteilung und Verleihung zu suchen. Denn durch Teilung gingen mehrere *shō-ye*n aus dem Besitz der kaiserlichen Familie in den der Adligen über (*Shisekishūran* XIV, S. 218ff.), weil ein Fideikommiß nicht gewahrt wurde, das *chigyō* vielmehr an andere verliehen werden konnte. Die in den Abhandlungen von *Kurita*, Buch X, S. 180, genannte Quelle zeigt, daß mehrere der zum Fideikommiß des Exkaisers bestimmten Grundherrschaften im Jahre 1434 zum *chigyō* der Adligen und sogar eines *samurai* (Beamter vom 6. Rang abwärts) am kaiserlichen Hofe gehörten. Sicherlich sind solche *chigyō* vom Kriegerstand nicht mehr als kaiserliches Eigentum betrachtet und infolgedessen leicht ausgebeutet worden.

Hofadel die Finanzquellen verloren. Der in den Wirren des *Ōnin*-Krieges (1467 — 77) zerstörte kaiserliche Palast konnte nicht wieder aufgebaut werden, da das Shōgunat die *tansen* nicht fordern konnte und die Ablieferung der regelmäßigen Grundsteuern aus den kaiserlichen Domänen durch die Unruhen stockte. Festlichkeiten am Hofe hätten kaum stattfinden können, wenn nicht die pflichttreuen *daimyō* freiwillig die Kosten dazu gedeckt hätten. Denn noch in dieser Zeit der Unruhen bewahrten *daimyō* wie *Ōuchi*, *Mōri*, *Ota* u. a. die Ehrfurcht vor dem Herrscher.

Erst unter *Nobunaga*, der den *shōgun Ashikaga Yoshiaki* zum regelmäßigen Erscheinen am Hof und zur Huldigung des Kaisers ermahnte,¹ war die Stellung des Kaisers eine bessere geworden. Hatte *Nobunaga's* Vater, *Nobubide*, Geld zum Aufbau der Mauer um den kaiserlichen Palast und zum Bau des heiligen Tempels in *Ise* gegeben, so hatte *Nobunaga* die Mittel, den kaiserlichen Palast erneuern zu lassen, die lange unterbliebenen Hoffestlichkeiten zu ermöglichen und die seit mehr als 100 Jahren nicht mehr geübte Gewohnheit der Erneuerung der beiden Tempel in *Ise* nach jedesmal zwanzig Jahren wieder einzuführen. *Hideyoshi* setzte diese Bestrebungen fort, vollendete den Bau der beiden Kultstätten und errichtete einen Palast für den Exkaiser.

Aber trotz dieser Finanznot, in der sich der Hof oft befand, wußte er seine politische Stellung durch die ihm zukommenden Ehrenhoheitsrechte zu wahren. Denn nur ihm stand es zu, den *shōgun* zu ernennen, und erst durch kaiserlichen Auftrag wurde dieser ermächtigt, den *daimyō* (*shugo* und *jiō*) zu gebieten. *Shugo* und *jiō* erhielten erst durch die Verleihung eines Amtes und Ranges durch den

¹ *Nihonbushidō*, S. 200.

Kaiser die Stellung von kaiserlichen Beamten. Sonst waren sie nur private Stellvertreter des allein bevollmächtigten *shōgun*, wenn ihnen auch Verwaltungsrechte übertragen waren. Allerdings wurde ja — wie schon mehrfach beobachtet — die kaiserliche Regierung durch die Shōgunatsregierung erstickt und schließlich zur Stellung einer Hofbehörde herabgedrückt, während das Shōgunat die Zentralstelle in der Reichsverwaltung einnahm. Die kaiserlichen Amtstitel und Rangstufen wurden Auszeichnungen für die Hoffähigen, die einen Stand, *kuge* (Hofadel), bildeten. Es war bei dem scharf ausgeprägten Standesbewußtsein dem Kaiser noch großer Einfluß in Bezug auf die Auszeichnungen geblieben. Hoffähig war vom Kriegerstande nur der *shōgun*. Erst auf dessen Vermittlung hin erhielten die Krieger Rang und Amtstitel vom Kaiser. Doch wurden solche Verleihungen vom Kaiser für gewöhnlich nicht gern genehmigt und auch vom Shōgunat nicht gern gesehen, um das Emporsteigen von Gefolgsleuten zu höheren Stufen zu vermeiden.

Der *shōgun* fing seine Amtslaufbahn mit dem 5. Rang und einem diesem Rang entsprechenden Amtstitel an und konnte in der *Kamakurazeit* den 2. Rang und das Amt eines „Kanzlers zur Rechten“ (höher geachtet ist der „Kanzler zur Linken“) — der 3. *shōgun Sanetomo* bekleidete dieses Amt — erreichen. In der *Ashikagazeit* stieg der Einfluß des Shōgunats, sodaß der 3. *shōgun* den 1. Rang und den Titel „Oberster Kanzler“ erhielt. Hatten früher die *shikken* (Shōgunatsverweser) nur den 4. Rang inne, so wurde den drei *kwanryo* (Shōgunatsverwalter) der dritte verliehen.

Für die *shugo* war die Verleihung eines Statthaltertittels die höchste Auszeichnung, wofür schon in der *Kamakurazeit* ein Geschenk zum Dank erstattet wurde. Wegen der Machtlosigkeit in der späteren *Ashikagazeit* sind

diese Auszeichnungen wohl ohne die Vermittlung des Shōgunats gegeben worden. Vasallen und deren Aftervasallen versuchten den Titel eines Statthalters zu erlangen.¹ Die Bewerbungen um solche Titel zeigen, wie groß der Einfluß des Kaisers war. Wegen seiner üblen Finanzlage wurde ihnen von diesem ihr Verlangen nicht abgeschlagen. Infolgedessen kann man eine Vermehrung der Adligen aus dem Kriegerstand bemerken, neben denen der Hofadel wegen seiner höheren Titel noch immer das Ansehen wahrte. *Ota Nobunaga* hatte zwar anfangs wegen seiner Abstammung von einer Aftervasallenfamilie des Shōgunats nicht gewagt, sich zum *shōgun* ernennen zu lassen, und der Kaiser verlieh *Nobunaga*, trotz dessen finanzieller Hilfe für den Kaiserhof und seiner kriegerischen Erfolge, auch nur den 4. Rang, doch bekam er bald nach der Flucht des *shōgun Yoshiaki* im Jahre 1577 das Amt des „Kanzlers zur Rechten“ mit dem 2. Rang, ohne das Amt des *shōgun* zu bekleiden.

Der Erbsohn *Nobunaga's* erhielt den 3. Rang, *Tokugawa Iyeyasu*, ein von *Nobunaga* abhängiger Territorialherr, den 4. Rang. *Hideyoshi* bekleidete nach dem Sieg über den Mörder seines Herrn den 5. Rang, stieg aber binnen drei Jahren zum 1. und zum *kwampaku* empor. Dadurch hatte *Hideyoshi* das allerhöchste Amt am Hofe verliehen bekommen. Andere höchste Ämter wurden auch von dem Kriegerstande besetzt. Nach dem Tode des *Toyotomi Hideyoshi* wurde *Tokugawa Iyeyasu* 4. Kanzler (*naidaijin*; niedriger als Kanzler zur Rechten) unter Verleihung des 2. Ranges. *Nobunaga's* Erbenkel, *Hideyoshi's* Sohn, *Iyeyasu's*

¹ Eine Verordnung der *Shugofamilie Ōuchi* aus dem Jahre 1486 verbietet den Aftervasallen, sich ohne ihre Genehmigung um Stellen am kaiserlichen Hofe zu bewerben. (*Gunshoruijū* XIV, S. 94)

Erbsohn und noch andere Territorialherren, wie *Uyesugi*, *Mōri* und *Mayeda*, hatten den 3. Rang. Sogar unter den geadelten Vasallen des *Iyeyasu* zählte man zwanzig Leute. Wegen des Fehlens eines Shōgunats unter *Ota* und *Toyotomi* standen am kaiserlichen Hof alle Amtsträger aus dem Kriegerstande gleichberechtigt nebeneinander. Die Stellung des Kaisers war deshalb viel mehr als in der vorigen Zeit hervorgehoben. Dem höchsten Amtsträger unter den Kriegern sollte naturgemäß das höchste Ansehen zukommen. Es war eine natürliche Entwicklung, daß *Tokugawa Iyeyasu* an die Stelle von *Hideyoshi*'s Sohn trat.

4. PERIODE: DIE TOKUGAWA-ZEIT (1603 — 1867)

1. DIE STELLUNG DES SHÖGUNATS ZUM KAISERLICHEN HOF UND ZU DEN TERRITORIALHERREN

Nach dem Tode *Hideyoshi*'s sollte die Familie *Toyotomi* die Herrschaft fortsetzen, wenigstens hatte *Hideyoshi* seinen unmündigen Sohn *Hideyori* dazu bestimmt und *Mayeda Toshiye*, einen der fünf *tairō*, als Vormund eingesetzt. Da aber *Mayeda Toshiye* bald starb, trat *Tokugawa Iyeyasu* an seine Stelle. Die von mehreren Getreuen der *Toyotomi* angezettelte Verschwörung gegen *Tokugawa*, in deren Verlauf sich fast alle Territorialherren auf eine der beiden Seiten stellten und die zu der großen Schlacht auf *Sekigahara* (1600) führte, siegte *Tokugawa Iyeyasu*, zog die Gebiete seiner Gegner ganz oder teilweise ein und verlieh das Eingezogene seinen Anhängern. Seine Gewalt war allgemein anerkannt, sodaß er sich 1603 zum *shōgun* und „Kanzler zur Rechten“ ernennen lassen konnte. Unterstützt wurde er dabei durch seine Abstammung aus der *Minamotofamilie*. Der Shōgunatssitz war *Yedo*, sein alter Territorialsitz. Wenn *Tokugawa Iyeyasu* auch schon

1605 das Amt zu Gunsten seines Erbsohns niederlegte — wohl um die Erbllichkeit zu sichern —, so hat er doch noch mehrere Jahre (1605—1616) die Verwaltung von *Sumpu* aus geleitet, wo er schon vor dem erwähnten Gebietstausch wohnte. Die Familie *Toyotomi* wurde in zwei Kriegen der Jahre 1614 und 1615 vernichtet. Von dieser Seite drohte also keine Gefahr mehr. Aber auch dem Kaiserhof gegenüber ist die Stellung des Shōgunats durch *Iyeyasu's* Staatsklugheit befestigt worden.

Im Jahr 1615 hat er 13 Artikel¹ für die Territorialherren (*Buke-shohatto* = Gesetze für den Kriegsadel) und 17 Artikel² für die Ordnung am kaiserlichen Hof (*Kinchū-jōmoku* = Artikel für den kaiserlichen Hof, oder *Kuge-batto* = Gesetze für den Hofadel) verfaßt. Man hat ihm den Vorwurf gemacht, er habe den Kaiser auf seine Stellung als obersten Priester des *Shintō*kultes beschränken wollen. Aus dem *Kuge-batto* ist diese Annahme jedenfalls nicht zu beweisen. Daß er im ersten Artikel die Lektüre gewisser Bücher empfohlen hat, kann als Grund hierfür nicht angeführt werden, denn dieser Artikel ist aus der vom Kaiser *Juntoku* († 1242) verfaßten Schrift *Kimpishō*, die als Ratgeber für spätere Kaiser geschrieben wurde, herübergenommen. Wenn im 9. Artikel die Tracht des Kaisers festgesetzt wird, so handelt es sich auch hier nur um die Aufzeichnung eines schon längst geübten Brauches. Im großen und ganzen bezweckten *Iyeyasu's* Maßregeln nur die Wiederherstellung der durch die Finanznot verlorenen Ordnung. Größere Bedeutung kommt dem 7. Artikel zu. Die Angehörigen des Kriegerstandes, die mit kaiserlichen Amtstiteln und Rangwürden beliehen waren,

¹ *Tokugawa-kinreikō* I.

² *Ibidem*.

sollten mit dem Hofadel (*kuge*) nicht gleichberechtigt sein, insofern als sie die mit diesen Titeln und Würden verbundenen Funktionen nicht ausüben durften. Die von den Kriegsadligen getragenen kaiserlichen Amts- und Rangtitel hatten also in noch stärkerem Maße als die der Hofadligen nur nominellen Wert. Das ist wohl zu beachten, da die Persönlichkeiten der *Tokugawazeit* nichtsdestoweniger in offiziellen und nichtoffiziellen Dokumenten häufig mit diesen nur rein nominellen Titeln bezeichnet werden. Denn wie *Minamoto Yoritomo's* Bestreben schon darauf ging, die Krieger nur zu Abhängigen des Shōgunats zu machen, so bemühte sich *Tokugawa Iyeyatsu*, diesen Zustand wieder herbeizuführen; sein Augenmerk richtete sich also auf die Wiederherstellung des *Kamakurashōgunats*. Bereits 1606 hatte er den kaiserlichen Hof ersucht, Amts- und Rangverleihungen an *buke* nur auf seine Empfehlung vorzunehmen.¹ Im Jahre 1611 wurde dieses Verlangen wiederholt mit der Bemerkung, daß die an Angehörige des Kriegerstandes verliehenen Titel nicht in die Ernennungsliste am Hofe eingetragen werden sollten.² Seitdem wurde der Kriegsadel vom Hofe ausgeschlossen und vom Shōgunat ihm die Verbindung mit der Residenz untersagt. Dadurch wurde eine Verpflichtung der Ausgezeichneten dem Kaiser gegenüber verhindert. Der Hofadel (*kuge*) mit dem niederen Beamtenstaat als Gefolgschaft (*samurai*) blieb Dienstadl, ohne mit in die Staatsverwaltung verwickelt zu sein.

Diese lag völlig dem Shōgunat ob. Doch hat dies immer bewiesen, daß es das Land als übertragen ansah. Eine Urkunde³ aus dem Jahre 1625 zeigt, daß das Shō-

¹ *Dainihonshiryō* XII, 4.

² *Ibidem* XII, 9, S. 54.

³ *Kurita*, Buch IX, S. 151.

gunat dem Kaiser aus der Provinz *Kawachi* 10 000 *koku* ablieferte. Überhaupt ist im Verlauf dieses Shōgunats die Finanzlage des kaiserlichen Hauses und des Hofadels gegen früher bedeutend verbessert worden. Wurden auch die kaiserlichen Domänen¹ von Shōgunatsbeamten (*dai-kwan*) verwaltet, so flossen doch daraus für den Hof die Mittel. Der Besitz wurde sogar noch vermehrt. Dazu gab das Shōgunat jedem Mitglied der kaiserlichen Familie eine bestimmte Summe in barem Geld und deckte die Kosten für außerordentliche Ausgaben.²

Das Land des Hofadels wurde dagegen von diesem durch eigene Beamten versehen, wie es bei den *shōyen* der früheren Zeit der Fall war, und auch das grundherrliche Recht gewahrt. War der Adel im Verlauf der Wirren in tiefe Not geraten, und zählte er zu Anfang des *Tokugawashōgunats* nur noch 64 Hausstände,³ so war er in der Mitte des 18. Jahrhunderts bis auf 130 Hausstände gewachsen. Seit dieser Zeit bestand auch die Einrichtung, daß das Shōgunat den einzelnen Haushaltungen, abgesehen von ihrem Grundbesitz, jährlich noch 30 *koku* und eine Ration Reis für eine Person (*ichimin-fuchi*)⁴ entrichtete.

¹ Der Ertrag der verschiedenen Domänen, dessen Drittel tatsächliche Einnahme ist, belief sich im Jahre 1706:

in den Domänen des Kaisers	auf	29730 <i>koku</i>
" " " " Exkaisers u. d. Kaiserin	"	15325 "
" " " " der Prinzen u. d. Hofadels	"	44197 "
im Grundbesitz des Priesteradels	"	19476 "
" " " " der Hofdamen	"	3365 "
" " " " Nonnen aus d. kaiserl. od.		
" " " " adligen Familien	"	4202 "
" " " " niederer Hofbeamten	"	2362 "

(*Kokushigan*, S. 363).

² *Suijinroku* I, 5ff.

³ *Kokushigan*, S. 348.

⁴ Für 1 *fuchi* rechnet man täglich 5 *gō* Reis, jährlich 1,8 *koku*.

Waren in der Familie mehr als zwei Söhne vorhanden, so wurden je nach den Umständen 40 oder 20 *koku* Reis noch dazu gegeben.¹ Obgleich diese Besoldungen dem Hofadel vom Shōgunat gezahlt wurden, ist daraus nicht zu folgern, daß er diesem unterworfen gewesen wäre.²

Dem Shōgunat völlig unterstellt war dagegen der Kriegsadel (*daimyō*). Die Territorialherren wurden zu Lehnslenten, selbst diejenigen, die das ursprünglich nicht waren. Der alte Beamtencharakter des Shugoamts trat wieder deutlich zu Tage. Wie unter *Ashikaga Takauji* nur die Fähigsten zum *shugo* ernannt werden sollten³, so verlangten jetzt die Satzungen *Iyeyasu's* als *kokushu* (Territorialherren) gleichfalls die Geeignetsten.⁴ Diese straffe Aufsicht über die Territorialherren zeigt sich in verschiedenen Maßnahmen. Wie früher konnten sie vom Shōgunat in andere Gegenden versetzt werden. Streng wurde auch auf die Nachfolger gesehen. Zu Beginn dieser Periode wurde bei dem ohne Hinterlassung von Erben erfolgtem Tode eines Fürsten dessen Gebiet ohne weiteres eingezogen. Freilich

¹ *Kokushigan*, S. 413.

² *Rathgen*, Japans Volkswirtschaft und Staatshaushalt, 1891, S. 31, betrachtet fälschlich die *gisō* und *tensō*, die am kaiserlichen Hofe eine große Rolle spielten, als Shōgunatsbeamte. Das Amt der *gisō* (kaiserliche Räte) ist schon im 12. Jhdt. auf Vorschlag *Minamoto Yoritomo's* am Hofe eingerichtet worden, weil durch den Verfall der Verwaltung manche Ämter zu bloßen Titeln herabgesunken waren, insofern die 3 Klassen der *nagon* (obere, mittlere und untere Staatsräte) und die *sangi* (Staatskonsiliare) an unmündige Hofadlige verliehen wurden. Das Kollegium der *gisō* ist seitdem der Mittelpunkt der kaiserlichen Regierung. Die *tensō* sind kaiserliche Beamte, die schon in der *Kamakura*zeit vorkamen und den Verkehr zwischen der kaiserlichen Regierung und dem Shōgunat zu besorgen hatten.

³ *Kemmu-shikimoku*, Art. 7.

⁴ *Buke-shohatto*, Art. 13 aus dem Jahre 1615.

trat seit dem 3. *shōgun* eine Milderung dieser Bestimmungen insofern ein, als Adoption eines Blutsverwandten, wenn sie nicht unmittelbar vor dem Tode erfolgte, anerkannt wurde. Aber trotzdem ging mehreren Familien das Territorium verloren, da Adoption erst dann gestattet war, wenn der Adoptierende 17 Jahre geworden war. Erst seit dem Anfang des 18. Jhdts. trat auch hier eine größere Freiheit ein, insofern als beantragte Adoptionen vom Shōgunat regelmäßig gestattet wurden.¹ Strenge Aufsicht über die Eheschließungen dauerte allerdings fort. Verschärfend kam hinzu, daß durch Wiederherstellung des Gefolgschaftswesens eine strenge Zentralisation durchgeführt werden konnte. In *Yedo* wohnten alle *daimyō* auf dem ihnen vom Shōgunat zugewiesenen Grund und Boden und durften nur in jedem zweiten Jahr nach ihrem Gebiet reisen, mußten aber als Geisel beim Shōgunat die Familie zurücklassen. In den einzelnen Territorien führten die *daimyō* die Verwaltung, nur das Münzrecht und die Regelung des Verkehrswesens war dem Shōgunat vorbehalten. Obgleich aber der Kriegsdienst den *daimyō* auferlegt war, wurde ihnen nicht gestattet, mehr als eine Burg in ihrem Gebiet zu haben, zu deren Erneuerung noch die Genehmigung des Shōgunats eingeholt werden mußte; alle übrigen wurden zerstört.

Nach dem Verhältnis zur *Shōgunfamilie* kann man unter den *daimyō* 3 Gruppen unterscheiden:

1. *Kamon* (Verwandte), unter denen die drei Familien in *Owari*, *Kii* und *Mito* als *sanke* (drei Familien) besonders hervorgehoben wurden.
2. *Tozama*, d. h. die *daimyō*, die seit dem Feldzug von *Seki-gahara* (1600) in das Gefolge *Tokugawa's* eingetreten waren.

¹ *Kokushigan*, S. 352.

3. *Fudai*, die schon vorher dem Gefolge angehörten.

Eine daneben bestehende Gruppierung teilt sie nach der Größe ihres Gebietes in:

1. *Kokushu*, Provinzialherren, die über eine oder mehrere Provinzen geboten.

2. *Fōshu*, Schloßherren, die über kleinere Gebiete verfügten, aber eine Burg besaßen.

3. *Ryōshu*, die kein Schloß in ihrem Bereich hatten. Diese Benennung stammt von der älteren Bezeichnung für die Verwalter des *shōyen*.

Fōshu und *ryōshu* wurden mit dem 5. Rang der kaiserlichen Hofrangordnung und dem Titel eines Statthalters ausgezeichnet, und die *kokushu* konnten den Titel *sangi* (Staatskonsiliare) erlangen; den *sanke* wurden noch höhere verliehen.

Dem Ausland gegenüber ist das Reich durch das Shōgunat vertreten worden. Doch hat dieses dabei sich nicht des Titels etwa eines Herrschers bedient, sondern z. B. mit *Nippon-koku Minamoto Iyemitsu* („*Minamoto Iyemitsu* von Japan“, so im Falle des 3. *shōgun*) unterzeichnet. Von Korea wurde die Anrede *Nippon-koku Taikun-denka* (Seiner Erlaucht, dem großen Herrn des japanischen Reiches) verlangt. Nur einmal hat im Jahre 1711 der 6. *shōgun Iyenobu*, auf den philologisch begründeten Vorschlag seines gelehrten Ratgebers *Arai Hakuseki*, den Titel *Nippon-koku-ō* (König von Japan) im Gegensatz zu *Nippon-tennō* (Kaiser von Japan) gebraucht, um, ohne die Souveränität des Kaisers zu verletzen, Japan bei dem koreanischen Souverän, der gleichfalls den Titel *Kokuō* führte, zu vertreten.¹ Es zeigt dies, daß dem Shōgunat das Bewußtsein einer untergeordneten Stellung nie geschwunden war.

¹ *Arai Hakuseki Zenshū* III, *Shugōjiryaku*.

2. DIE VERWALTUNG DES SHÖGUNATS

Es ist nicht unsere Absicht, den vielfach unklaren und verwickelten Verwaltungseinrichtungen bis in alle Einzelheiten nachzugehen. Nur darauf kommt es uns an, die Hauptzüge zu Tage zu legen. Das Neben- und Durcheinander von privat- und öffentlichrechtlichen Verhältnissen ist ihr Merkmal. Den Kern bildet wie in der *Kamakura*-zeit das Gefolgschaftswesen, freilich mit manchen Abwandlungen. Wurden früher die Gefolgsleute des *shōgun* alle gleichmäßig *kenin* genannt und waren *jitō* und *shugo* aus den *kenin* als Shōgunatsbeamte ausgewählt worden, so zerfielen jetzt die Vasallen des Shōgunats in 3 Stände. Es gab:

1. *Daimyō* mit Besitz von 10000 *koku* und mehr.
2. *Hatamoto* mit weniger als 10000 *koku*; sie durften vor dem *shōgun* erscheinen.
3. *Gokenin*¹, deren *chigyō* oder *fuchi* nicht 100 *koku* erreichte und die dem *shōgun* nicht vorgestellt werden konnten.

Im Jahre 1722 betrug die Zahl² der

<i>daimyō</i>	264,
<i>hatamoto</i>	5205,
<i>gokenin</i>	17399.

¹ Für *kenin* wird in der *Kamakura*zeit häufig die Bezeichnung *go-kenin*, d. h. Erlauchte *kenin*, gebraucht.

² *Suijinroku* V, 52. *Katsu Yasuyoshi* berechnet die Vasallen des Shōgunats mit Ausnahme der *daimyō* auf 33000 (*Suijinroku* XXV, 3).

Die *batamoto* und *gokenin*, die unter dem Namen *samurai* zusammengefaßt werden, waren berechtigt, ihr unteilbares und unverkäufliches Lehen innerhalb der Familie an einen vom Shōgunat anerkannten Sohn zu vererben. Dadurch wurde dann die ganze übrige Familie, solange nicht einzelne Glieder mit einem Lehen ausgestattet waren und einen besonderen Hausstand gründen konnten, dem Oberhaupt gänzlich unterworfen. Allerdings stehen niedere Klassen der *samurai*, z. B. die *kachi* oder *okachi* (*samurai* zu Fuß), grundsätzlich nur mit ihrer eigenen Person in dem Abhängigkeitsverhältnis, ohne dieses auch ihren Nachkommen zu übertragen. In Wirklichkeit herrscht jedoch auch hier Erblichkeit, indem die Söhne dem Dienst des Vaters folgten, wobei sie aber eines besonderen Ausstellungsaktes bedurften.

Stellen solcher *kachi*, auch der *yoriki* und *dōshin* (diese letzten gehören nicht zu den *samurai*, sondern zu den *sotsu-ashigaru*, deren Zahl genau festgesetzt war) wurden oft von dem Besitzer an andere verkauft, ohne daß dies gestattet gewesen wäre. Ihren Unterhalt erhielten solche niedere Lehnsleute nicht aus einem Landstück, sondern sie erhielten *fuchi* (Unterhalt) in Reis aus dem Shōgunat.

Das *chigyō* der *daimyō* belief sich im Jahre 1842 auf 22499497 *koku*¹, das der *samurai* im Jahre 1864 auf 3065580 *koku*, während das Shōgunatsland² sich in dem-

¹ *Suijinroku* V, 50.

² *Ibidem* V, 54.

Im Jahre 1842 belief sich der Ertrag von ganz Japan auf 30558917 *koku*.

Davon waren im Besitz des Kaisers u. d. Exkaisers	40247 <i>koku</i>
„ Shōgunats	4191123 „
der <i>daimyō</i>	22499497 „
„ großen <i>Shintō</i> - u. buddh.	
Tempel	294491 „

[verte !]

selben Jahr auf 4142547 *koku* belief. Man kann diese drei Stände wohl mit den *shugo*, *jitō* und *kenin* der *Kamakura*-zeit vergleichen. Doch ist dabei zu beachten, daß *daimyō*, *batamoto* und *gokenin* selbständig nebeneinanderstehen, nicht wie dort einander untergeordnet sind, daß ferner auch *batamoto* und *gokenin* nicht in den Gebieten der *daimyō* wohnten, sondern sich ständig beim Shōgunat aufhielten, und nur die *daimyō* in jedem zweiten Jahr ihre Territorien aufsuchten.

Daimyō und *samurai* wurden am Shōgunatshof und in der Shōgunatsverwaltung — beide waren nicht getrennt — zur Dienstleistung herangezogen. War diese auch für die *daimyō* im allgemeinen keine amtliche, und waren nur einige aus der *Fudai*-klasse zur Ausübung gewisser Regierungsgeschäfte auserlesen, so mußten sie doch regelmäßig am Shōgunatshof erscheinen. Allen *samurai* dagegen wurden Zivil- oder Militärämter übertragen, zu denen höhere Geburt, aber auch eigene Fähigkeit verhalf.

Anfangs gewährte man dafür keine Entschädigung. Da statt dessen das erbliche Lehensgebiet je nach dem Emporsteigen vergrößert wurde — sehr zum Schaden des Shōgunats —, so nahm dieses am Anfang des 18. Jahrhunderts seine Zuflucht zu dem *Tashidaka*- (Zuschlagsgehalt-) System, um seine Lage zu verbessern.¹ Das Amtsgehalt (*yakudaka*) wurde genau festgesetzt. Hatte ein *samurai* ein erbliches Lehensgebiet mit einem Ertrag von 1000 *koku* und ein z. B. mit 3000 *koku* besoldetes Amtsgehalt als

der mit den <i>daimyō</i> gleich-	
gestellten <i>samurai</i>	179482 <i>koku</i>
„ kleinen Tempel, des	
Hofadels u. d. <i>samurai</i>	3354077 „
	(<i>Suijinroku</i> V, 50).

¹ *Kokushigan*, S. 399.

kanjō-bugyō (Intendant der Finanzen), so erhielt er nur 2000 *koku* als *tashidaka* für die Dauer seiner Amtszeit. Schon seit der Mitte des 17. Jahrhunderts bestand die Einrichtung, daß jeder *samurai* ohne Amt eine gewisse Summe je nach der Größe des Lehens als *kobushin-kin* („kleines Baugeld“) an das Shōgunat abzuliefern hatte. Die *samurai* ohne Amt wurden auch in zwei Gruppen (*kumi*) geteilt: *yoriiai* (*samurai* mit über 3000 *koku* Lehenstrag) und *kobushin* (*samurai*, deren Lehenstrag 3000 *koku* nicht erreichte). Zur Aufsicht über jede Gruppe wurden Vorstände ernannt, die über den Anstand und die Erziehung der ihnen Unterstellten wachen mußten.

Das Verhältnis der *samurai* zum Shōgunat wandelte sich so allmählich in das von Beamten zu einer Zentralstelle um. Innerhalb dieser bildete sich eine Art bürokratischer Abstufung aus, insofern die Vorsteher der Zivil- und Militärbeamten den beiden Kollegien der *rōjū* (Senioren) und *wakadoshiyori* (jüngere Senioren) unterstellt wurden. Diese beiden, aus kleineren *fudai-daimyō* oder *batamoto* ernannt, sind allerhöchste Beamte des Shogunats gewesen. Den *rōjū*, die durch *ōmetsuke* (oberste Aufseher) Aufsicht und Kontrolle ausüben ließen, untergeordnet waren die *daimyō*. Die *batamoto* und *go-kenin* wurden von den *wakadoshiyori* durch die *metsuke*¹ (gewöhnlich auch *ō-metsuke* genannt; wir lassen jedoch zur Vermeidung von Verwechslungen das Beiwort *ō* = „erlauchte“ weg) beaufsichtigt.

Bei der Betrachtung der Verwaltung hat man zu unterscheiden zwischen dem Gebiet, das dem Shōgunat unmittelbar unterstellt war (*goryō* = erlauchte Domäne) und

¹ Trotz ihres Einflusses und Ansehens belief sich das Amtsgelalt der *ōmetsuke* und *metsuke* nur auf 3000 bzw. 1000 *koku*.

dem, das man den *daimyō* und den *samurai* überlassen hatte (*shiryō* = Privatgebiete). An der Spitze des Shōgunatsbesitzes, der in fast ganz Japan zerstreut war,¹ stand die Behörde der *kanjōbugyō* (Finanzverwalter), die in *Yedo* ihren Sitz hatte. In einzelnen Bezirken, die nicht selten einen Ertrag von 100 000 *koku* brachten, saßen die meist aus mittleren *samurai* stammenden *daikwan*² als Verwalter; allerdings wurden manchmal auch *daimyō* mit der Führung der Geschäfte des *daikwan* betraut. Ausgestattet waren die *daikwan* mit den Rechten der *Shōyen*verwalter (*azukaridokoro* = *daikwan*), in früheren Zeiten mit der Befugnis, die Steuern einzutreiben und die Ge-

¹ In den 21 Provinzen *Iga*, *Shima*, *Owari*, *Wakasa*, *Kaga*, *Etchū*, *Inaba*, *Hōki*, *Izumo*, *Bizen*, *Aki*, *Suwō*, *Nagato*, *Kii*, *Awaji*, *Awa*, *Tosa*, *Ōsumi*, *Satsuma*, *Iki* und *Tsushima* befand sich kein Shōgunatsbesitz; die 3 Provinzen *Oki*, *Hida* und *Sado* gehörten dagegen gänzlich dem Shōgunat. Die übrigen 44 Provinzen zerfielen in Shōgunats- und Lehensgebiete (*Suijinroku* IV, 51).

Der Ertrag des Shōgunatsbesitzes belief sich nach der Berechnung von 1868:

1. in den 8 Provinzen der <i>Kwantō</i> ebene	auf 1017 000 <i>koku</i>
2. „ „ Provinzen <i>Suruga</i> , <i>Tōtōmi</i> , <i>Mikawa</i> , <i>Shinano</i> und <i>Kai</i>	„ 516 000 „
3. „ „ andern Provinzen	„ 2466 000 „
	<u>3999 000 <i>koku</i></u>
	(<i>Suijinroku</i> V, 55f.)

² Die Bezeichnung umfaßte *daikwan* (Stellvertreter), *gundai* (Stellvertreter im Kreis) und *bugyō* (Verwalter). Der Amtsbezirk eines *daikwan* bestand nicht selten aus dem in mehreren Provinzen zerstreuten Shōgunatsbesitz. Daß der *daikwan* mit gar keiner Militärmacht ausgestattet war, ist sehr merkwürdig und ist auf die alte *Shōyen*verwaltung zurückzuführen. Zum *bugyō* der Provinz *Sado* [aus deren Goldbergwerk dem Shōgunat eine reiche Einnahme floß und deren Reisertrag sich auf über 130 000 *koku* belief (*Suijinroku* V, 44)] wurde in späterer Zeit häufig ein *samurai* gewählt, dessen erbliches Lehensgebiet 300 — 500 *koku* brachte und ihm ein Amtsgehalt von 1000 *koku* bestimmt. (*Suijinroku* V, 6. *Sadoshi*.)

richtsbarkeit auszuüben. Die Abgaben waren auf $\frac{1}{8}$ des Ertrags festgesetzt und wurden nach dem Stand der Ernte vom *daikwan* durch *kemmi* (Untersuchung) bestimmt. Die Verwaltungskosten und die für die, aus den Ortsansässigen ernannten, angestellten Unterbeamten gesetzmäßig bestimmten Gehälter wurden vom Shōgunat getragen und den *daikwan* eine genaue Abrechnung der öffentlichen Finanzen zur Pflicht gemacht.¹ Das Amt des *daikwan* war weder erblich noch lebenslänglich. Zur besseren Verwaltung standen an der Spitze jedes Dorfes in den westlichen Provinzen *shōya* (in den östlichen wurden sie *nanushi* genannt); sie waren nicht *samurai*, sondern wurden aus den Bauern gewählt, deren Amt sich in Wirklichkeit aber vererbte. Unter ihnen entwickelte sich eine vollständige Selbstverwaltung.

Die 16 großen Städte des Shōgunatsgebietes unterstanden nicht der Behörde des *kanjōbugyō*. An ihrer Spitze standen vielmehr jenen gleichgeordnete *machibugyō* (Stadtverwalter) in jeder Stadt, die die Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt ausübten, während im übrigen aber die Städte sich durch eigene Behörden selbständig verwalteten.

Ebenso führte eine in *Yedo* ansässige Behörde, die *jishabugyō* (Verwalter der shintōistischen und buddhistischen Tempel), die Aufsicht über die Priester im Shōgunatsland.

So stellt sich denn die Verwaltung des Shōgunats als eine ganz und gar ständische dar. Über den *daimyō* standen die *rōjū*, den *samurai* geboten die *wakadoshiyori*, die *hyakushō* wurden beaufsichtigt von den *kanjōbugyō*, die *chōnin* (Stadtbevölkerung) von den *machibugyō*, die Priesterschaft von den *jishabugyō*.

¹ *Suijinroku* XXVI, 13 ff.

In den Lehensgebieten¹ waren die *daimyō* und unmittelbaren *samurai* gleichberechtigt, die grundherrlichen Rechte auszuüben. Bei Streitigkeiten zwischen den Bewohnern zweier verschiedener Gebiete, seien es Shōgunats*daikwan*- oder Lehnsgebiete, entschieden Bevollmächtigte aus beiden, die immer höhere Instanzen anrufen und sich zuletzt an das höchste Gericht *hyōjōsho* (Reichsgericht) wenden konnten. Das *hyōjōsho* wurde durch Zusammentritt der *kanjōbugyō*, der *machibugyō* von *Yedo* und der *jishabugyō*, nötigenfalls unter Zuziehung der *rōjū*, *ōmetsuke*, *wakadoshiyori* und *metsuke*, gebildet.² Kleineren *samurai*, die häufig nicht in der Lage waren, ihre Gerichtshoheit selbst auszuüben, war gestattet, vorkommende Gerichtsfälle an einen *daikwan* in der Nähe ihres Gebietes oder an die *kanjōbugyō* mit einem Empfehlungsbrief und der Bitte um Erledigung der Angelegenheit zu überweisen. Ebenso führte die Behörde der *jishabugyō* die obere Gerichtsbarkeit über die Grundherrschaften der Tempel.³

In den Lehensgebieten war das Verwaltungssystem im großen und ganzen ähnlich wie in dem Gebiet des Shōgunats. Das Shōgunat verlangte⁴ zwar auch dort die Bekanntgabe seiner Anordnungen und ihre Befolgung, doch

¹ Das Lehensgebiet der *daimyō* in *Kanazawa* war das größte, dessen Ertrag sich auf 1025000 *koku* belief, mehr als $\frac{1}{4}$ des Ertrags des Shōgunatsbesitzes. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß ein Lehensgebiet eines *daimyō* oder eines *samurai* sehr selten ein zusammenhängendes Gebiet war, sondern es befand sich in mehreren Gegenden zerstreut. Die zusammenhängenden Gebiete der *Daimyate*, die sich in der *Sengokuzeit* gebildet hatten, wurden wohl meistens aus politischen Gründen zerstört. (*Suijinroku* VIII, 1—76. Liste der *Daimyate* aus dem Jahre 1866.)

² *Nihonkodaihöten* 786, 801.

³ *Hōseironsan* 1216.

⁴ *Buke-shohatto*, Art. 21 aus dem Jahre 1635.

kamen Abweichungen, besonders in den Teilen des *tozama-daimyō*, vor. Die Lehensverhältnisse sind denen des Shōgunats fast gleich. Die Vasallen unterstanden der Gerichtsbarkeit der Herren, niemals dem Shōgunat, und zerfielen in die vom Volke geschiedenen *samurai* (*shi*) und *ashigaru* (*sotsu*). Manche unter ihnen waren mit Gebieten von über 10000 *koku* beliehen, erhielten zur besonderen Auszeichnung vom Shōgunat den Charakter eines *daimyō* und wurden im Shōgunatshof empfangen. Die *samurai* und *ashigaru* dienten bei manchem *daimyō* ohne Ausnahme dem Herrn in seinem Lehensgebiet als Zivil- und Militärbeamte. Nur bei wenigen *daimyō* blieben die Aftervasallen, solange sie mit keinem Amt bekleidet waren, auf ihren eigenen Lehensgütern, um sie selbst zu bewirtschaften, selbsthaft, als letzte Ausläufer der Kriegerstände früherer Zeit. Von den mittleren Vasallen mußten manche in *Yedo* dem Herrn in seiner *yashiki* (Wohnung) die Leibwache stellen und ihn auf seinen Reisen zwischen *Yedo* und seinem Lehensgebiet begleiten. Während der Abwesenheit eines *daimyō* vertraten seine Beamten (*rusui*) den Herrn beim Shōgunat in allen Angelegenheiten. Die *daimyō* wurden für die gesetzwidrigen Handlungen der Vasallen und der *hōkōnin*¹ sowie für schlechte Verwaltung in den Lehensgebieten vom Shōgunat verantwortlich gemacht. Daß das Tokugawashōgunat trotz der Zentralisation der Verwaltung 260 Jahre lang gar keine

¹ In *Yedo*, dem Shōgunatssitz, wo alle *daimyō* mit mehr oder weniger Aftervasallen und zahlreichen mittelbaren *samurai* wohnten, mehrte sich die besondere Volksschicht der *buke-hōkōnin*, die sich in *wakatō* (junge Knappen), *chūgen* (Troßknechte), *komono* (Gesinde), *zōritori* (Sandalenträger) und *rokushaku* (Sänftenträger) gliederten. Sie wurden vertragsmäßig für $\frac{1}{2}$ oder 1 Jahr angestellt, doch standen sie während des Dienstes als Gefolgsleute außer dem Machtbereich der *machibugyō*.

Unruhen erfahren hat, verdankt es hauptsächlich der streng ausgeübten Aufsicht über die *daimyō*.

Die Auflösung des Gefolgschaftsverhältnisses zwischen dem *shōgun* und einem *daimyō* oder Vasallen, sei es durch Aussterben der Familie, durch Todesurteil oder aus anderen Gründen, bedeutete zugleich auch die Auflösung der Gefolgschaft des betreffenden Vasallen; seine Aftervasallen wurden zu herrenlosen Kriegern (*rōnin* = „Wellen-Männer“) und traten damit wie die übrige gemeine Bevölkerung unter die Verwaltungshoheit der Shōgunatsbehörden, der *kanjōbugyō* und *machibugyō*, falls sie nicht etwa im Gefolge eines anderen Herrn Unterkunft fanden.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Wir sind im Verlauf unserer Darstellung wiederholt auf eine im japanischen Verwaltungssystem eigentümliche Erscheinung gestoßen, nämlich das „Vertretersystem“, das überhaupt in der japanischen Verfassungsgeschichte eine wichtige Rolle spielt. Es hängt dies mit dem Gefolgschaftswesen zusammen. Alle die uns schon bekannten Ausdrücke: *yatsuko* = Hauskinder, davon abgeleitet *kuni-no-miyatsuko* und *tomo-no-miyatsuko* (*miyatsuko* = erlauchte Hausknappen), dann die Benennung *toneri* (Palastmänner), *tsukaibito* (Dienstmänner), *tomobito* (Begleiter) weisen auf das enge Verhältnis der Gefolgsleute zu dem Herrn hin und ebenso die in späterer Zeit aufkommenden *iyenoko* (Hauskinder), *kenin* (Hausleute), *samurai* (Dienende).

Ein Gefolgherr gebot also über eine Schar von Leuten, die sich ihm ergeben hatten, zu denen auch seine Verwandten gehören; denn von einem gewissen Verwandtschaftsgrade an verliert man den Zusammenhang mit der Familie. Eine solche Hingabe wird durch das Wort *tsukareru* bezeichnet; der chinesische Ausdruck dafür ist *hōkō* (Bedienung für den Herrn), der die Dienstleistung für den Herrn in allen Stufen bezeichnet. Alle in die Gefolgschaft Aufgenommenen bilden einen Kreis für sich, eine politische und soziale Einheit, in der dem Herrn die Gerichts-

barkeit zusteht. Dabei bestehen aber innerhalb des Gefolges gewisse Abstufungen; nicht jedem ist erlaubt, vor seinen Herrn zu treten: vor den Augen des Kaisers darf nur der Adel erscheinen; bei dem Adel wieder können sich nur die obersten Schichten der Gefolge melden.

Entsprechend der Natur der *Taikwa*-Reform war der Statthalterschaft kein hoher Rang zugewiesen, sodaß die höheren Amtsträger ohne Ausnahme bei Hof bleiben sollten. Diese strenge Zentralisation hat das Vertreterwesen in der Provinz sowie in der grundherrlichen Verwaltung hervorgerufen. Diese Entwicklung wiederholt sich beim Shōgunats- wie beim Daimyatshof.

Die Hierarchie im Gefolgschaftswesen erklärt die Stellung des Kaisers im Feudalwesen in Japan.

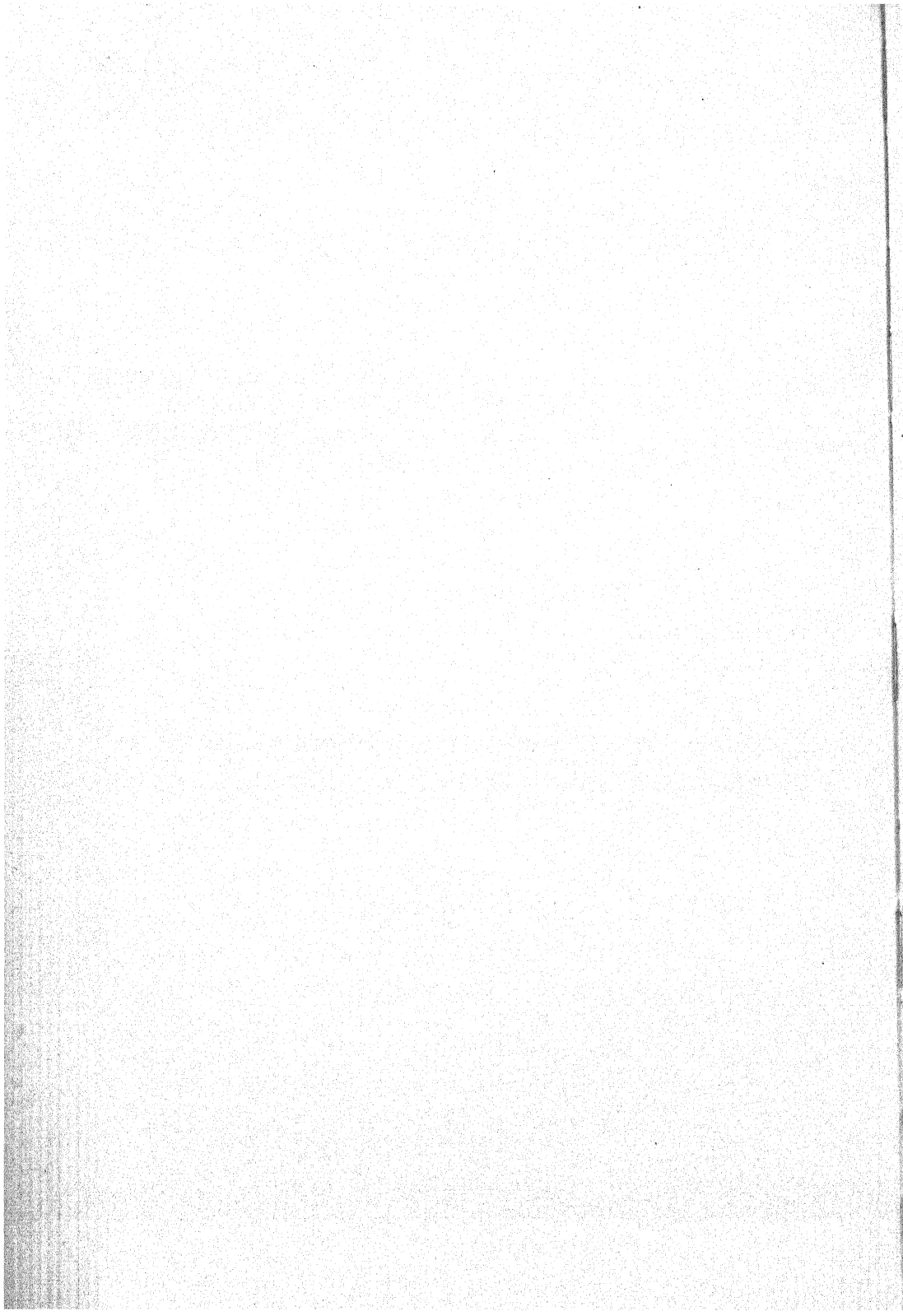
Durch Abdankung des letzten *shōgun Tokugawa Yoshinobu* wurde das Shōgunatsgebiet, ausgenommen 700,000 *ko-ku* in den Provinzen *Suruga*, *Tōtōmi* und *Mutsu*, mediatisiert und in die Reihe der Daimyate herabgestürzt. Dabei handelte es sich um die Auflösung des Gefolgschaftsverhältnisses zwischen Shōgunat und *daimyō*. Alle *daimyō* wurden jetzt kaiserliche Beamte (*han-chiji*, Daimyatsgouverneure [*han* ist der chinesische Ausdruck für Lehensgebiet]). Unmittelbare und mittelbare *samurai* wurden kaiserliche Beamte. Die *han-chiji*, die früher schon Träger des 5. Ranges aufwärts waren, wurden jetzt in die Reihe des kaiserlichen Gefolges aufgenommen und bildeten mit den *kuge* einen Geburtsadelsstand, der jetzt als *kwazoku* (Adelsfamilie) bezeichnet wurde. Die neue Bestimmung, daß die *han-chiji*, trotz ihrer Amtsbefugnis als Provinzialbeamte, in der neuen Kaiserstadt *Tōkyō* (altes *Yedo*), wohin alle *kuge* (Hofadel) mit dem Kaiser übersiedeln mußten, ständig wohnen sollten, war wohl in der Art des alten Gefolgschaftswesens. Die Provinzialverwaltung wurde

infolgedessen durch die Vasallen der *han-chiji* nach wie vor ausgeübt; diese Vasallen zerfielen zuerst in *shizoku* (*Samuraifamilien*) und *sotsuzoku* (*Ashigarufamilien*), wurden aber bald unter der allgemeinen Bezeichnung *shizoku* von den *heimin* (Volk) unterschieden. Im Jahre 1871 führte man erst die neue Präfekturteilung ein, wobei alle alten Feudalelemente der Verwaltung beseitigt wurden.

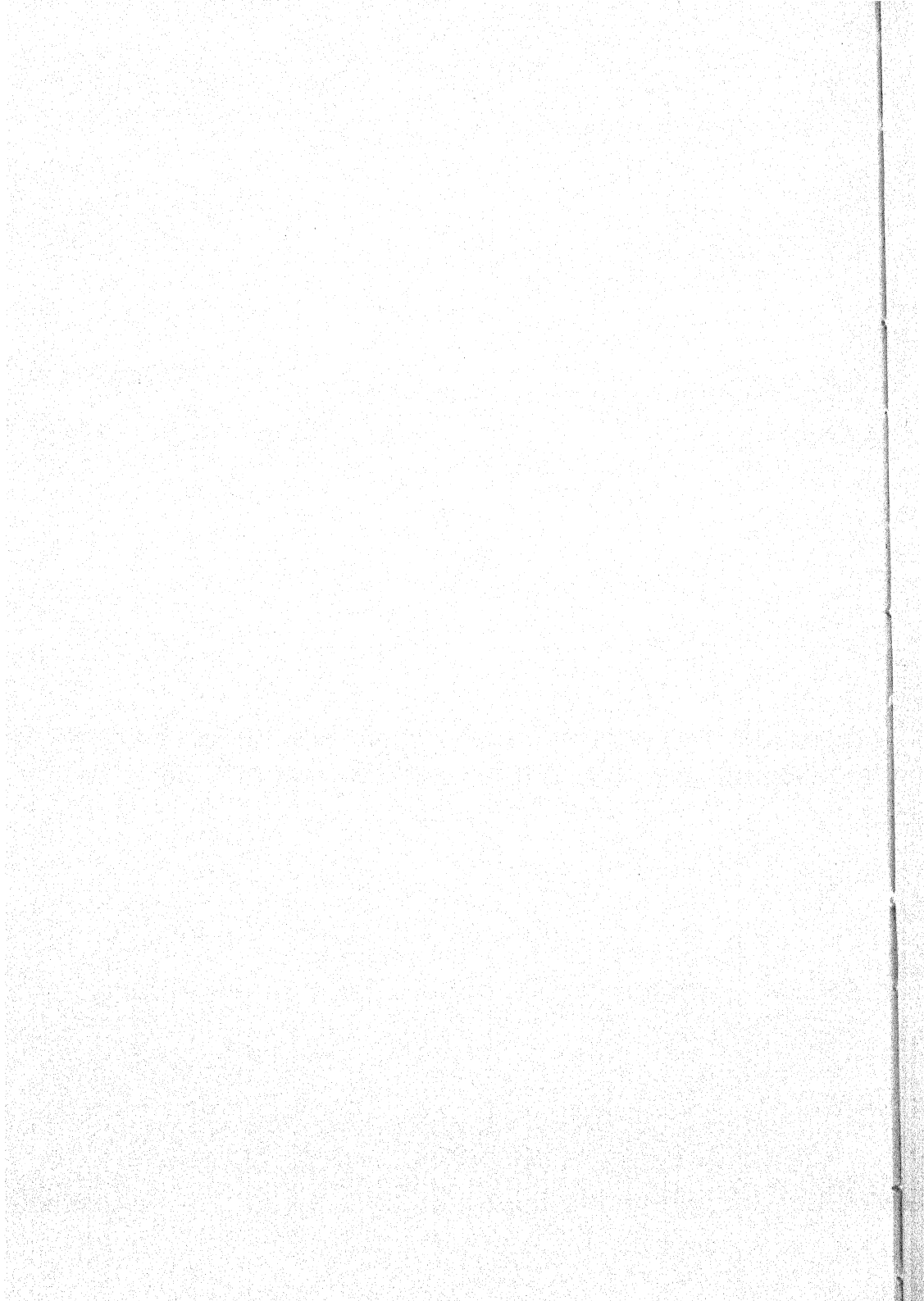
Was die Entziehung der grundherrlichen Rechte von Provinzen, Tempeln, sowie der *kwazoku* und *shizoku* betrifft, so hatte man keine Schwierigkeiten zu überwinden, weil es sich immer bei den grundherrlichen Rechten hauptsächlich um die Einnahmen aus dem Land handelte und weil den *daimyō* und den Vasallen schon von vornherein Beamtencharakter verliehen worden war. Es ist auch aus der Entwicklung des Lehensverhältnisses zu ersehen, daß das Eigentumsrecht an Grund und Boden dem beherrschten Volksstand zugeschrieben wurde.

BERICHTIGUNG

S. 50, Überschrift, statt: Die öffentlich-rechtliche Stellung ...
lies: Die öffentlich-rechtliche Verwaltung ...



NAMEN- UND SACHVERZEICHNIS



IN UMSCHRIFT¹

<i>agata</i> 4 5	(1)	<i>betsu-miya</i> 14*	(20)
<i>agatanushi</i> 4	(2)	<i>Bingo</i> 37 56 78	(21)
<i>Ainu</i> 29		<i>Bitchu</i> 43 75 78	(22)
<i>Aki</i> 55 112	(3)	<i>Bizen</i> 43 56 112	(23)
<i>andojō</i> 48	(4)	<i>bu</i> 13* 92 93*	(24)
<i>Antoku</i> 21	(5)	<i>bugyō</i> 28 28* 83 91 112*	(25)
<i>Appert</i> 63		<i>buke</i> 1 3 19 20* 23 28 30	
<i>Arai Hakuseki</i> 107	(6)	47 103	(26)
<i>Arai Hakuseki Zenshu</i> 107	(7)	<i>buke-hōkōnin</i> 115	(27)
<i>ashigaru</i> 86 90 115* 119	(8)	<i>Bukemomyōkushō</i> 84	(28)
<i>Ashikaga</i> 13 69 70 95* 97*	(9)	<i>Buke-shohatto</i> 102 105 114	(29)
<i>Ashikaga Takauji</i> 69* 70		<i>bukeyaku</i> 80	(30)
73* 79 105	(10)	<i>Bungo</i> 43	(31)
<i>Ashikaga Yoshiaki</i> 89* 90*		<i>bunin</i> 35	(32)
96 98	(11)	<i>Bunji</i> 22 23 43* 50 51 53*	
<i>Awa</i> 112	(12)	54 57 60	(33)
<i>Awaji</i> 56 112	(13)	<i>bushi</i> 17	(34)
<i>Azumakagami</i> 21* 22* 23*		<i>Bushidōkakunshū</i> 82	(35)
30* 42* 43* 45* 50* 51*		<i>chigyō</i> 34* 35 41 42* 43 45	
53* 54 57 59 60	(14)	56 83 86 87 95* 109	(36)
<i>azukaridokoro</i> 15 16 33 34		<i>Chikubashō</i> 95	(37)
35 39 40 42 55* 55 56		<i>Chikuzen</i> 75	(38)
60 74* 74 112	(15)	<i>Chimyō-kō</i> 43	(39)
<i>azukarinin</i> 73	(16)	<i>chinjufu-shōgun</i> 22	(40)
<i>azukeru</i> 42*	(17)	<i>chō</i> 5 11* 13 13* 15 44	(41)
<i>bakufu</i> 27* 29	(18)	<i>chokushiden</i> 5 13	(42)
<i>bessakuden</i> 38 40*	(19)	<i>chōnai</i> 7	(43)

¹ Die Antiquaziffern bezeichnen die Textstelle, die Kursivziffern die Anmerkungen. Stern (*) nach der Ziffer bedeutet, daß das Wort auf der gleichen Seite mehr als einmal vorkommt. Die Ziffern in Klammern am Ende der Zeilen geben die Nummer an, die das betr. Wort in sino-japanischer Schreibung im zweiten Verzeichnis erhalten hat.

<i>chōnin</i> 82 92 113	(44)	<i>Fukuda</i> 3* 5 12	(70)
<i>Chōsokabe Motochika</i> 85 86*	(45)	<i>Fushimi</i> 62	(71)
<i>chūgen</i> 115	(46)	<i>Genryaku</i> 21 22	(72)
<i>chunagon</i> 105	(47)	<i>genzan</i> 45	(73)
<i>daijōkwan</i> 6 28	(48)	<i>gesakunin</i> 87	(74)
<i>Daikaihishō</i> 43	(49)	<i>geshi</i> 16 35 37* 38 53 54	
<i>daikwan</i> 22 57 57 74* 83		74	(75)
104 112* 112* 113* 114* (50)		<i>gisō</i> 105*	(76)
<i>daimyō</i> 16 18* 18 19 19 39		<i>gō</i> 6 39	(77)
45 46 69 71 80 82 83 84		<i>gō</i> 39 104	(78)
85 86 90 91* 95 96 105		<i>Godaigo</i> 62 66 78*	(79)
106* 108* 108 109 109		<i>Gofukakusa</i> 62 62*	(80)
110* 110 111 112* 113		<i>gokenin</i> 47 108* 108 109	
114 114* 115* 116* 118*		110* 111	(81)
119	(51)	<i>gokinai</i> 5	(82)
<i>daimyōshu</i> 16	(52)	<i>goryō</i> 111	(83)
<i>dainagon</i> 11 105	(53)	<i>Gosaga</i> 62	(84)
<i>Dainihonkomonjo</i> 11 14 38		<i>gōshi</i> 42	(85)
40 43 46 56* 57 58 60 70*		<i>Goshirakawa</i> 20 21 37 45	(86)
75* 85 86	(54)	<i>Gotoba</i> 42 44 54	(87)
<i>Dainihonshiryō</i> 29* 33 43*		<i>Gouda</i> 62	(88)
44 56 60 61 103*	(55)	<i>gun</i> 6	(89)
<i>Date</i> 85 86 92	(56)	<i>gundai</i> 83 112	(90)
<i>denshi</i> 5	(57)	<i>gundan</i> 17	(91)
<i>dogura</i> 80	(58)	<i>gunshi</i> 42 48	(92)
<i>dōshin</i> 109	(59)	<i>Gunshoruiju</i> 31 75 78 82	
<i>Echigo</i> 43	(60)	85 86* 98	(93)
<i>Eji</i> 17	(61)	<i>Hakozaki-no-Hachiman</i> 14	(94)
<i>Etchu</i> 112	(62)	<i>Hall, J. C.</i> 70	
<i>Florenz, K.</i> 3*		<i>han</i> 118	(95)
<i>fuchi</i> 83 104 108 109	(63)	<i>han-chiji</i> 118* 119	(96)
<i>fudai</i> 45 84 107 110	(64)	<i>hansai</i> 73* 74* 79 95	(97)
<i>fudai-daimyo</i> 111	(65)	<i>Harada-no-shō</i> 38	(98)
<i>Fujiwara</i> 19 20* 21 21 31		<i>Harima</i> 35	(99)
35 62* 90	(66)	<i>Hashiba Hideyoshi</i> 90	(100)
<i>Fujiwara Kametari</i> 8	(67)	<i>hata</i> 36 40 93*	(101)
<i>Fujiwara Nobuyori</i> 21	(68)	<i>Hatakeyama</i> 80 81	(102)
<i>fuko</i> 11 12* 13	(69)	<i>Hatakeyama Shigetada</i> 57	(103)

NAMEN- UND SACHVERZEICHNIS

<i>hatamoto</i> 108* 109 110*		<i>Inaba</i> 112	(137)
111*	(104)	<i>inagi</i> 4	(138)
<i>heimin</i> 119	(105)	<i>Ise</i> 33 95 96*	(139)
<i>Hida</i> 112	(106)	<i>Ito</i> 9	(140)
<i>hikwan</i> 85	(107)	<i>Iwashimizu</i> 11 14 43 46	
<i>Hiuga</i> 15	(108)	56 57 58 60 70* 75*	(141)
<i>hōgwan</i> 19	(109)	<i>Iwashimizu-no-Hachiman</i>	
<i>Hōjō</i> 31* 42 54 66* 68		14 75	(142)
69 91	(110)	<i>iyenoko</i> 117	(143)
<i>Hōjō Tokimasa</i> 30 31	(111)	<i>Iyo</i> 78	(144)
<i>Hōjō Yasutoki</i> 63	(112)	<i>Izu</i> 21 43*	(145)
<i>Hōki</i> 112	(113)	<i>Izumi</i> 78	(146)
<i>hōkō</i> 117	(114)	<i>Izumo</i> 58 112	(147)
<i>hōkōnin</i> 92 92 115	(115)	<i>jiden</i> 13	(148)
<i>hompō-jitō</i> 54	(116)	<i>Finkaishū</i> 85	(149)
<i>honke</i> 15 33* 34* 35* 38		<i>jishabugyō</i> 113* 114*	(150)
42 58 59 60 64	(117)	<i>Fishō</i> 45 50	(151)
<i>honkeshiki</i> 34 34 58	(118)	<i>jitō</i> 22 30* 37 37* 38 42 46*	
<i>honryō</i> 47 48 84*	(119)	47* 49 51* 52 53* 54* 55*	
<i>honsho</i> 35* 35* 36* 37* 54		55* 56 56 57* 57 58* 59	
55 56* 72 77 79* 87 87*		60* 61* 62 63 63 64 64	
88* 95	(120)	69* 72* 73* 74 77 78 79*	
<i>Hōseironsan</i> 114	(121)	81* 82 86 87* 88 96* 108	
<i>hōshi</i> 42	(122)	110	(152)
<i>Hoshino</i> 12 62*	(123)	<i>jitōshiki</i> 58 58 73	(153)
<i>hōsho</i> 28 28	(124)	<i>jōden</i> 5 6 38	(154)
<i>Hosokawa</i> 80 81* 89	(125)	<i>Fōeishikimoku</i> 48* 49 51	
<i>hyakushō</i> 35* 38 82 113	(126)	53 63 63 64 85 86	(155)
<i>hyakushōshiki</i> 87* 87	(127)	<i>jōka</i> 88	(156)
<i>hyōjōsho</i> 114*	(128)	<i>jōshu</i> 107*	(157)
<i>hyōjōshū</i> 81	(129)	<i>Fuei</i> 22* 42 45 59	(158)
<i>ichimon</i> 84	(130)	<i>Funtoku</i> 102	(159)
<i>ichinin-fuchi</i> 104	(131)	<i>Furaku</i> 90	(160)
<i>ichizoku</i> 84	(132)	<i>kachi</i> 109*	(161)
<i>iden</i> 6 11 13	(133)	<i>kachishi</i> 88*	(162)
<i>Iga</i> 78 112	(134)	<i>kachomai</i> 54 55	(163)
<i>Iki</i> 112	(135)	<i>kachū</i> 82 83 88 91	(164)
<i>Imagawa</i> 87	(136)	<i>Kaga</i> 78 112	(165)

<i>Kai</i> 112	(166)	<i>Kimpishō</i> 102	(195)
<i>kakemairi</i> 84	(167)	<i>Kinchū-jōmoku</i> 102	(196)
<i>kakibe</i> 4 4 5	(168)	<i>kirokujo</i> 60	(197)
<i>kakokujo</i> 80	(169)	<i>Kūshu</i> 14	(198)
<i>Kamakura</i> 13 21 21 23 27		<i>kobushin</i> III	(199)
28* 31* 33 35 36 37* 39		<i>kobushin-kin</i> III	(200)
41 61 62* 63 64* 69 70		<i>kōden</i> 5* 6* 10 11 33	(201)
70 72 73 77 78 80 85 86		<i>kohori</i> 6	
95 97* 103 105 108 108		<i>Kojiruijen, Seijibu</i> 5 6*	
110	(170)	12 57	(202)
<i>Kamakura-jidaishi</i> 43	(171)	<i>Kokkagakkwai-zasshi</i> 10	
<i>Kameyama</i> 43 62* 62*	(172)	70	(203)
<i>kamon</i> 106	(173)	<i>oku</i> 39 74* 75* 93* 104	
<i>Kanazawa</i> 114	(174)	104* 105 108* 109* 109*	
<i>Kanda-monjo</i> 56	(175)	110* 110* 111* 111 112	
<i>kanjō-bugyō</i> III 112 113*		112* 114 115 118	(204)
114* 116	(176)	<i>kokudaka</i> 93	(205)
<i>karei</i> 7 12	(177)	<i>kōkuga</i> 15 15 41* 42 43 51*	(206)
<i>karō</i> 80	(178)	<i>kokumu-no-chigyō</i> 42	(207)
<i>katoku</i> 58	(179)	<i>kokūō</i> 107	(208)
<i>Katsu Arwa</i> 108	(180)	<i>Kokushigan</i> 57 59 69 80*	
<i>Kawachi</i> 104	(181)	93 104* 105 106 110	(209)
<i>Kawashimonjo</i> 88	(182)	<i>Kokushitakei</i> 12	
<i>Kazusa</i> 43	(183)	<i>kokushu</i> 105 107*	(210)
<i>kebiishi</i> 19 51 61*	(184)	<i>kokuyin</i> 91	(211)
<i>kebiishi-chō</i> 18	(185)	<i>komono</i> 115	(212)
<i>kemmi</i> 113	(186)	<i>konden</i> 12	(213)
<i>Kemmu-shikimoku</i> 70 105	(187)	<i>kōnin</i> 38	(214)
<i>kenin</i> 6 22* 29 30 31* 36		<i>Kōyasan</i> 37 37 38 40 56	
37 39 45 46* 46* 47* 48*		74 75*	(215)
49 50* 61* 64* 65* 66 73		<i>Kōzuke</i> 13 78	(216)
79* 108* 108* 110 117	(188)	<i>kubunden</i> 6 10	(217)
<i>Kenkyū</i> 51	(189)	<i>kuchi-ire (kunjū)</i> 56	(218)
<i>Kenmin</i> 30*	(190)	<i>kuge</i> 19 28 97 103* 118*	(219)
<i>kessho</i> 79	(191)	<i>kugeden</i> 6	(220)
<i>Kida</i> 9	(192)	<i>Kuge-hatto</i> 102*	(221)
<i>Kii</i> 37 38 75 106 112	(193)	<i>kuji</i> 39 40 55	(222)
<i>kijin</i> 11 11	(194)	<i>Kujō Koremichi</i> 43	(223)

<i>Kujō Michiye</i> 31	(224)	<i>massha</i> 14 14	(254)
<i>kumi</i> 86 III	(225)	<i>matsuji</i> 14 14	(255)
<i>kumon</i> 16 35 37 38 55 74	(226)	<i>Matsunaga Hisahide</i> 89	(256)
<i>kumonjo</i> 28* 29 63	(227)	<i>Mayeda</i> 99	(257)
<i>kunaishō</i> 5	(228)	<i>Mayeda Toshiye</i> 101*	(258)
<i>kuni</i> 4	(229)	<i>menka</i> 56 56	(259)
<i>kuni-bugyō</i> 22	(230)	<i>metsuke</i> III III III	(260)
<i>kuni-no-miyatsuko</i> 4* 5 18		<i>Michiye</i> 44	(261)
117	(231)	<i>Mikawa</i> 87 112	(262)
<i>kuninoshugo</i> 22	(232)	<i>mikuriya</i> 5 13	(263)
<i>Kuniyasu</i> 16	(233)	<i>Minamoto</i> 19 19 20* 31* 41	
<i>Kuniasumyō</i> 16	(234)	69 90 101	(264)
<i>Kurita</i> 4 5 10* 13* 43 79		<i>Minamoto Ichiman</i> 30	(265)
95 103	(235)	<i>Minamoto Iyemitsu</i> 107	(266)
<i>Kuroda Fosui</i> 83	(236)	<i>Minamoto Semman</i> 30*	(267)
<i>Kuroita</i> 54	(237)	<i>Minamoto Yoriye</i> 29 30*	(268)
<i>kwampaku</i> 8 15 20 44 62		<i>Minamoto Yoritomo</i> 21* 21*	
73 75 90 98	(238)	22 23 27 29* 30* 31* 32	
<i>kwampu</i> 28	(239)	41 42* 43* 44* 45 46 47	
<i>kwān</i> 57 57 75* 87*	(240)	50* 56* 59* 60* 63 68	
<i>kwandaka</i> 93	(241)	103 105	(269)
<i>kwanden</i> 5* 13	(242)	<i>Minamoto Yoriyoshi</i> 20*	(270)
<i>kwānryō</i> 80* 80 81* 89 95		<i>Minamoto Yoshitomo</i> 20	
97	(243)	21*	(271)
<i>kwantō</i> 43 91 112	(244)	<i>Minamoto Yoshitsune</i> 22	(272)
<i>kwazoku</i> 118*	(245)	<i>Minamoto Yukiiye</i> 22	(273)
<i>Kyōto</i> 14 20 21 23 28 32		<i>Mino</i> 78	(274)
33 61 63 64* 69 70 77		<i>Mishimajinsha-monjo</i> 79	(275)
78 80 81 89* 90* 91	(246)	<i>misono</i> 5 12	(276)
<i>kyū-den</i> 38 54	(247)	<i>Mito</i> 106	(277)
<i>kyūshu</i> 73	(248)	<i>Miura</i> 43 44 65	(278)
<i>Kyūshū</i> 65	(249)	<i>miyatsuko</i> 117	(279)
<i>machibugyō</i> 113* 114 115		<i>Miyoshi</i> 89	(280)
116	(250)	<i>Miyoshi Yasunobu</i> 63	(281)
<i>mandokoro</i> 27 28* 28 29*		<i>Mizuuchi-no-shō</i> 75	(282)
60	(251)	<i>Mochihito</i> 21 45	(283)
<i>mandokoro-kudashibumi</i> 29	(252)	<i>monchūjo</i> 28	(284)
<i>Masako</i> 31	(253)	<i>mononobe</i> 3	(285)

<i>Mōri</i> 92 96 99	(286)	<i>ō-muraji</i> 5	(318)
<i>muraji</i> 3	(287)	<i>on-i (yin-i)</i> 7 7	(319)
<i>Muromachi-jidaichi</i> 80	(288)	<i>Ōnin</i> 96	(320)
<i>Musashi</i> 43* 78	(289)	<i>onryō</i> 48* 84	(321)
<i>Mutsu</i> 22 118	(290)	<i>ō-omi</i> 5	(322)
<i>myō</i> 16*	(291)	<i>Ōsada-no-shō</i> 56	(323)
<i>myōden</i> 38* 39* 54 55	(292)	<i>Ōsumi</i> 46 112	(324)
<i>myōshu</i> 16* 18 35* 36 39*		<i>Ota Nobuhide</i> 96	(325)
40 42* 47 83 87 87* 88		<i>Ota Nobunaga</i> 89* 90 91*	
88*	(293)	92 93* 96* 98* 99	(326)
<i>Nagasaki</i> 88	(294)	<i>Ōta-no-shō</i> 37 37* 40 56	
<i>Nagato</i> 112	(295)	74	(327)
<i>naidaijin</i> 98	(296)	<i>Ōuchi</i> 96 98	(328)
<i>Nakahara Chikayoshi</i> 63	(297)	<i>Owari</i> 89 106 112	(329)
<i>Nakata</i> 10 33 70	(298)	<i>Ōye Hiromoto</i> 63	(330)
<i>nakatomi</i> 3	(299)	<i>Rathgen</i> 21 105	
<i>nanushi</i> 83 113	(300)	<i>ri</i> 6	(331)
<i>Nenkyū</i> 9	(301)	<i>rinsui</i> 28	(332)
<i>Nihon-bushidō</i> 82 90 92		<i>Ritsuri-sensei-zatchō</i> 4	
95 96	(302)	<i>rōdō</i> 46*	(333)
<i>Nihonkodaijōten</i> 36 47 48*		<i>rōjū</i> 46* 46 85	(334)
51* 52 53 54* 55 56 60		<i>rōjū</i> 111* 113 114	(335)
61* 63 65* 72 73 79*		<i>rokuhara-tandai</i> 61	(336)
114	(303)	<i>rokushaki</i> 115	(337)
<i>Nihonshoki</i> 4*	(304)	<i>rōnin</i> 116	(338)
<i>Nijō</i> 89	(305)	<i>rusu-dekoro</i> 9*	(339)
<i>ninkyū</i> 54	(306)	<i>rusui</i> 115	(340)
<i>Nippon-koku</i> 107*	(307)	<i>ryōke</i> 15 16 33 34* 35* 37	
<i>Nippon-koku-ō</i> 107	(308)	37 39* 40 42 55 57 58	
<i>Nippon-tennō</i> 107	(309)	59 60	(341)
<i>Nitta Yoshisada</i> 69	(310)	<i>ryōkeshiki</i> 34 58	(342)
<i>nuhi</i> 6 92	(311)	<i>ryōshu</i> 16 107*	(343)
<i>Odawara</i> 91	(312)	<i>Sado</i> 112*	(344)
<i>okachi</i> 109	(313)	<i>Sadoshi</i> 112	(345)
<i>Oki</i> 112	(314)	<i>Sagami</i> 21 43* 78	(346)
<i>ōmetsuke</i> 111* 111 114	(315)	<i>sakimori</i> 17	(347)
<i>omi</i> 3	(316)	<i>sakushiki</i> 87 87* 88	(348)
<i>Ōmi</i> 78	(317)	<i>sakyōshiki</i> 6	(349)

<i>Sambōyin-monjo</i> 74	(350)	<i>Shingen-kahō</i> 86	(380)
<i>samurai</i> 8 17 84* 85* 86*		<i>shin-ji-den</i> 38	(381)
95 103 109* 110* 110*		<i>shinshi</i> 34 56	(382)
111* 112* 112 113*		<i>Shintō</i> 14 15 55 75 102	
114* 114 115* 115 117		109	(383)
118 119	(351)	<i>shiryō</i> 47 47 112	(384)
<i>samurai-dokoro</i> 28	(352)	<i>Shisekishūran</i> 11 15 43 46	
<i>Sanetomo</i> 30 31 97	(353)	62 95	(385)
<i>sangi</i> 9 105 107	(354)	<i>shitaji</i> 58	(386)
<i>sanke</i> 106 107	(355)	<i>shitaji-no-chigyō</i> 34* 35 37	(387)
<i>Satsuma</i> 112	(356)	<i>shitaji-no-shinshi</i> 34*	(388)
<i>sei-i-tai-shōgun</i> 27 29 31		<i>shizoku</i> 119*	(389)
68 70	(357)	<i>Shizuoka</i> 91	(390)
<i>seizei</i> 36	(358)	<i>shō</i> 13	(391)
<i>Sekigahara</i> 101 106	(359)	<i>shō</i> 33 38* 39* 39 40 44	
<i>Sengoku</i> 114	(360)	53 54* 55* 57 75* 87	(392)
<i>Sengoku-jidai</i> 81	(361)	<i>shōgun</i> 15 22 27 29* 30	
<i>sesshō</i> 8 62	(362)	31* 32 36 47 60 73 80	
<i>shaku</i> 13* 93*	(363)	81* 82 89* 90 95 96* 97*	
<i>shi</i> 115	(364)	98* 101 106* 107* 108*	
<i>Shiba</i> 80* 89	(365)	116 118	(393)
<i>Shiba Yoshimochi</i> 95	(366)	<i>shōji</i> 16 35	(394)
<i>shiden</i> 6	(367)	<i>Shōji</i> 51*	(395)
<i>Shigaku-sōsetsu</i> 12		<i>Shōko</i> 37	(396)
<i>Shigakuzasshi</i> 9* 54 62*	(368)	<i>shokuden</i> 6 11	(397)
<i>Shigeta</i> 37	(369)	<i>Shōkyū</i> 23 42	(398)
<i>shijin</i> 7	(370)	<i>shōnagon</i> 105	(399)
<i>Shisekishūran</i> 11		<i>shoryō</i> 42 42*	(400)
<i>shiki</i> 34 35 87	(371)	<i>shoshiden</i> 6	(401)
<i>shikken</i> 43 63 80 97	(372)	<i>shotō</i> 36 39	(402)
<i>Shimazu</i> 92	(373)	<i>shotō-no-chigyō</i> 34*	(403)
<i>Shimōsa</i> 43	(374)	<i>shōya</i> 83 113	(404)
<i>Shimpen-shikomoku-tsuka</i>		<i>shōyen</i> 10 10* 11 13* 14 15*	
64	(375)	15 20 22* 33 34* 34 35	
<i>shimpo-jitō</i> 54*	(376)	36* 37* 37* 38* 38 39 40*	
<i>Shima</i> 112	(377)	41* 42* 42* 47 54 54 55	
<i>Shinano</i> 43 112	(378)	56* 57 60 61 62* 70	
<i>shinden</i> 13	(379)	72* 73* 74 74* 75 75	

79 82 95 104 107 112		Taira 19 19 20* 21* 22	
112	(405)	28 41* 45 50 53 68 69	(435)
shugo 22 30 46* 47* 49		Taira Kiyomori 20 21	(436)
50* 50 51* 52* 53* 59		tairō 91 101	(437)
61* 64* 65 69* 73 74*		taishō 27	(438)
74* 75* 75* 78* 79* 80		Takakura 21	(439)
81* 82 96* 98 105 108		tan 13* 33 38* 38* 39*	
110	(406)	40 44 53 54 55* 87 92	
shugo-dai 79	(407)	93 93 95	(440)
shugo-fun'yū 52	(408)	Tango 57	(441)
shugōjiryaku 107	(409)	tansen 95 96	(442)
shugo-yaku 79	(410)	Tara-no-shō 38 56	(443)
shuyin 91 92	(411)	tashidaka 110 111	(444)
sō-jitō 30	(412)	tensō 105*	(445)
sōryō 48 58 85	(413)	tō 39	(446)
sō-shugo 30*	(414)	Tofukaji-monjo 44	(447)
sotsu 115	(415)	Tōji-monjo 34 35 38* 46	
sotsu-ashigaru 109	(416)	51 52 54 56 74 87 88	(448)
sō-tsuibushi 30	(417)	tokubun 35 87	(449)
sotsuzoku 119	(418)	Tokugawa 13 92 93 101	
suguri 4	(419)	103 104 106 115	(450)
Suijinroku 104 108* 109*		Tokugawa Iyenobu 107	(451)
110 112* 113 114	(420)	Tokugawa Iyeyasu 91* 93	
suiko 10	(421)	98* 99* 101* 102* 103	
Sumida-monjo 38	(422)	105	(452)
Sumida-no-shō 38	(423)	Tokugawa-kinreikō 102*	(453)
Sumpu 91 102	(424)	Tokugawa Yoshinobu 118	(454)
Suruga 43 78 87 112 118	(425)	tokusei 81	(455)
Suwō 112	(426)	Tokuwashinyōshū 75	(456)
Suzuki 9	(427)	Tōkyō 118	(457)
ta 36 93	(428)	tomobe 4 5 6 11	(458)
tadokoro 16 35 38 74	(429)	tomobito 117	(459)
Taihō 7 13 36	(430)	Tomobuchi-no-shō 75	(460)
Taihōryō 5*	(431)	tomo-no-miyatsuko 4 5	
tai-kōden 44	(432)	117	(461)
taikun-denka 107	(433)	toneri 117	(462)
Taikwa 5 8* 10 17 18*		Torikai-no-shō 56	(463)
33 118	(434)	Tosa 78 86 112	(464)

<i>Tōtōmi</i> 38 43* 87 112 118	(465)	<i>Yano-no-shō</i> 34	(490)
<i>Toyotomi</i> 13 89 90 93		<i>yashiki</i> 115	(491)
101* 102	(466)	<i>yashikichi</i> 36	(492)
<i>Toyotomi Hideyoshi</i> 91* 91		<i>Yasuda-no-shō</i> 58	(493)
92 93* 96 98* 99* 101*	(467)	<i>yatsuko</i> 4 5 6 117	(494)
<i>tozama</i> 84 106	(468)	<i>Yedo</i> 101 106 112 113	
<i>tozama-daimyō</i> 115	(469)	114 115* 115 118	(495)
<i>tsubo</i> 93	(470)	<i>yen</i> 13	(496)
<i>tsuibushi</i> 16 19 35 38		<i>yin-i</i> (oder <i>on-i</i>) 7	(497)
50 74	(471)	<i>yinzen</i> 28	(498)
<i>tsukaeru</i> 117		<i>Yokagamishō</i> 84	(499)
<i>tsukai</i> 22	(472)	<i>yoriai</i> 111	(500)
<i>tsukaibito</i> 117	(473)	<i>yoriki</i> 109	(501)
<i>tsukuda</i> 38* 38* 55	(474)	<i>Yoritsune</i> 31	(502)
<i>Tsushima</i> 112	(475)	<i>yorindo (kijin)</i> 11	
<i>udaishō</i> 28*	(476)	<i>Yoshida</i> 42 43 87* 92	(503)
<i>ukeru</i> 56 58	(477)	<i>Yoshimasa</i> 81	(504)
<i>ukesakunin</i> 87	(478)	<i>Yoshino</i> 69	(505)
<i>ukesho</i> 56 74	(479)	<i>Yoshiteru</i> 89*	(506)
<i>ukyō-shiki</i> 6	(480)	<i>Yugeshima-no-shō</i> 54	(507)
<i>uyesugi</i> 99	(481)	<i>Yūryaku</i> 4*	(508)
<i>wakadoshiyori</i> 111* 113		<i>zaichō</i> 9	(509)
114	(482)	<i>zaikeyaku</i> 36	(510)
<i>Wakasa</i> 38 46 56 112	(483)	<i>zasso-ketsudansho</i> 68 70	(511)
<i>wakatō</i> 115	(484)	<i>zatsujin</i> 65	(512)
<i>Watanabe</i> 80	(485)	<i>zatsuko</i> 6	(513)
<i>yakehito</i> 4 6	(486)	<i>zatsumen</i> 38 55	(514)
<i>yakudaka</i> 110	(487)	<i>zatsuyō</i> 6	(515)
<i>Yamana</i> 74	(488)	<i>Zokuzoki-Gunshoruijū</i> 61	
<i>Yamana Sōzen</i> 81	(489)	<i>zōritori</i> 115	(516)

光
(515)
雜用
(516)
草履取

長⁽³²⁷⁾ 大田庄⁽³²⁸⁾ 大内⁽³²⁹⁾ 尾張⁽³³⁰⁾ 大江廣元⁽³³¹⁾ 里⁽³³²⁾ 綸旨⁽³³³⁾ 郎黨⁽³³⁴⁾ 郎從⁽³³⁵⁾ 老中⁽³³⁶⁾ 六
 波羅⁽³³⁷⁾ 六尺⁽³³⁸⁾ 浪人⁽³³⁹⁾ 留守所⁽³⁴⁰⁾ 留守⁽³⁴¹⁾ 領家⁽³⁴²⁾ 領家職⁽³⁴³⁾ 領主⁽³⁴⁴⁾ 佐渡⁽³⁴⁵⁾ 佐渡志
 相模⁽³⁴⁶⁾ 防人⁽³⁴⁷⁾ 作職⁽³⁴⁸⁾ 左京職⁽³⁴⁹⁾ 寶院文書⁽³⁵⁰⁾ 侍⁽³⁵¹⁾ 侍所⁽³⁵²⁾ 寶朝⁽³⁵³⁾ 參議⁽³⁵⁴⁾ 三家⁽³⁵⁵⁾
 薩摩⁽³⁵⁶⁾ 征夷大將軍⁽³⁵⁷⁾ 正稅⁽³⁵⁸⁾ 關ヶ原⁽³⁵⁹⁾ 戰國⁽³⁶⁰⁾ 戰國時代⁽³⁶¹⁾ 攝政⁽³⁶²⁾ 尺⁽³⁶³⁾ 士⁽³⁶⁴⁾
 斯波⁽³⁶⁵⁾ 新浪義持⁽³⁶⁶⁾ 賜田⁽³⁶⁷⁾ 史學雜誌⁽³⁶⁸⁾ 重田⁽³⁶⁹⁾ 資人⁽³⁷⁰⁾ 職⁽³⁷¹⁾ 執權⁽³⁷²⁾ 島津⁽³⁷³⁾
 下總⁽³⁷⁴⁾ 新編式目追加⁽³⁷⁵⁾ 新補地頭⁽³⁷⁶⁾ 志摩⁽³⁷⁷⁾ 信濃⁽³⁷⁸⁾ 神田⁽³⁷⁹⁾ 信玄家法⁽³⁸⁰⁾ 神寺⁽³⁸¹⁾
 田進止⁽³⁸²⁾ 神道⁽³⁸³⁾ 松領⁽³⁸⁴⁾ 史籍集覽⁽³⁸⁵⁾ 下地⁽³⁸⁶⁾ 下地の知行⁽³⁸⁷⁾ 下地の進止⁽³⁸⁸⁾ 士族⁽³⁸⁹⁾
 靜岡⁽³⁹⁰⁾ 庄升⁽³⁹¹⁾ 將軍⁽³⁹²⁾ 庄司⁽³⁹³⁾ 正治⁽³⁹⁴⁾ 尚古⁽³⁹⁵⁾ 職田⁽³⁹⁶⁾ 承久⁽³⁹⁷⁾ 少納言⁽³⁹⁸⁾ 所領⁽³⁹⁹⁾
 諸司田⁽⁴⁰⁰⁾ 所當⁽⁴⁰¹⁾ 所當の知行⁽⁴⁰²⁾ 庄屋⁽⁴⁰³⁾ 莊園(庄園)⁽⁴⁰⁴⁾ 守護⁽⁴⁰⁵⁾ 守護代⁽⁴⁰⁶⁾
 守護不入⁽⁴⁰⁷⁾ 殊號事略⁽⁴⁰⁸⁾ 守護役⁽⁴⁰⁹⁾ 朱印⁽⁴¹⁰⁾ 惣地頭⁽⁴¹¹⁾ 總領⁽⁴¹²⁾ 惣守護⁽⁴¹³⁾
 卒⁽⁴¹⁴⁾ 卒足輕⁽⁴¹⁵⁾ 惣追捕使⁽⁴¹⁶⁾ 卒族⁽⁴¹⁷⁾ 村首⁽⁴¹⁸⁾ 吹塵録⁽⁴¹⁹⁾ 出舉⁽⁴²⁰⁾ 隅田文書⁽⁴²¹⁾
 隅田庄⁽⁴²²⁾ 駿府⁽⁴²³⁾ 駿河⁽⁴²⁴⁾ 周防⁽⁴²⁵⁾ 鈴木⁽⁴²⁶⁾ 田⁽⁴²⁷⁾ 田所⁽⁴²⁸⁾ 大寶⁽⁴²⁹⁾ 大寶令⁽⁴³⁰⁾ 大⁽⁴³¹⁾

山⁽²¹⁶⁾ 上野⁽²¹⁷⁾ 口分田⁽²¹⁸⁾ 口入⁽²¹⁹⁾ 公卿公家⁽²²⁰⁾ 公卿田⁽²²¹⁾ 公家法度⁽²²²⁾ 公事⁽²²³⁾ 九條伊通⁽²²⁴⁾
 九條道家⁽²²⁵⁾ 組⁽²²⁶⁾ 公文⁽²²⁷⁾ 公文所⁽²²⁸⁾ 宮内省⁽²²⁹⁾ 國⁽²³⁰⁾ 國奉行⁽²³¹⁾ 國造⁽²³²⁾ 國守護⁽²³³⁾
 國安⁽²³⁴⁾ 國安名⁽²³⁵⁾ 栗田⁽²³⁶⁾ 黒田如水⁽²³⁷⁾ 黒板⁽²³⁸⁾ 關白⁽²³⁹⁾ 官箴⁽²⁴⁰⁾ 貫⁽²⁴¹⁾ 貫高⁽²⁴²⁾ 官田⁽²⁴³⁾
 管領⁽²⁴⁴⁾ 關東⁽²⁴⁵⁾ 華族⁽²⁴⁶⁾ 京都⁽²⁴⁷⁾ 給田⁽²⁴⁸⁾ 給主⁽²⁴⁹⁾ 九州⁽²⁵⁰⁾ 町奉行⁽²⁵¹⁾ 政所⁽²⁵²⁾ 政所下文⁽²⁵³⁾ 政子⁽²⁵⁴⁾
 末社⁽²⁵⁵⁾ 末寺⁽²⁵⁶⁾ 松永久秀⁽²⁵⁷⁾ 前田⁽²⁵⁸⁾ 前田利家⁽²⁵⁹⁾ 免家⁽²⁶⁰⁾ 目付⁽²⁶¹⁾ 道家⁽²⁶²⁾ 參河⁽²⁶³⁾
 御厨⁽²⁶⁴⁾ 源⁽²⁶⁵⁾ 源一罐⁽²⁶⁶⁾ 源家光⁽²⁶⁷⁾ 源千幡⁽²⁶⁸⁾ 源賴家⁽²⁶⁹⁾ 源賴朝⁽²⁷⁰⁾ 源賴義⁽²⁷¹⁾ 源義朝⁽²⁷²⁾
 源義經⁽²⁷³⁾ 源行家⁽²⁷⁴⁾ 美濃⁽²⁷⁵⁾ 三島神社文書⁽²⁷⁶⁾ 御園⁽²⁷⁷⁾ 水戸⁽²⁷⁸⁾ 三浦⁽²⁷⁹⁾ 造⁽²⁸⁰⁾ 三好⁽²⁸¹⁾
 三善康信⁽²⁸²⁾ 水内庄⁽²⁸³⁾ 以仁⁽²⁸⁴⁾ 問注所⁽²⁸⁵⁾ 物部⁽²⁸⁶⁾ 毛利⁽²⁸⁷⁾ 連⁽²⁸⁸⁾ 室町時代史⁽²⁸⁹⁾ 武藏⁽²⁹⁰⁾
 陸奥⁽²⁹¹⁾ 名⁽²⁹²⁾ 名田⁽²⁹³⁾ 名主⁽²⁹⁴⁾ 長崎⁽²⁹⁵⁾ 長門⁽²⁹⁶⁾ 内大臣⁽²⁹⁷⁾ 中原親能⁽²⁹⁸⁾ 中田⁽²⁹⁹⁾ 中臣⁽³⁰⁰⁾
 名主⁽³⁰¹⁾ 年給⁽³⁰²⁾ 日本武士道⁽³⁰³⁾ 日本古代寶典⁽³⁰⁴⁾ 日本書紀⁽³⁰⁵⁾ 二條⁽³⁰⁶⁾ 人給⁽³⁰⁷⁾ 日本⁽³⁰⁸⁾
 日本國王⁽³⁰⁹⁾ 日本天皇⁽³¹⁰⁾ 新田義貞⁽³¹¹⁾ 奴婢⁽³¹²⁾ 小田原⁽³¹³⁾ 御徒士⁽³¹⁴⁾ 隱岐⁽³¹⁵⁾ 大目付⁽³¹⁶⁾ 臣⁽³¹⁷⁾
 近江⁽³¹⁸⁾ 大連⁽³¹⁹⁾ 蔭位⁽³²⁰⁾ 應仁⁽³²¹⁾ 思領⁽³²²⁾ 大臣⁽³²³⁾ 長田庄⁽³²⁴⁾ 大隅⁽³²⁵⁾ 織田信秀⁽³²⁶⁾ 織田信⁽³²⁷⁾

(107) 被官 (108) 日向判官 (109) 北條 (110) 北條時政 (112) 北條泰時 (113) 伯耆 (114) 奉公 (115) 奉公人
 (116) 本補地頭 (117) 本家 (118) 本家職 (119) 本領 (120) 本所 (121) 法制論纂 (122) 保司 (123) 星野 (124) 奉書
 (125) 細川 (126) 百姓 (127) 百姓職 (128) 評定所 (129) 評定衆 (130) 一門 (131) 一人扶持 (132) 一族 (133) 位田 (134) 伊賀
 (135) 壹岐 (136) 今川 (137) 因幡 (138) 祐置 (139) 伊勢 (140) 伊藤 (141) 石清水 (142) 石清水人幡 (143) 家子
 (144) 伊豫 (145) 伊豆 (146) 和泉 (147) 出雲 (148) 寺田 (149) 塵芥集 (150) 寺社奉行 (151) 治承 (152) 地頭 (153) 地頭
 職 (154) 乘田 (155) 貞永 (156) 式目 (157) 城下 (158) 城主 (159) 壽永 (160) 順德 (161) 聚樂 (162) 徒士 (163) 加地子 (164) 加徵
 米 (165) 家中 (166) 加賀 (167) 甲斐 (168) 懸參 (169) 部曲 (170) 民部 (171) 下剋上 (172) 鎌倉 (173) 鎌倉時代史
 (174) 龜山 (175) 家門 (176) 金澤 (177) 神田 (178) 文書 (179) 勘定奉行 (180) 家令 (181) 家老 (182) 家督 (183) 勝安
 芳 (184) 河内 (185) 革島 (186) 文書 (187) 上總 (188) 檢非違使 (189) 檢非違使廳 (190) 檢見 (191) 建武式目 (192) 家人
 (193) 建久 (194) 建仁 (195) 關所 (196) 喜田 (197) 紀伊 (198) 寄人 (199) 禁秘鈔 (200) 禁中條目 (201) 記錄所 (202) 九州
 (203) 小譜 (204) 請 (205) 小譜 (206) 請金 (207) 公田 (208) 古事類苑 (209) 政治部 (210) 國家學會雜誌 (211) 石 (212) 石高
 (213) 國衙 (214) 國務の知行 (215) 國王 (216) 國史 (217) 國主 (218) 黑印 (219) 小者 (220) 壺田 (221) 公人 (222) 高野

(1) 縣 (2) 縣主 (3) 安藝 (4) 安堵狀 (5) 安徳 (6) 新井白石 (7) 新井白石全集 (8) 足輕
 (9) 足利 (10) 足利尊氏 (11) 足尊義昭 (12) 阿波 (13) 淡路 (14) 吾妻鏡東鑑 (15) 預所 (16) 預人 (17) 預
 什万 (18) 幕府 (19) 別作田 (20) 別宮 (21) 備後 (22) 備中 (23) 備前 (24) 步 (25) 奉行 (26) 武家 (27) 武家
 奉公人 (28) 武家名目抄 (29) 武家諸法度 (30) 武家役 (31) 豐後 (32) 補任 (33) 文治 (34) 武士
 (35) 武士道家訓集 (36) 知行 (37) 竹馬鈔 (38) 筑前 (39) 地名考 (40) 鎮守府將軍 (41) 町 (42) 勅旨田
 (43) 帳内 (44) 町人 (45) 長曾我部元親 (46) 仲間 (47) 中納言 (48) 太政官 (49) 大槐秘鈔 (50) 代官
 (51) 大名 (52) 大名主 (53) 大納言 (54) 大日本古文書 (55) 大日本史料 (56) 伊達 (57) 田使 (58) 土倉 (59) 同心
 (60) 越後 (61) 衛士 (62) 越中 (63) 扶持 (64) 譜代 (65) 譜代大名 (66) 藤原 (67) 藤原鎌足 (68) 藤原信賴
 (69) 封戸 (70) 福田 (71) 伏見 (72) 元暦 (73) 見參 (74) 下作人 (75) 下司 (76) 議奏 (77) 郷 (78) 合 (79) 後醍醐
 (80) 後深草 (81) 御家人 (82) 五畿 (83) 御領 (84) 後嵯峨 (85) 郷司 (86) 後白河 (87) 後鳥羽 (88) 後宇多
 (89) 郡 (90) 郡代 (91) 軍團 (92) 郡司 (93) 群書類從 (94) 宮崎八幡 (95) 藩 (96) 藩知事 (97) 半濟
 (98) 原田庄 (99) 播磨 (100) 羽柴秀吉 (101) 畠 (102) 畠山 (103) 畠山重忠 (104) 旗本 (105) 平民 (106) 飛騨

漢字表

